

# *Geschichte erhalten – Zukunft gestalten*

*Zachować przeszłość – kształtować przyszłość*

## *Denkmalschutz und Wirtschaftsförderung – Deutsch-Polnische Kommunalpartnerschaften für Europa*

*Ochrona zabytków i promocja gospodarcza  
- polsko-niemieckie partnerstwa samorządowe dla Europy*



*4. deutsch-polnischer*

### *Kommunalpolitischer Kongreß*

*der Landsmannschaft Ostpreußen in Verbindung mit dem Bund der Vertriebenen*

*4. polsko – niemiecki*

*Kongres Samorządowy*

*Ziomkostwo Ostpreußen we współpracy ze Związkiem Wypędzonych*

*8. - 10. Oktober / październik 2004, Allenstein / Olsztyn*

# **Geschichte erhalten – Zukunft gestalten** **Zachować przeszłość – kształtować przyszłość**

Denkmalschutz und Wirtschaftsförderung –  
Deutsch-Polnische Kommunalpartnerschaften für Europa  
Ochrona zabytków i promocja gospodarcza  
- polsko-niemieckie partnerstwa samorządowe dla Europy

**4. deutsch-polnischer  
Kommunalpolitischer Kongreß**  
der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
in Verbindung mit dem Bund der Vertriebenen  
4. polsko – niemiecki  
Kongres Samorządowy  
Ziomkostwo Ostpreußen we współpracy ze Związkiem Wypędzonych

vom 8. bis 10. Oktober 2004  
in Allenstein / Olsztyn

Leitung

Bernd Hinz  
Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Herausgeber: Bernd Hinz  
Köln, 2005

Redaktion: Bernhard Knapstein  
Peter Wenzel

Übersetzungen: Elzbieta Marszalek, Posen

Bilder: Bernhard Knapstein, René Nehring (Umschlagseite)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Bernd Hinz</b> <i>Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen / Zastępca rzecznika ziomkostwa Prus Wschodnich</i>	Begrüßung und Einführung in den Kongreß <i>Pozdrowienia i wprowadzenie w Kongres</i>	4 7
<b>Wilhelm v. Gottberg</b> <i>Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen / Rzecznik ziomkostwa Prusy Wschodnie</i>	Grußwort <i>Wystąpienie powitalne</i>	10 12
<b>Dr. Günther Beckstein</b> <i>Bayerischer Staatsminister des Innern / Bawarski Minister Spraw Wewnętrznych</i>	Innenpolitische Aspekte der EU und die Auswirkungen der Europapolitik auf die Kommunen  <i>Aspekty polityki wewnętrznej Unii Europejskiej oraz skutki polityki europejskiej dla samorządów</i>	15 22
<b>Adam Sierzputowski</b> <i>Landrat des Landkreises Allenstein / Starosta Powiatu Olsztyńskiego</i>	Aktuelle kommunalpolitische Aufgaben, Probleme und Erfolge am Beispiel des Landkreises Allenstein  <i>Aktualne samorządowo-polityczne zadania, problemy i sukcesy na przykładzie powiatu olsztyńskiego</i>	30 33
<b>Dr. Rolf Derenbach</b> <i>Referent im Europabüro des Deutschen Landkreistages / Referent w Biurze do spraw europejskich Niemieckiego Związku Powiatów</i>	Die polnischen und deutschen Kreise als europafähige Kommunen – die Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung am Vorabend einer europäischen Verfassung  <i>Polskie i niemieckie powiaty jako jednostki samorządowe przygotowane do aktywności na płaszczyźnie europejskiej – znaczenie administracji samorządowej w przededniu przyjęcia konstytucji europejskiej</i>	38 47
<b>Dr. Reinhard Klein</b> <i>Vorstandsvorsitzender Deutsch- Polnische Wirtschaftsförderungs- gesellschaft AG / Prezes Zarządu Polsko – Niemieckiego Towarzystwa Wspierania Gospodarki S.A.</i>	Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung in der Republik Polen  <i>Możliwości promocji gospodarczej w Rzeczypospolitej Polskiej</i>	56 61
<b>Wiktor Knercer</b> <i>Wojewodtschaftsamt für Denkmalpflege Allenstein / Wojewódzki Urząd Ochrony Zabytków</i>	Zwischen Negation und Akzeptanz  <i>Pomiędzy negacją a akceptacją</i>	67 72
<b>Paulina Żukowska</b> <i>Büro des Stadtkonservators Allenstein / Biuro Miejskiego Konserwatora Zabytków</i>	Das architektonische Erbe von Allenstein und die Problematik seines Schutzes  <i>Dziedzictwo architektoniczne Olsztyna i problematyka jego ochrony</i>	77 83
<b>Teilnehmerliste</b>		91

# **Bernd Hinz**

**Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen  
Zastępca rzecznika ziomkostwa Prus Wschodnich**

## ***Begrüßung und Einführung in den Kongreß***

Zu dem 4. Kommunalpolitischen Kongreß in Allenstein grüße ich Sie alle sehr herzlich und freue mich, daß trotz widriger Rahmenbedingungen viele polnische Landräte, Stadtpräsidenten und Bürgermeister sowie viele Heimatkreisvertreter aus der Bundesrepublik Deutschland an diesem Wochenende dieser Veranstaltung beiwohnen. Dieser Kongreß knüpft an die erfolgreiche Veranstaltungsreihe an, die im Jahr 2000 in Frankfurt (Oder) eröffnet wurde und 2001 in Elbing sowie 2003 in Köln mit guter Resonanz fortgesetzt werden konnte.

Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Herrn Wilhelm v. Gottberg, zu begrüßen sowie zwei führende kommunalpolitische Vertreter des Landkreises Osnabrück, und zwar den Landrat dieses Landkreises, Herrn Manfred Hugo und den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Kreistag Osnabrück und Bundestagsabgeordneten, Herrn Georg Schirmbeck. Beide kommunale Persönlichkeiten stehen stellvertretend für eine Vielzahl von Persönlichkeiten aus vielen deutschen Gebietskörperschaften, die Partnerschaften mit polnischen Gebietskörperschaften und gleichzeitig Patenschaften mit historischen ostdeutschen Gebietskörperschaften pflegen und im Rahmen eines so genannten Dreiecksverhältnisses eine feste Brücke zwischen Polen und Deutschen unter Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen in einem Europa ohne Grenzen bauen.

Herr v. Gottberg und Herr Hugo werden nach meiner Einführung ein Grußwort an die Teilnehmer des Kongresses richten.

Während die Thematik des 3. Kongresses in Köln ganz im Zeichen der EU-Erweiterung stand, beschäftigt sich dieser 4. Kongreß thematisch mit den Folgen der EU-Erweiterung, insbesondere für die Landkreise und Städte in der Republik Polen und mit den Möglichkeiten zur Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Gestern haben wir den Bayrischen Staatsminister des Innern und stellvertretenden Bayrischen Ministerpräsidenten, Dr. Günther Beckstein, zum Thema „Innenpolitische Aspekte der EU und die Auswirkungen der Europapolitik auf die Kommunen“ gehört. Heute wird der Landrat des Landkreises Allenstein und Sprecher der Landräte in der Wojewodschaft Ermland und Masuren, Herr Adam Sierzputowski, über „aktuelle kommunalpolitische Aufgaben, Probleme und Erfolge, dargestellt am Beispiel des Landkreises Allenstein/Olsztyn“, referieren.

Ich freue mich, daß Sie, lieber Herr Sierzputowski, sich bereit erklärt haben, vor diesem Auditorium den Vortrag zu halten und möchte Ihnen darüber hinaus ausdrücklich danken, daß Sie dieser Veranstaltungsreihe von Anfang an stark unterstützend beigewohnt haben. Sie haben sich im Vorfeld dieses Kongresses in der Öffentlichkeit sehr engagiert für den deutsch-polnischen Kongreß eingesetzt.

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Dr. Rolf Derenbach, Referent für europäische Angelegenheiten und kommunale Partnerschaften des Deutschen Landkreistages in Berlin. Herr Dr. Derenbach wird über das Thema „Die polnischen und deutschen Kreise als europafähige Kommunen – die Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung am Vorabend einer europäischen Verfassung“ sprechen. Ich freue mich sehr, daß wir nach dem Deutschen Städtetag in Köln nunmehr mit dem Deutschen Landkreistag

auch diesmal einen kommunalen Spitzenverband bei diesem Kongreß an unserer Seite wissen.

Abschließend gilt mein Willkommensgruß Herrn Dr. Reinhard Klein, einer der zwei Geschäftsführer der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Landsberg a.d. Warthe, der sich mit den Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung in der Republik Polen auseinandersetzt, eine für die polnischen Gebietskörperschaften außerordentlich wichtige Thematik, die für die Frage eines kommunalen wirtschaftlichen Aufschwungs von besonderer Bedeutung ist. Dies gilt auch ähnlich für die Themen der Denkmalspflege, die u.a. für das Stadtbild und die Touristik eine nicht zu unterschätzende Wirkung haben kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 1. Mai 2004, also vor ca. fünf Monaten, ist die Republik Polen Vollmitglied der EU geworden. Darüber haben wir uns sehr gefreut. Die gemeinsamen Feierlichkeiten von Polen und Deutschen und die große Freude bei der großen Mehrheit der polnischen Bevölkerung haben uns tief beeindruckt. Seit diesem Tag sind wir gemeinsam Unionsbürger. An diesem Tag vollzog sich ein wichtiger Schritt zur europäischen Vereinigung.

Der deutsch-polnische Verständigungsprozeß, der in den 90-er Jahren geradezu revolutionär war, ist etwas ins Stocken geraten. Das deutsch-polnische Verhältnis ist durch die entschädigungsrechtliche Debatte zurzeit angespannt.

Lassen Sie mich unmißverständlich die Positionen des BdV und der Landsmannschaft Ostpreußen zu dem Vorgehen der Preußischen Treuhand dokumentieren:

1. Das Präsidium des BdV, unterstützt von der Landsmannschaft Ostpreußen, hat sich bereits im November 2003 und im Januar 2004 eindeutig und einstimmig von der Preußischen Treuhand distanziert. Ich habe bereits im März 2004 und im April 2004 in einem Leserbrief in der Rzeczpospolita die Distanzierung des BdV von der Preußischen Treuhand und die Gründe hierfür eingehend dargelegt.

Der BdV hat weder inhaltliche noch strukturelle noch organisatorische Kontakte oder Verbindungen zur Preußischen Treuhand und will sie auch nicht haben. Der BdV hat gegen die Preußische Treuhand im Wege einer gerichtlichen Entscheidung am 02.09.2004 seinen Distanzierungsbeschuß nochmals nachhaltig dokumentiert.

Zwischen dem mehr als 2 Millionen-Mitglieder-Verband „BdV“ und den ca. 100 bis 150 fördernden Mitgliedern der Preußischen Treuhand bestehen fundamentale Unterschiede in Bezug auf die Regelung der Vermögensfragen. Der BdV bemüht sich in dieser Frage um eine ausschließlich politische Klärung und lehnt kategorisch den Klageweg vor den Gerichten ab.

2. Tatsache ist aber auch, daß durch die Rechtsweggarantie in einem Rechtsstaat jeder Bürger die Möglichkeit hat, den Rechtsweg zu den Gerichten zu beschreiten und dort Streitsachen der Entscheidung durch ein Gericht zu unterbreiten. Niemandem kann der Weg zu einem Gericht somit verwehrt werden.
3. Es wäre zu begrüßen, wenn nunmehr die von der deutschen und polnischen Regierung eingesetzte Juristenkommission eine einvernehmliche und gerichtsfeste Lösung in dieser Frage erzielen könnte.



Wir sollten auf der Grundlage des zukunftsgerichteten Geistes des 3. Kommunalpolitischen Kongresses das Fundament unserer zwischenmenschlichen Brücken weiter verstärken und die Bürger beider Staaten einander näher bringen. Dabei soll der Kongreß über die Verständigung hinaus den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 mit Leben erfüllen und die bilateralen Beziehungen zum Wohle der Heimat in der historischen Provinz Ostpreußen und zum Wohle der Menschen vertiefen. Es gilt dabei ganz im Sinne des Grußwortes von Staatspräsident Alexander Kwasniewski zum 2. Kommunalpolitischen Kongreß in Elbing 2001 zu arbeiten, der die Kongreßteilnehmer aufgefordert hatte, „die solideste Brücke“ aufzubauen, die Deutsche und Polen miteinander verbindet. Und des Weiteren soll durch die Zusammenarbeit im Kongreß ein Beitrag für das Zusammenwachsen Europas auf kommunaler Ebene geleistet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das europäische Gebäude wird von unten her gebaut – mit all seinen architektonischen und vor allem statischen Schwierigkeiten in den oberen Etagen. Wenn Keller- und Obergeschoß nicht tragen und schon rissig sind, arbeiten die nationalen und übernationalen Handwerker in luftiger Höhe vergeblich. Deshalb sind die kommunal-politischen Auslandskontakte, Partnerschaften und Freundschaften notwendig, sinnvoll und geboten.

Die Beziehungen zwischen den polnischen Gebietskörperschaften und den Heimatkreisgemeinschaften haben sich in den letzten 12 Jahren zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit geformt. Seit dem letzten Kongreß vor einem Jahr sind zwei weitere Partnerschaftsverträge geschlossen worden und zwar zwischen dem Kreis Elbing und der Kreisgemeinschaft Pr. Holland sowie nunmehr ganz aktuell zwischen den Städten Allenstein und Gelsenkirchen sowie der Stadtgemeinschaft Allenstein. Nunmehr 17 Partnerschaftsverträge sind neben den kommunalpolitischen Kongressen weitere Belege dafür, daß wir uns auf einem guten Weg befinden, der der Weiterentwicklung und Vertiefung unserer Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Zukunftsgestaltung in einem zusammenwachsenden Europa Rechnung trägt. Stehen wir gemeinsam auch stürmische Zeiten durch! Es lebe der deutsch-polnische Dialog, es lebe unsere deutsch-polnische Partnerschaft“  
Ich wünsche uns allen einen interessanten und fruchtbaren Meinungs- und Erfahrungsaustausch und ein persönliches Näherkommen beim gemütlichen Zusammensein.



Der Kongreßleiter Bernd Hinz im Interview mit TV Polonia

## ***Pozdrowienia i wprowadzenie w Kongres***

Pragnę bardzo serdecznie powitać wszystkich zebranych na rozpoczynającym się właśnie 4. Kongresie Samorządowym w Olsztynie. Bardzo rad jestem z faktu, że mimo wielu zawirowań w spotkaniu tym udział wezmą liczni polscy starostowie, prezydenci miast i burmistrzowie oraz liczni przedstawiciele wspólnot powiatowych z Republiki Federalnej. Obecny Kongres nawiązuje do owocnego cyklu spotkań, jakie rozpoczęliśmy w roku 2000 we Frankfurcie nad Odrą i kontynuowaliśmy w roku 2001 w Elblągu i 2003 w Kolonii. Imprezy te spotkały się z dużym zainteresowaniem.

W udziale przypadło mi zaszczytne zadanie powitania w naszym gronie rzecznika ziomkostwa Prusy Wschodnie, Pana Wilhelma von Gottberga, a także dwóch przedstawicieli najwyższych władz samorządowych powiatu Osnabrück, a mianowicie starostę tego powiatu, Pana Manfreda Hugo oraz przewodniczącego frakcji CDU w sejmiku powiatowym (Kreistag) Osnabrück i posła do parlamentu federalnego (Bundestag), Pana Georga Schirmbecka. Obaj politycy samorządowi reprezentują liczne grono zasłużonych osób działających na poziomie niemieckich władz samorządowych i pielęgnujących partnerskie relacje z polskimi jednostkami samorządu terytorialnego i jednocześnie relacje patronackie z historycznymi wschodniemieckimi jednostkami samorządu terytorialnego. Tym samym w ramach tzw. relacji trójstronnych przerzucają trwałe pomost między Polakami a Niemcami włączając do tych działań niemieckich wypędzonych w Europie bez granic.

Po moim wprowadzeniu Pan v. Gottberg i Pan Hugo skierują do uczestników Kongresu słowa powitania.

Tematyka 3. Kongresu odbywającego się w Kolonii skupiła się na procesie rozszerzenia Unii Europejskiej, natomiast rozpoczynający się dzisiaj czwarty już Kongres zajmuje się tematycznie skutkami rozszerzenia UE, w szczególności dla powiatów i miast w Rzeczypospolitej Polskiej oraz możliwościami pogłębienia współpracy polsko-niemieckiej na płaszczyźnie komunalnej.

Wczoraj mieliśmy okazję wysłuchać wystąpienia Bawarskiego Ministra Spraw Wewnętrznych i Vice-Premiera Bawarii, dr. Günthera Becksteina na temat „Aspekty polityki wewnętrznej Unii Europejskiej oraz skutki polityki europejskiej dla samorządów”. Dzisiaj swój referat na temat „Aktualnych samorządowo-politycznych zadań, problemów i sukcesów na przykładzie powiatu olsztyńskiego” wygłosi starosta powiatu olsztyńskiego i rzecznik starostów województwa warmińsko-mazurskiego, Pan Adam Sierzputowski.

Rad jestem z faktu, że wyraził Pan gotowość wygłoszenia wykładu na tym forum i chciałbym ponadto na Pańskie ręce skierować słowa serdecznego podziękowania za Pańskie silne wsparcie dla organizowania tego cyklu spotkań od samego początku. W przededniu tego Kongresu bardzo zaangażował się Pan publicznie na rzecz przygotowania tego polsko-niemieckiego spotkania.

Równie serdecznie witam Pana dr. Rolfa Derenbacha, referenta w Biurze do spraw europejskich Niemieckiego Związku Powiatów (Deutscher Landkreistag) w Berlinie. Pan dr Derenbach zabierze głos na temat: „Polskie i niemieckie powiaty jako jednostki samorządowe przygotowane do aktywności na płaszczyźnie europejskiej – znaczenie administracji samorządowej w przededniu przyjęcia konstytucji europejskiej”. Bardzo cieszę się, iż miejsce u naszego boku zajął podczas tego Kongresu Niemiecki Związek Powiatów, będący kolejnym komunalnym stowarzyszeniem o charakterze centralnym, a w pamięci mamy udział Niemieckiego Związku Miast (Deutscher Städtetag) podczas spotkania w Kolonii.

I wreszcie chciałbym też powitać Pan dr. Reinharda Kleina, jednego z dwóch Dyrektorów Zarządzających Polsko-Niemieckiego Towarzystwa Wspierania

Gospodarki w Gorzowie Wielkopolskim, który zaprezentuje możliwości promocji gospodarczej w Rzeczypospolitej Polskiej. Jest to problem niebywale ważki dla polskich jednostek samorządu terytorialnego mający szczególne znaczenie dla wzrostu gospodarczego na poziomie gminnym. Promocja gospodarcza dotyczy także zagadnień ochrony zabytków, które z kolei oddziałują na wizerunek miast i ruch turystyczny w sposób, którego nie wolno nie doceniać.

Szanowni Państwo, w dniu 1 maja 2004 roku, a więc przed około pięcioma miesiącami, Rzeczpospolita Polska została pełnoprawnym członkiem Unii Europejskiej. Głębokie wrażenie wywarły na nas wspólne uroczystości, w których uczestniczyli Polacy i Niemcy oraz ogromna radość panująca wśród znaczącej większości społeczeństwa polskiego. Od tego dnia jesteśmy razem obywatelami Unii. Dzień ten oznacza ważny krok w drodze do zjednoczenia europejskiego.

Polsko-niemiecki proces porozumienia, który w latach dziewięćdziesiątych miał wręcz rewolucyjny charakter, nieco ostatnio kuleje. Stosunki polsko-niemieckie są obecnie napięte wskutek toczącej się debaty na temat procesów odszkodowawczych.

Chciałbym w sposób nie pozostawiający jakichkolwiek wątpliwości przedstawić stanowisko Związku Wypędzonych (BdV) oraz stanowisko ziomkostwa Prusy Wschodnie w kontekście działalności Powiernictwa Pruskiego (Preußische Treuhand):

1. Prezydium BdV, wspierane przez ziomkostwo Prusy Wschodnie, już w listopadzie 2003 roku oraz w styczniu 2004 roku jednoznacznie i jednogłośnie zdystansowało się od działalności Powiernictwa Pruskiego. Ja sam już w marcu 2004 roku, a potem w kwietniu tego samego roku w wywiadzie, jakiego udzieliłem „Rzeczypospolitej” oraz w liście od czytelnika skierowanym do tego samego dziennika obszernie zaprezentowałem problem dystansowania się BdV od działalności Powiernictwa Pruskiego oraz wymieniłem powody przyjęcia takiego stanowiska.

BdV nie ma ani merytorycznych ani strukturalnych ani też organizacyjnych kontaktów bądź powiązań z Powiernictwem Pruskim i nie jest nimi zainteresowany. BdV zwrócił się z wnioskiem do sądu, by ten raz jeszcze wyraźnie udokumentował uchwałę, w której BdV dystansuje się od Powiernictwa Pruskiego, co sąd uczynił w dniu 02.09.2004.

Między ponad dwumilionową rzeszą członków Związku Wypędzonych a ok. 100 – 150 wspierającymi członkami Powiernictwa Pruskiego istnieją fundamentalne różnice dotyczące uregulowań związanych z kwestiami majątkowymi. W tej dziedzinie BdV zabiega wyłącznie o rozwiązanie polityczne i kategorycznie odrzuca skargi sądowe.

2. Niemniej jednak należy także pamiętać o tym, że dzięki gwarancji korzystania ze środków prawnych w państwie prawa każdemu obywatelowi przysługuje prawo do skorzystania z postępowania sądowego na różnych szczeblach i poddawania różnych sporów orzeczeniom sądu. Nikomu nie można zabronić skorzystania z drogi sądowej.
3. Dobrze byłoby, gdyby komisji prawników powołanej przez rządy polski i niemiecki udało się osiągnąć zgodne rozwiązanie, które będzie można obronić przed sądami.



W oparciu o panującego podczas obrad 3. Kongresu Samorządowego ducha nakierowanego na przyszłość winniśmy dalej umacniać fundament naszych relacji międzyludzkich i zbliżyć do siebie obywatele obu państw. Kongres skupić się winien nie tylko na porozumieniu, lecz zadbać o wypełnienie życiem Polsko-Niemieckiego Traktatu o Dobrym Sąsiedztwie z roku 1991 i na pogłębieniu stosunków dwustronnych dla dobra „małej” ojczyzny w historycznej prowincji Prusy Wschodnie i dla dobra jej mieszkańców. Należy podejmować wysiłki pozostające w duchu pozdrowień skierowanych do uczestników 2. Kongresu Samorządowego w Elblągu w roku 2001 przez Prezydenta RP, Aleksandra Kwaśniewskiego, który wezwał uczestników spotkania do „budowania najtrwalszego pomostu łączącego Niemców i Polaków”. Ponadto dzięki współpracy podczas trwania Kongresu chcemy przyczynić się do jednoczenia się Europy na płaszczyźnie komunalnej.

Szanowni Państwo, wspólny dom europejski budowany jest od podstaw, ze wszystkimi trudnościami architektonicznymi i przede wszystkim statycznymi na górnych piętach. Jeśli piwnice i parter nie udźwigną całej konstrukcji i wykazują rysy, to rzemieślnicy narodowi i ponadnarodowi na dużych wysokościach pracują na próżno. Dlatego też samorządowe kontakty zagraniczne, partnerstwa i przyjaźnie są konieczne, sensowne i wskazane.

Stosunki między polskimi jednostkami samorządu terytorialnego w minionych 12 latach przybrały charakter ścisłej współpracy opartej o wzajemne zaufanie. Od ostatniego Kongresu, który odbył się przed rokiem, podpisano dwie kolejne umowy partnerskie, a mianowicie między powiatem elbląskim a wspólnotą powiatową Pr. Holland jak również bardzo aktualną umowę między Olsztynem a Gelsenkirchen oraz wspólnotą miejską Allenstein. Kongresy Samorządowe oraz 17 umów partnerskich, które zostały dotychczas zawarte, dokumentują, iż idziemy we właściwym kierunku, który odzwierciedla dalszy rozwój i pogłębienie naszej współpracy jak i wspólne kształtowanie przyszłości w jednoczącej się Europie. Razem winniśmy uporać się z tym burzliwym okresem! Niech żyje dialog polsko-niemiecki, niech żyje partnerstwo polsko-niemieckie!

Życzę nam wszystkim ciekawej i owocnej wymiany poglądów i doświadczeń oraz zacieśnienia osobistych kontaktów podczas spotkań towarzyskich.

### **Kritiken aus der Politik**

**Dr. Angela Merkel, CDU-Parteivorsitzende:**

Seien Sie versichert, daß CDU und CSU den Heimatvertriebenen in ihren Bemühungen auch weiterhin zur Seite stehen, der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Partnerschaft und Frieden in Freiheit in ganz Europa nachhaltig zu stärken, gerecht zu werden.

**Christa Stewens, Bayerische Staatsministerin**

Es freut mich, daß der Kölner Kongreß einmal mehr dazu beigetragen hat, die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu intensivieren. Der Dialog zwischen den Städten und Gemeinden stellt einen wichtigen Beitrag zum Bau eines gemeinsamen Europas der Verständigung und des Verständnisses dar.

**Dr. Jutta Tiedtke, SPD-Bundestagsfraktion (Arbeitsgruppe Europa)**

Die SPD steht der grenzüberschreitenden Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen nicht nur wohlwollend gegenüber. Wir schätzen das Engagement für die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gerade auch von Vertriebenen.

# Wilhelm v. Gottberg

**Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen  
Rzecznik ziomkostwa Prusy Wschodnie**

## *Grußwort*

Dieser 4. Kommunalpolitische Kongreß, die gelungene Auftaktveranstaltung gestern Abend mit dem bayerischen Innenminister Dr. Beckstein, aber auch die vielen persönlichen Freundschaften zwischen Polen und Deutschen, die sich auf Grund der verständigungspolitischen Maßnahmen beider Seiten entwickelt haben, geben Anlaß zur Freude und Dankbarkeit. Sie, meine Damen und Herren, liebe Zuhörer, sind dabei die Avantgarde. Durch Ihre Mitwirkung ist der polnisch-deutsche Normalisierungsprozeß ordentlich vorangekommen. Dies hat kein geringerer als der polnische Staatspräsident Kwasniewski in seinem Grußwort aus Anlaß des 2. Kongresses in Elbing vor zwei Jahren gewürdigt.

Es war damals 1990 bei der Wende in Polen ein schwieriger Aufbruch in die Zukunft, sowohl für Polen wie für Deutsche. Heute können wir feststellen, daß das schwierigste hinter uns liegt.

Richtungsweisend war, daß beim Beginn des deutsch-polnischen Dialogs 1990 das gemeinsame Gebet der Regierungschefs Mazowiecki und Kohl stand.

Wunden vernarben. Zwar schmerzen auch Narben, aber niemand will heute das Rad der Geschichte zurückdrehen. Wir Ostpreußen stehen weiter zu unserer Verpflichtung, wonach wir die Schaffung eines Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, mit allen Kräften unterstützen. Deshalb haben wir auch uneingeschränkt die Aufnahme Polens in die Europäische Union (EU) unterstützt.

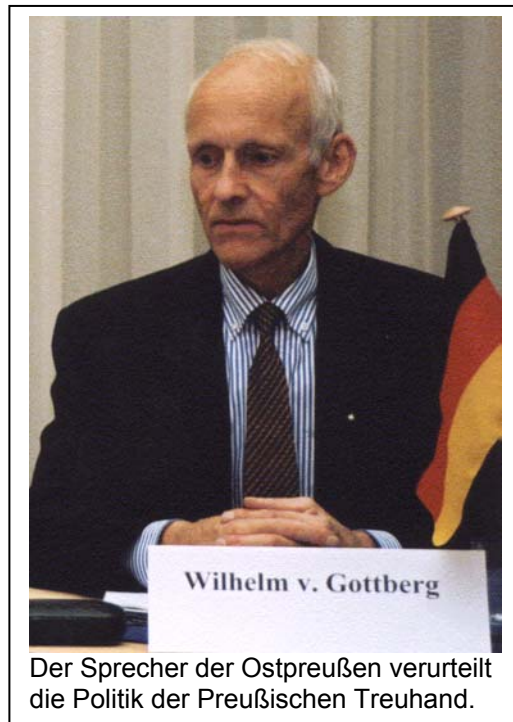
Aber wir dürfen uns keine Illusionen machen. Die EU ist kein Schlaraffenland. Auch in der EU wird es zukünftig soziale Härten und wirtschaftliche Anpassungsschwierigkeiten geben. Verlierer gibt es zu allen Zeiten und in jedem System. Wir alle haben da leidvolle Erfahrungen gemacht. Bedenken Sie bitte, daß Deutschland Jahrzehnte benötigt hat, um den heutigen Standard zu erreichen. Über die EWG der sechs von 1957, über die Europäische Gemeinschaft (EG) der neun, später zwölf, bis hin zur EU der fünfzehn von 1993 war es ein weiter Weg.

Gestern abend wurde hier im Raum die Frage gestellt, wie man den ökonomischen Aufholprozeß Polens zur Angleichung an die Lebensverhältnisse der westlichen EU-Partner beschleunigen könne. In der Tat, Polen hat großen Nachholbedarf. Aber bedenken sie bitte, je schneller und stürmischer ein Aufholprozeß erfolgt, je größer sind auch die Anpassungsprobleme für den Einzelnen.

Mich treibt die Frage um, wie Polens Landwirtschaft den Anpassungsprozeß zum gemeinsamen EU-Agrarmarkt verarbeiten wird. Das wird nicht ohne soziale Härten für Einzelne ablaufen, und manche Härte wird durch finanzielle Hilfe gemildert werden müssen.

Und ich spreche jetzt als Bürgermeister und Kommunalpolitiker, liebe Kollegen. Vergessen Sie nicht, die Menschen bei diesem Veränderungsprozeß mitzunehmen. Ich wiederhole: je stürmischer und schneller dieser Anpassungsprozeß verläuft,

desto weniger wird man die Menschen von der Notwendigkeit der Veränderung überzeugen können. Deshalb bringt die Osterweiterung der EU gerade auch für Kommunalpolitiker besondere Verantwortung. Wenn wir die Menschen nicht von der Richtigkeit der EU als Wertegemeinschaft überzeugen, droht ein Rückfall in das Klima der Zeit vor 100 Jahren. Gott bewahre uns davor.



Mein Wunsch ist es, daß der schwierige Anpassungsprozeß der polnischen Landwirtschaft an die EU-Standards ein Thema bei einem der nächsten Kongresse ist. Dazu zwei Zahlen, in denen sozialer Sprengstoff für Polen zum Ausdruck kommt. Knapp drei Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten noch auf dem Sektor

Landwirtschaft. In Polen sind dies gut zwanzig Prozent. Es ist Ihnen ja klar, daß der Strukturwandel der polnischen Landwirtschaft Arbeitsplätze vernichten wird und somit die Arbeitslosigkeit steigen wird. Vieles kann man durch finanzielle Hilfen abmildern. Dennoch bedarf es kluger Politik, um die mit Sicherheit auftretenden sozialen Verwerfungen erträglich zu gestalten.

Meine Landsleute und ich, die wir hier Gäste beim Kongreß sind, wissen, daß zwei Themen derzeit bei Ihnen im Lande heiß diskutiert werden. Es sind die Themen Preußische Treuhand und Zentrum gegen Vertreibungen.

Ich will dazu die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen nicht verschweigen.

Die Preußische Treuhand ist eine Privatinitiative, sie ist keine Organisation der LO. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Entschädigungsforderungen durchzusetzen für Eigentum, das frühere Bewohner hier zurückgelassen haben. Wir verurteilen die Politik der Preußischen Treuhand.

Aber, meine lieben Zuhörer, warum gibt es denn bei Einzelnen in Deutschland - es sind nicht sehr viele - Hoffnung auf eine Entschädigung? Es liegt daran, daß unsere Regierungen, die polnische wie die deutsche, 1990/1991 bei dem Abschluß des Nachbarschaftsvertrages verschiedene Themen ausgeklammert haben. Man hatte nicht den Mut, alle Differenzen anzusprechen und zu regeln.

Es heißt im Vertragswerk, die Verträge beinhalten nicht Eigentums- und Entschädigungsfragen. Aha, haben da verschiedene Menschen in Deutschland gedacht, dann kommt da ja noch etwas in einem neuen Vertrag.

Es gibt dazu keinen neuen Vertrag, aber die Bundesregierung hat auch nicht den Mut, den betroffenen Menschen ihre Meinung zu sagen, daß es im Interesse der Zukunft unserer Länder ist, diese Frage endgültig ruhen zu lassen. Nun haben die Menschen die Treuhand als Selbsthilfeorganisation gegründet. Polen und Deutschland sind demokratische Rechtsstaaten. Im Rechtsstaat kann jeder die Gerichte bemühen, um sein vermeintliches Recht einzuklagen. Das müssen unsere Gesellschaften aushalten.

Anders ist es mit dem europäischen Zentrum gegen Vertreibungen. Hier steht die LO hinter der BdV-Präsidentin Frau Steinbach. Wie wir unserer Opfer aus der ersten Hälfte des schrecklichen 20. Jahrhunderts gedenken, das muß man uns überlassen. Das ist eine innere Angelegenheit Deutschlands.

Wir beklagen die heftigen Reaktionen aus Polen zu diesem Thema. Warum läßt man Sachlichkeit und Verständnis für die andere Seite vermissen. Meine Damen und Herren, wir müssen uns immer wieder bewußt machen, die Menschen im jeweils anderen Land fühlen und empfinden auf Grund des eigenen nationalen Schicksals anders. Darauf gilt es Rücksicht zu nehmen. Mit großem Respekt habe ich bei meinem Besuch in Warschau registriert, wie Polen seiner Opfer aus der NS-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg gedenkt. Dies war meinungsbildend bei mir hinsichtlich meiner Auffassung zum eigenen Opfertedenken.

Wir müssen uns alles sagen, hat der große Pole Jan Josef Lipski, der auch ein Freund der Deutschen war, schon vor fünfzehn Jahren beim Beginn der neuen polnisch-deutschen Partnerschaft gesagt. Damit hat er - sehr deutlich - Probleme aufgezeigt, die noch heute das deutsch-polnische Verhältnis belasten. Er hat aber auch die Lösung für diese Probleme benannt. Miteinander reden und die Probleme mit dem Kopf des anderen denken und mit dem Herzen des anderen empfinden. Dazu den Blick nach vorne richten und die Fähigkeit zum Kompromiß nicht verlieren.

Ich wünsche uns allen gute Gespräche, eine Festigung der Freundschaft zwischen den einzelnen Teilnehmern dieses Kongresses und dieser Veranstaltung einen harmonischen Verlauf.

\* \* \*

### ***Wystąpienie powitalne***

Tegoroczny 4. Kongres Samorządowy, udane spotkanie inauguracyjne, w którym wczoraj wieczorem uczestniczył bawarski Minister Spraw Wewnętrznych, dr Beckstein, ale także liczne osobiste przyjaźnie między Polakami a Niemcami, które wyrosły na gruncie podejmowanych przez obie strony działań zmierzających do coraz większego porozumienia, są powodem do radości i wdzięczności. Drodzy słuchacze, to właśnie Państwo są awangardą tych poczynań. Dzięki Państwa zaangażowaniu udało się osiągnąć znaczący postęp w polsko-niemieckim procesie normalizacji. Fakt ten docenił przed dwoma laty w swoim pozdrowieniu skierowanym do uczestników 2. Kongresu w Elblągu sam Prezydent Rzeczypospolitej, Aleksander Kwaśniewski.

Rok 1990 i przełom w Polsce oznaczał, zarówno dla Polaków jak i dla Niemców, trudne otwarcie się na przyszłość. Dzisiaj możemy stwierdzić, że najtrudniejsze już za nami.

Wspólna modlitwa obu szefów rządów, polskiego – Tadeusza Mazowieckiego i niemieckiego – Helmuta Kohla u progu polsko-niemieckiego dialogu w roku 1990 wyznaczyła kierunki wzajemnych relacji.

Rany zablizniają się. Wprawdzie także blizny sprawiają ból, ale dzisiaj nikt nie chce zawracać koła historii. My, mieszkańcy Prus Wschodnich dalej pamiętamy o naszym zobowiązaniu do wspierania ze wszelkich sił procesu tworzenia takiej Europy, w

której wszystkie narody mogą żyć bez obaw i bez przymusu. Dlatego też bez jakichkolwiek ograniczeń wspieraliśmy przyjęcie Polski do Unii Europejskiej.

Ale nie możemy oddawać się iluzji – Unia Europejska nie jest tylko krainą miodem i mlekiem płynącą. Także w łonie UE trzeba będzie w przyszłości uporać się z napięciami społecznymi oraz ekonomicznymi trudnościami w procesie dostosowawczym. Każda epoka i każdy system mają swoich przegranych. My wszyscy mamy za sobą bolesne doświadczenia. Proszę nie zapominać, że w Niemczech potrzeba było dziesięcioleci do osiągnięcia dzisiejszego standardu. Ta długa droga prowadziła przez powołaną w roku 1957 przez sześć państw EWG, poprzez Wspólnotę Europejską (WE) mającą dziewięciu, a potem dwunastu członków aż do powołania w roku 1993 UE składającej się z piętnastu państw członkowskich.

Wczoraj wieczorem w tej sali postawiono pytania o możliwości przyspieszenia procesu nadrobienia ekonomicznych zaległości Polski dla wyrównania poziomu życia do poziomu zachodnich partnerów unijnych. I rzeczywiście, w Polsce jest jeszcze w tej materii wiele do zrobienia. Należy jednak pamiętać, że im taki proces nadrobienia jest szybszy i bardziej burzliwy, tym poważniejsze są problemy dostosowawcze dla poszczególnych obywateli.

Nieustannie zadaję sobie pytanie, jak sektor rolniczy w Polsce upora się z procesem dostosowawczym do wspólnego rynku rolnego w UE. Dla poszczególnych rolników oznaczać to będzie konieczność sprostania trudnościom socjalnym, które złagodzić trzeba będzie dzięki pomocy finansowej.

Drogie Koleżanki i drodzy Koledzy, zabieram teraz głos jako burmistrz i polityk samorządowy. Nie zapominajcie o włączeniu do tego procesu swoich obywateli. Pozwolę sobie powtórzyć: im bardziej burzliwie i im szybciej przebiega ten proces dostosowawczy, tym trudniej uda się przekonać poszczególnych ludzi do konieczności podejmowanych zmian. Dlatego też rozszerzenie UE na Wschód związane jest z koniecznością przejęcia szczególnej odpowiedzialności przez polityków samorządowych. Jeśli nie uda nam się przekonać naszych obywateli o słuszności UE będącej wspólnotą wartości, to grozi nam powrót do klimatu panującego przed stu laty. Niech Bóg nas od tego broni.

Chciałbym, by trudny proces dostosowawczy polskiego rolnictwa do standardów unijnych stał się tematem jednego z następnych kongresów. W tym miejscu powołałam się na dwa wskaźniki odzwierciedlające potencjał napięć społecznych w Polsce. W Republice Federalnej Niemiec w sektorze rolniczym zatrudnionych jest jeszcze niecałe trzy procent ludności czynnej zawodowo. W Polsce w rolnictwie pracuje prawie dwadzieścia procent społeczeństwa. Przecież wszyscy zdajemy sobie sprawę z tego, że przemiany strukturalne w polskim rolnictwie zniszczą miejsca pracy i że tym samym wzrośnie poziom bezrobocia. Pomoc finansowa może te trudności złagodzić. Niemniej jednak potrzeba mądrej polityki, która znośnymi uczyni pojawiające się z pewnością napięcia społeczne.

Będąc gośćmi tego Kongresu moi rodacy i ja wiemy, że w Polsce prowadzone są obecnie gorące dyskusje na dwa tematy: to Powiernictwo Pruskie oraz Centrum przeciwko Wypędzeniom.

W tym kontekście nie chcę przemilczeć stanowiska ziomkostwa Prusy Wschodnie.



Powiernictwo Pruskie jest inicjatywą prywatną i nie stanowi struktury organizacyjnej ziomkostwa Prusy Wschodnie. Jego celem jest uzyskanie odszkodowań majątkowych dla byłych mieszkańców, którzy tutaj pozostawili swoje majątki. My potępiamy politykę Powiernictwa Pruskiego.

Ale w tym miejscu, drodzy słuchacze, chciałbym postawić następujące pytanie. Dlaczego w Niemczech u poszczególnych obywateli (a nie ma ich zbyt wielu) żywa jest nadzieja na uzyskanie odszkodowania? Przyczyną takiego stanu rzeczy jest to, iż nasze rządy, zarówno polski jak i niemiecki, zawierając w latach 1990/91 Traktat o Dobrym Sąsiedztwie wyłączyły z niego różne kwestie. Zabrakło odwagi omówienia i uregulowania wszystkich istniejących różnic stanowisk.

W Traktacie zapisano, iż nie reguluje on spraw własnościowych oraz spraw związanych z odszkodowaniami. I różni ludzie w Niemczech pomyśleli sobie wówczas, że w takiej sytuacji jakiś nowy traktat się tym jeszcze zajmie.

Takiego nowego traktatu nie zawarto, ale rządowi federalnemu brakuje także odwagi, by zainteresowanym osobom zaprezentować swoje stanowisko, że w interesie przyszłości naszych krajów leży ostatecznie nie powracanie do tej kwestii. A teraz obywatele utworzyli Powiernictwo jako organizację samopomocową. Polska i Niemcy są demokratycznymi państwami prawa. W państwie prawa każdemu obywatelowi przysługuje prawo dochodzenia swoich praw przed sądem. Nasze społeczeństwa muszą to zaakceptować.

Nasze stanowisko dotyczące europejskiego Centrum przeciwko Wypędzeniom przedstawia się natomiast inaczej. Ziomkostwo Prusy Wschodnie solidaryzuje się z Przewodniczącą Związku Wypędzonych (BdV), Panią Eriką Steinbach. Decyzję o tym, jak będziemy pamiętać o naszych ofiarach pierwszej połowy owego strasznego XX. wieku, trzeba pozostawić nam. To wewnętrzna sprawa Niemiec.

Ze zdumieniem przyjmujemy gwałtowne reakcje strony polskiej na ten temat. Nie rozumiemy, dlaczego brak jest w tej debacie rzeczowości i zrozumienia dla drugiej strony. Szanowni Państwo, nieustannie musimy uświadamiać sobie, że ludzie w innym kraju inaczej też odbierają pewne zjawiska z uwagi na doświadczenie losu własnego narodu. I fakt ten należy uszanować. Z dużym szacunkiem obserwowałem podczas mojej wizyty w Warszawie, jak Polacy pielęgnują pamięć o poniesionych ofiarach w okresie reżimu nazistowskiego i Drugiej Wojny Światowej. Obserwacje te ukształtowały moją opinię dotyczącą poglądów o własnym stosunku do wspomnień i ofiar.

Wielki Polak, Jan Józef Lipski, będący również przyjacielem Niemców powiedział już przed piętnastu laty u zarania naszego partnerstwa polsko – niemieckiego, że musimy sobie wszystko powiedzieć. I tym samym w sposób bardzo wyraźny opisał problemy, które do dzisiaj obciążają stosunki polsko – niemieckie. Lipski wskazał jednakże także na sposób rozwiązania tych problemów: trzeba ze sobą rozmawiać i myśleć o problemach rozumem drugiej strony i odczuwać je sercem drugiej strony. Ponadto należy kierować wzrok do przodu i nie tracić zdolności znajdowania kompromisu.

Życzę nam wszystkim udanych rozmów, umocnienia przyjaźni między poszczególnymi uczestnikami tego Kongresu, a temu spotkaniu życzę harmonijnego przebiegu.

# **Dr. Günther Beckstein**

**Bayerischer Staatsminister des Innern  
Bawarski Minister Spraw Wewnętrznych**

## ***Innenpolitische Aspekte der EU und die Auswirkungen der Europapolitik auf die Kommunen***

Mit dem heute beginnenden Kommunalpolitischen Kongreß soll die Zusammenarbeit im gemeinsamen Haus Europa, insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene beleuchtet werden.

Den Veranstaltern des Kongresses ist für das bisher gezeigte reichhaltige Engagement im Sinne der Völkerverständigung zu danken.

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat, aufbauend auf Privatinitiativen vieler deutscher Heimatvertriebener, seit Auflösung des Ost- Westkonflikts zielgerichtet und ausdauernd an der Verständigung mit den Menschen in der alten Heimat mitgewirkt. Über die Heimatkreisgemeinschaften der ostdeutschen Landsmannschaften wurden vielfältige Initiativen ergriffen, um den Aufbau des Europas der Zukunft voranzubringen. Meilenstein auf diesem Weg war auch der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991, mit dem günstige Voraussetzungen für die deutsch-polnische Zusammenarbeit gerade auf kommunaler Ebene geschaffen wurden. Seit damals haben die Vertreter in den Heimatkreisgemeinschaften ihre Aufbauinitiativen so angelegt, daß die heute in den Heimatgebieten lebenden Menschen eng mit eingebunden waren. Die seit 1991 bis heute fruchtbaren Dialoge mit den führenden polnischen kommunalen Mandatsträgern legen hierfür ein beeindruckendes Zeugnis ab.

Die Aktivitäten erschöpfen sich nicht in Gesprächen. Sie haben sichtbare Spuren hinterlassen. Besonders hervorzuheben sind die umfangreichen Hilfsmaßnahmen von Hilfstransporten für Bedürftige, über Hilfen für Krankenhäuser, Hilfen für Kinderheime, tätige Hilfe für Altenheime bis zum Unterhalt von Sozialstationen. Dazu kommt die Unterstützung der Heimatkreisgemeinschaften bei der Renovierung von Baudenkmalern aus deutscher Zeit, um so das historische Erbe und die heimatische Identität zu erhalten.

Die Initiativen der Landsmannschaft Ostpreußen tragen wesentlich dazu bei, das Verständnis der polnischen Bevölkerung für die Bedeutung der von den Deutschen in der Vergangenheit erbrachten Kulturleistungen zu wecken und zu vertiefen. Damit schärft sich auch der Blick auf die Gemeinsamkeiten der Geschichte in Mitteleuropa und bildet zugleich ein Fundament für die neue, engere Zusammenarbeit in Europa.

Aus der Fülle des bereits Geleisteten ist ein Projekt besonders herauszugreifen, das mit nicht unwesentlicher bayerischer Unterstützung zu einem Kristallisationspunkt deutsch-polnischer Verständigung geworden ist.

Als 1996 der Verkauf des einstigen deutschen Finanzamts in Allenstein anstand, haben die politisch Verantwortlichen in Stadt und Woiwodschaft den Verkauf an die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt. Nach gründlicher Restaurierung, die ganz überwiegend aus Mitteln des bayerischen Staatshaushalts mitfinanziert wurde, bietet heute das Haus



Dr. Beckstein, Wilhelm v. Gottberg und Bernd Hinz

Kopernikus in Allenstein einen würdigen Rahmen für Begegnungen und kulturellen Austausch. Das Haus Kopernikus strahlt weit über die Stadt und die Umgebung bis in die Ostsee, das angrenzende Königsberger Gebiet und das Baltikum aus.

Die Liste der Beispiele erfolgreicher Aufbauarbeit der Landsmannschaft Ostpreußen ließe sich beliebig fort-

setzen. Sie wird gekrönt durch 17 offizielle Partnerschaften zwischen Heimatkreisgemeinschaften und polnischen Gebietskörperschaften. Damit wurden tragfähige Grundlagen für den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen nunmehr innereuropäischen Nachbarländern gelegt.

Auch der heutige Kommunalkongreß ist ein wichtiger Beleg für funktionierende Beziehungen zwischen den allermeisten deutschen Heimatvertriebenen und Polen. Diese gewachsenen Beziehungen prägen - im Gegensatz zu den marktschreierisch in der Presse aufbereiteten Irritationen - das tatsächliche Verhältnis zwischen den Heimatvertriebenen und den in der alten Heimat lebenden Menschen.

Seit dem 1. Mai 2004 ist Polen Mitglied der Europäischen Union. Damit gilt es, die bereits bestehenden Beziehungen und Kontakte noch enger zu knüpfen und mit neuem Leben zu erfüllen. Verständigung setzt Dialog, Toleranz für die Standpunkte des jeweils anderen und Bereitschaft zur Suche nach Kompromissen bei der Überwindung gegensätzlicher Standpunkte voraus.

Verständnis füreinander kann nur im permanenten Gespräch und Kontakt erwachsen. Einen wichtigen Beitrag hierbei leisten die Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften, die durch ihre unmittelbare Nähe zu den Menschen für das weitere Zusammenwachsen Europas unverzichtbar sind. Schon die deutsch-französische Versöhnungsarbeit, die bald nach Ende des zweiten Weltkriegs einsetzte, wurde maßgeblich durch kommunale Partnerschaften befördert.

Die Gemeinden sind auch und gerade in einem erweiterten und zusammenwachsenden Europa die Grundlage des Staates und des demokratischen und gesellschaftlichen Lebens. Sie sind der erste und wichtigste Ansprechpartner für die Bürger. So weit entfernt „Brüssel“ auch erscheinen mag, meist sind es die Kommunen, die das europäische Recht vor Ort zu erläutern und zu vollziehen haben. In nicht wenigen Fällen tragen sie die Kosten für den Vollzug der in Brüssel beschlossenen Maßnahmen.

Daher ist es wichtig, daß die Interessen der Kommunen auch auf europäischer Ebene gewahrt und vertreten werden. Dazu sind zwei wichtige Vertragswerke aus kommunaler Sicht darzustellen:

Bereits aus dem Jahre 1985 stammt die Charta der lokalen Selbstverwaltung des Europarates, die von Polen im Jahr 1993, von Deutschland bereits im Jahr 1988 rati-

fiziert wurde. Sie bildet das Fundament für die starke Stellung der Gemeinden in Europa. Sie enthält grundlegende Bestimmungen, unter anderem über den Begriff der kommunalen Selbstverwaltung und ihren Umfang, über die Aufsicht, die Finanzmittel der kommunalen Gebietskörperschaften und den Rechtsschutz.

Ganz aktuell wird der Vertrag über eine Verfassung für Europa diskutiert. Er wurde von den Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Brüssel am 18. Juni 2004 angenommen und muß nunmehr von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Darin wird die Stellung der Kommunen weiter gestärkt und ihre Einflußmöglichkeiten innerhalb der Europäischen Union erweitert.

Für die Kommunen wesentliche Aspekte sind kurz zu skizzieren: Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft wird die regionale und kommunale Selbstverwaltung als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten im Primärrecht ausdrücklich angesprochen und die Europäische Union zu ihrer Achtung verpflichtet.

In der Präambel zum zweiten Teil des Verfassungsvertrags, der die Charta der Grundrechte der Europäischen Union enthält, ist die regionale und lokale Ebene ebenfalls ausdrücklich erwähnt. Dort heißt es: „Die Union trägt zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei.“

Das Subsidiaritätsprinzip wurde deutlicher formuliert und die Mechanismen seiner Einhaltung erweitert: Die regionale und lokale Ebene ist im Vertragstext ausdrücklich angesprochen. Dort heißt es nunmehr, daß die Union nach dem Subsidiaritätsprinzip in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig wird, soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend erreicht werden können. Das bedeutet, daß auch Regelungen auf regionaler und lokaler Ebene Maßnahmen der EU entbehrlich machen können.

Im Subsidiaritätsprotokoll, das Bestandteil des Vertrags ist, wird der Kommission aufgegeben, umfangreiche Anhörungen durchzuführen, bevor sie einen Europäischen Gesetzgebungsakt überhaupt vorschlägt. Dabei ist der regionalen und lokalen Bedeutung der beabsichtigten Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Bei Entwürfen von Europäischen Gesetzgebungsakten ist darüber hinaus umfassend zu begründen, warum ein Gesetzesvorhaben besser von der EU als von den Mitgliedstaaten vorgenommen werden sollte. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die finanzielle Belastung auch der regionalen und lokalen Behörden so gering wie möglich zu halten ist.

Ein „Frühwarnsystem“ für nationale Parlamente und deren einzelne Kammern soll sicherstellen, daß die nationalen Parlamente frühzeitig über Gesetzesvorhaben informiert werden und gegebenenfalls die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips anmahnen können.

Schließlich können neben den Mitgliedstaaten auch die nationalen Parlamente oder eine Kammer dieser Parlamente Klage wegen Verstoßes eines Europäischen Gesetzgebungsakts gegen das Subsidiaritätsprinzip erheben. Soweit für Gesetzgebungsakte eine Anhörung des Ausschusses der Regionen vorgeschrieben ist, kann künftig auch der Ausschuß der Regionen Klage erheben.

Abgesehen von diesen wichtigen Änderungen enthält der Verfassungsvertrag die

Verpflichtung der Organe der EU zu einem offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden. Das schließt in Deutschland zum Beispiel die kommunalen Spitzenverbände ein.

Die Stellung der Kommunen wurde also auf EU-Ebene erweitert und ihre Einflußmöglichkeiten wesentlich gestärkt. Dabei wird insbesondere die Arbeit der kommunalen Spitzenverbände an Bedeutung gewinnen. Die weitere Entwicklung auch in der praktischen Umsetzung der dargestellten Regelungen verfolge ich mit großem Interesse.

Von Interesse ist die Rolle der Kommunen im Zusammenhang mit den in jüngster Zeit auf EU-Ebene immer wieder thematisierten "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse".

Den Kommunen kommt im Bereich der Daseinsvorsorge eine überragende und tragende Rolle zu. Deshalb ist es mit Sorge zu betrachten, daß die europäische Kommission in ihrem Weißbuch zu „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ begrüßt, daß die Gemeinschaft in Art. III-6 des EU-Verfassungsvertrags im Grundsatz eine Kompetenz zur Festlegung von Grundsätzen und Bedingungen zur Ausgestaltung der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erhalten wird.

Die Bayerische Staatsregierung wird sich angesichts der aktuellen Entwicklungen in der EU weiterhin mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß die Definitions- und Ausgestaltungsfreiheit von "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" von den Mitgliedstaaten und somit vor allem von den Kommunen wahrgenommen wird.

Für den Bereich der nichtwirtschaftlichen Leistungen der Daseinsvorsorge besteht in diesem Zusammenhang keinerlei Gemeinschaftskompetenz. Im Übrigen wird das Hauptaugenmerk künftig auf den vorrangigen Charakter des Subsidiaritätsprinzips und die nach Artikel I-5 des EU-Verfassungsvertrags gebotene Achtung der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten einschließlich ihrer grundlegenden verfassungsrechtlichen Struktur sowie der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung zu richten sein. Erfreulicherweise hat der deutsche Bundesrat bereits im Juli 2003 auf Antrag Bayerns und Baden-Württembergs festgestellt, daß eine den Gemeinden aufgezwungene Liberalisierung der Wasserversorgung im Sinn einer Marktöffnung mit dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht nicht vereinbar wäre und das Qualitätsniveau der Wasserversorgung gefährden würde.

Mit der Osterweiterung hat die Europäische Union das Tor für 10 neue Mitgliedsländer geöffnet. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist die endgültige Einigung Europas die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa ist ein entscheidender Schritt zur langfristigen Sicherung einer stabilen europäischen Friedensordnung. Sie garantiert Freiheit, Demokratie und Wohlstand für ganz Europa.

Die Europäische Union stößt mit der jüngsten Erweiterungsrunde vorerst an ihre Grenzen. Jetzt steht eine Phase der Konsolidierung an, in der die notwendigen strukturellen Änderungen verarbeitet, aber auch der neue Finanzbedarf geschultert werden muß. Deshalb halte ich einen Beitritt der Türkei auf absehbare Zeit nicht für realistisch. Die Türkei ist politisch, wirtschaftlich und kulturell immer noch deutlich davon entfernt, die Bedingungen für einen EU-Beitritt zu erfüllen. Zudem ist die EU derzeit nicht in der Verfassung, ein weiteres Land mit 70 Millionen Einwohnern und



einer Wirtschaftskraft, die bei 22 % des EU-Durchschnitts liegt, zu integrieren. Außerdem wäre mit einem EU-Beitritt der Türkei ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die EU verbunden. Wenn die Türkei zur EU stößt, würde die Union unmittelbar an die Krisenregionen des Nahen Osten und des Kaukasus angrenzen. Diese Sicherheitsprobleme sind in absehbarer Zeit nicht lösbar. Meines Erachtens geht es um eine ehrliche und realistische Perspektive für eine stabile Partnerschaft mit der Türkei, die den Besonderheiten auf beiden Seiten angemessen Rechnung trägt. Ich befürworte in diesem Zusammenhang eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei.

Ein einiges Europa kann nicht allein von den Regierungen geschaffen werden. Europa ist mehr. Es kommt darauf an, daß die Europäische Idee von der Bevölkerung mitgetragen wird. Deshalb ist die ständige Begegnung nicht nur der Funktionsträger, sondern der Menschen für Europa unverzichtbar.

Die kommunalen Partnerschaften werden sehr treffend als "größte Bürgerbewegung Europas" bezeichnet. Diese Partnerschaften als vertraglich vereinbarte Beziehungen von Gemeinden, Landkreisen und Bezirken, sind ein eminent wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung. Sie sind eine großartige Basis dafür, daß sich Menschen unterschiedlicher Nationalitäten besser kennen und verstehen lernen. Europa vereinen bedeutet in erster Linie, daß Menschen mit unterschiedlicher Sprache, Kultur und Lebensweise aufeinander zugehen, einander respektieren und miteinander handeln.

Kommunale Partnerschaften haben sich bereits als wichtiges Element beim Zusammenwachsen der Länder Westeuropas erwiesen. Der tiefgreifende Wandel nach 1989 hat Europa verändert und brachte große Herausforderungen. Diesen Herausforderungen müssen sich alle stellen. Es waren auch hier die kommunalen Partnerschaften, die zunächst in den neuen Ländern Deutschlands einen wesentlichen Anteil am Aufbau demokratischer Strukturen und der kommunalen Selbstverwaltung übernahmen. Unsere Kommunen zeigten darüber hinaus praktische Solidarität und gesamteuropäischen Gemeinschaftssinn mit den Nachbarn in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas. An der Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas und am Aufbau der Demokratie haben die inzwischen in großer Zahl begründeten Partnerschaften einen gewichtigen Anteil. Von den derzeit 989 bestehenden Partnerschaften bayerischer Kommunen werden 139 mit Kommunen in Ländern Mittel- und Osteuropas unterhalten. Zahlenmäßig an der Spitze stehen die Beziehungen zu Kommunen in der Tschechischen Republik (48) und in Ungarn (38).

Die 22 partnerschaftlichen Verbindungen, die zwischen polnischen und bayerischen Gemeinden, Landkreisen und Bezirken bestehen, sind auch hier ein Zeichen von gewachsenem Vertrauen und gegenseitigem Interesse. Die erste bayerisch-polnische Partnerschaft wurde am 3. Oktober 1979 zwischen meiner Heimatstadt Nürnberg und Krakau geschlossen, die vorerst jüngste am 1. Mai 2004 zwischen Stein und Puck. Die am 8. Februar 2001 in Nürnberg unterzeichnete "tri-regionale Partnerschaft Limousin - Mittelfranken - Pomorski" war ein bemerkenswerter Schritt und ein sichtbarer Beweis des friedlichen Miteinanders in Europa. Sie hat modellhaften Charakter für das Zusammenwachsen Europas, weil Europa nicht "von oben nach unten" verordnet und konstruiert, sondern dauerhaft nur "von unten nach oben", d.h. über den Bürger und die Kommunen geschaffen werden kann.

Ein Schlüssel für die langfristige Festigung der deutsch-polnischen Verständigung ist die Überwindung von Vorurteilen und Unkenntnis in der jungen Generation beider

Länder. Hier gibt es inzwischen viele gute Ansätze. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk, nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerkes für diesen Zweck eingerichtet, ermöglicht einen lebhaften Jugendaustausch.

Die EU-Osterweiterung brachte neben neuen Herausforderungen auch neue Perspektiven für ganz Europa mit sich. Die neuen EU-Länder müssen verstärkt in die europäische Integration einbezogen werden. Kommunale Partnerschaften werden auch dabei eine wichtige Rolle spielen. Sie haben eine Mittlerfunktion. Mit Hilfe der kommunalen Partnerschaften sollen die mittel- und osteuropäischen Kommunen in die bereits existierenden Strukturen der kommunalen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene eingebunden werden. Bayern ist stolz auf die vielen partnerschaftlichen Beziehungen bayerischer Kommunen zu ihren östlichen Nachbarn. Gerade in den West-Ost-Beziehungen liegen große historische und politische Chancen.

Allerdings muß man realistischere sehen, daß zur Zeit bei deutschen Kommunen eine gewisse Sättigung besteht, was, abgesehen von den gegenwärtigen Finanzproblemen, zu einer momentanen Zurückhaltung beim Abschluß neuer Partnerschaften geführt hat. Es bleibt zu hoffen, daß sich die bayerischen Kommunen mittelfristig den Kommunen in Mittel- und Osteuropa weiter öffnen und neue partnerschaftliche Beziehungen begründen werden.

Was sehr viele Menschen berührt und bisweilen auch beunruhigt hat, ist die Frage nach der Sicherheitslage nach der EU-Osterweiterung. Verschiedentlich wurden Horrorszenarien gezeichnet, die eine Überschwemmung der "alten" EU-Staaten durch illegale Einwanderer, Menschenhändler, Räuberbanden und ähnliche kriminelle Phänomene hervorsagten. Derartige „Prognosen“ waren unseriös und unrealistisch.

Der 1. Mai führte nicht zu einem Wegfall eines bis dahin hermetisch dichten „Eisernen Vorhangs“ und zur gleichzeitigen Abschaffung polizeilicher Grenzkontrollen. Vielmehr gab es, beispielsweise an der deutsch-polnischen Grenze, auch schon vor dem 1. Mai einen regen grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr, den sicherlich so mancher Kriminelle damals wie heute für illegale grenzüberschreitende Aktivitäten nutzen konnte.

Des Weiteren sind mit dem 1. Mai zwar die zollamtlichen Warenkontrollen, keinesfalls aber die grenzpolizeilichen Personenkontrollen abgeschafft, so daß sich bei der polizeilichen Grenzsicherung keinerlei Veränderung ergeben hat.

In Folge des Beitritts der zehn neuen Mitgliedsstaaten zur EU mußte deshalb nicht mit einer schlagartigen Veränderung der Sicherheitslage in Deutschland oder Bayern gerechnet werden. Nach den Erfahrungen der ersten Monate zeichnen sich bisher keine nachteiligen Entwicklungen der Sicherheitslage ab. Diese Einschätzung gilt sowohl für den Bereich entlang der Grenze als auch für das gesamte Gebiet Bayerns und der Bundesrepublik.

Europa soll nicht nur ein Raum der Freiheit, sondern auch ein Raum der Sicherheit und des Rechts werden. Daraus ergibt sich eine Fülle von Herausforderungen. Neben der terroristischen Bedrohung ist es vor allem die Organisierte Kriminalität mit den Bereichen Rauschgifthandel- und -schmuggel, Waffenhandel und -schmuggel, Kfz-Verschlebung, Menschenhandel und Menschenerschlebung sowie Kriminalität im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben, auf die Antworten gefunden werden müs-

sen. Daher beobachten die zuständigen Behörden im Bund und den Ländern permanent die Entwicklung der Kriminalitätslage, um bei Bedarf sofort gegensteuern zu können.

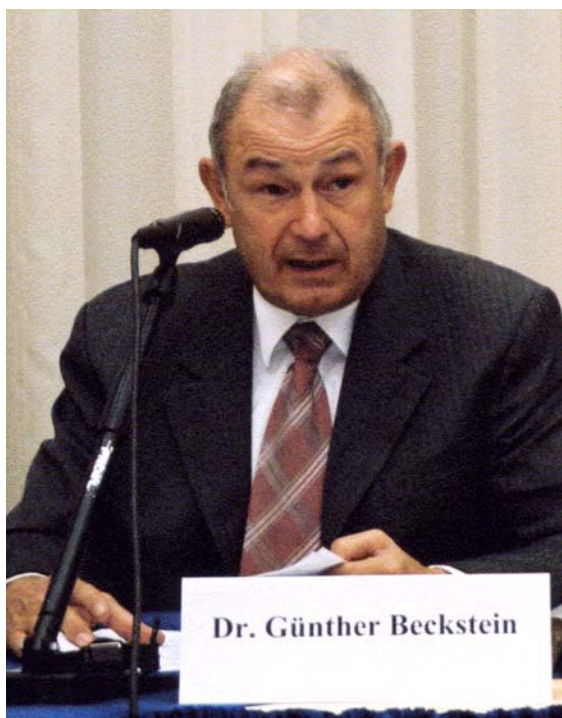
Ein weiterer Gesichtspunkt kommt bei der sicherheitsspezifischen Diskussion um die EU-Osterweiterung bisweilen etwas zu kurz. Mit dem EU-Beitritt der „zehn Neuen“ sind diese automatisch Teil der im Rahmen der EU eingerichteten polizeilichen und justiziellen Kooperationsstrukturen geworden. Zu nennen sind die Mitgliedschaft bei Europol, die Anwendbarkeit wichtiger Teile des Schengener Durchführungsübereinkommens oder die Mitarbeit beim Europäischen justiziellen Netzwerk.

Die mit dem EU-Beitritt verbesserten Kooperationsmöglichkeiten bei der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit werden bisher verschüttete Optimierungspotentiale zu Tage fördern. Dies wird bereits kurzfristig die Effektivität der Arbeit der Sicherheitsbehörden steigern und so der Sicherheitslage zu Gute kommen.

Hierfür gibt es auch konkrete Beispiele. So arbeitet die Bayerische Polizei mit den Tschechischen Sicherheitsbehörden schon jetzt routinemäßig und qualitativ auf hohem Niveau zusammen. Die mit Tschechien erreichte Qualität der Polizeikooperation ist für die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden aller „alten“ EU-Staaten beispielhaft.

In der grenzüberschreitenden Polizeikooperation kann die Bayerische Polizei auch von sehr ermutigenden Erfahrungen mit den polnischen Sicherheitsbehörden berichten. So ist es in jüngster Zeit in engem Zusammenwirken der zuständigen polnischen und bayerischen Stellen gelungen, eine größere Anzahl gefährlicher Einbrecher und Räuber dingfest zu machen. Diese hatten meist unter Anwendung roher Gewalt Juweliergeschäfte bzw. Banken überfallen oder Geldautomaten brachial aus den Verankerungen gerissen und dabei große Schäden verursacht. Schnell hatte sich abgezeichnet, daß die Täter starke Verbindungen in bestimmte Teile Polens (Koszalin) hatten, in der Mehrzahl von dort stammten und dort auch offenbar das strategische Zentrum der verantwortlichen kriminellen Organisation saß. Der seit Mai zu verzeichnende Rückgang solcher Verbrechen läßt hoffen, daß es gelungen ist, die hinter den geschilderten Phänomenen stehenden Banden entscheidend zu schwächen.

Zum Abschluß noch ein sicherheitspolitischer Ausblick: Für die gesamte EU sicherheitspolitisch wesentlich bedeutsamer als die EU-Erweiterung wird die in einigen Jahren anstehende Entscheidung über die Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens bezüglich Polens, Tschechiens und anderer Neumitglieder sein. Dies deshalb, weil mit diesem Schritt der Abbau der polizeilichen Grenzkontrollen einhergehen wird. Es ist sehr zu begrüßen, daß diese gravierende Änderung der Sicherheitsstrukturen nicht mit einem Automatismus, etwa dem Ablauf bestimmter Wartezeiten, einhergehen wird. Vielmehr stehen vor der uneingeschränkten Anwendung des Schengener Durchführungsübereinkommens hohe rechtliche und administrative Hürden. Zunächst werden Expertenteams der arrivierten Schengen-Staaten vor Ort evaluieren, ob die Bewerber die sog. „Schengen Standards“ dauerhaft einhalten können. Hier wird es um Parameter wie die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit des Schengener Informationssystems, die Qualität der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit, die Sicherung der Außengrenzen, die Einhaltung der Visumregeln und vieles andere mehr gehen.



Der bayerische Staatsminister sieht in dem Kommunalpolitischen Kongreß ein wichtiges positives Signal für die deutsch-polnischen Beziehungen.

Auf der Basis des Überprüfungsergebnisses wird der Rat der Justiz- und Innenminister einstimmig zu entscheiden haben, ob die Schengener Partnerschaft in den jeweiligen Bewerber das nötige Vertrauen setzen kann. Erst wenn dies vorbehaltlos bejaht werden kann, dürfen die Grenzkontrollen abgeschafft werden. Nur dann führt die Öffnung der Grenzen zu keinem entscheidenden Anstieg der Kriminalität in den derzeitigen EU-Staaten. Die Bayerische Staatsregierung wird auf der uneingeschränkten Beachtung dieser Europäischen Verfahrens- und Rechtsstandards bestehen und so ein größtmögliches Maß an Innerer Sicherheit gewährleisten.

Der kleine Ausschnitt der aufgezeigten Problembereiche läßt erahnen, welche Herkulesaufgabe noch zu bewältigen ist. Jeder ist aufgerufen, seinen Beitrag zu leisten.

Es bleibt daher zu hoffen, daß dieser Kommunalpolitische Kongreß und die herausragend guten, partnerschaftlichen Beziehungen zwischen deutschen Vertriebenen und polnischen Städten und Kreisen sich auch auf die derzeit aktuell angespannten deutsch-polnischen Beziehungen insgesamt positiv auswirken werden.

\* \* \*

### ***Aspekty polityki wewnętrznej Unii Europejskiej oraz skutki polityki europejskiej dla samorządów***

Rozpoczynający się dzisiaj Kongres Samorządowy stawia sobie za cel przyjrzenie się współpracy w ramach wspólnego europejskiego domu, w szczególności na szczeblu polityki samorządowej.

Słowa podziękowania należy skierować na ręce organizatorów Kongresu za wykazane dotychczas i przybierające różne formy zaangażowanie w duchu porozumienia między narodami.

Opierając się o prywatne inicjatywy wielu niemieckich wypędzonych ziomkostwo Prusy Wschodnie działało od zakończenia konfliktu między blokiem wschodnim a zachodnim w sposób nakierowany i trwały na rzecz porozumienia z ludźmi zamieszkującymi ich dawną ojczyznę. Poprzez regionalne wspólnoty powiatowe ziomkostw wschodniemieckich podjęto wiele inicjatyw zmierzających do wniesienia wkładu na rzecz tworzenia Europy przyszłości. Kamieniem milowym na tej drodze był polsko-niemiecki Traktat o dobrym sąsiedztwie z 17 czerwca 1991 roku stwarzający korzystne podstawy dla polsko-niemieckiej współpracy właśnie na płaszczyźnie komunalnej. Od tego czasu przedstawiciele regionalnych wspólnot powiatowych kształtowali swoje inicjatywy w zakresie działań zmierzających do



odbudowy struktur w taki sposób, by ściśle włączeni w nie zostali mieszkańcy terenów dawnej ojczyzny. Prowadzony od roku 1991 owocny dialog z wiodącymi przedstawicielami polskich władz samorządowych jest imponującym świadectwem tych działań.

Działania te nie kończą się jednak tylko na rozmowach. Pozostawiły one bowiem widoczne ślady. Szczególnie podkreślić należy zakrojone na szeroką skalę działania pomocowe obejmujące transporty pomocowe dla osób potrzebujących, pomoc dla szpitali, pomoc dla domów dziecka, czynną pomoc dla domów starców oraz utrzymywanie ośrodków pomocy społecznej.

Do tego doliczyć należy wsparcie udzielone ze strony regionalnych wspólnot powiatowych przy renowacji zabytków architektury z okresu niemieckiego w celu zachowania dziedzictwa historycznego oraz ojczyźnianej tożsamości.

Inicjatywy ziomkostwa Prusy Wschodnie w istotny sposób przyczyniają się do obudzenia i pogłębienia zrozumienia ze strony ludności polskiej dla znaczenia osiągnięć kultury pozostawionych tutaj w przeszłości przez Niemców. Tym samym udaje się wyostrzyć spojrzenie na wspólne cechy historii w Europie Środkowej oraz stworzyć fundament dla nowej, ściślejszej współpracy w Europie.

Z całego wachlarza dotychczasowych osiągnięć należy szczególnie podkreślić jeden projekt, który dzięki znacznemu wsparciu bawarskiemu stał się obiektem, w którym jak w soczewce skupia się polsko-niemieckie porozumienie.

Kiedy w roku 1996 rozważano sprzedaż byłego niemieckiego Urzędu Skarbowego w Olsztynie, osoby zajmujące odpowiedzialne stanowiska polityczne we władzach miejskich i wojewódzkich preforsowały sprzedaż na rzecz Towarzystwa Niemieckiej Mniejszości w Olsztynie (ADGM), co zresztą spotkało się z poważnymi sprzeciwami. Po gruntownej renowacji, współfinansowanej głównie ze środków bawarskiego budżetu państwowego, tzw. Haus Kopernikus w Olsztynie stanowi godne ramy dla spotkań i wymiany kulturalnej. Haus Kopernikus promieniuje daleko poza granice miasta i okolicy aż po wybrzeże Morza Bałtyckiego, po znajdujący się po drugiej stronie granicy obwód kaliningradzki i republiki nadbałtyckie.

Listę przykładów owocnej pracy u podstaw wykonanej przez ziomkostwo Prusy Wschodnie można byłoby dowolnie rozszerzać. Jej ukoronowaniem jest 17 oficjalnych partnerstw między regionalnymi wspólnotami powiatowymi a polskimi jednostkami samorządu terytorialnego. Tym samym stworzono trwałe podstawy dla dalszej rozbudowy stosunków między krajami sąsiadów położonymi we wspólnej Europie.

Także rozpoczynający się dzisiaj Kongres Samorządowy stanowi znaczący dowód na dobrze rozwijające się stosunki między większością niemieckich wypędzonych a Polakami. To właśnie te okrzeplone już relacje decydują – w przeciwieństwie do irytacji natrętnie publikowanych w środkach masowego przekazu – o rzeczywistych stosunkach panujących między wypędzonymi a współczesnymi mieszkańcami ich starej ojczyzny.

Od 1 maja Polska jest członkiem Unii Europejskiej. Dlatego też należy jeszcze bardziej zacieśniać już istniejące relacje i kontakty oraz wypełniać je nowym życiem.



Zrozumienie opiera się o dialog i tolerancję dla stanowiska reprezentowanego przez drugą stronę oraz o gotowość poszukiwania kompromisu przy przewyżczeniu przeciwstawnych stanowisk.

Wzajemne zrozumienie może wyrastać tylko w oparciu o ciągłe rozmowy i kontakty. Znaczący wkład do tego procesu wnoszą gminy i jednostki samorządu terytorialnego, które są nieodzowne dla dalszego zrastania się Europy dzięki bezpośredniej bliskości do obywateli. Partnerstwa komunalne w decydujący sposób wspierały proces francusko-niemieckiego pojednania, który rozpoczął się już wkrótce po zakończeniu drugiej wojny światowej.

Także w Europie, zwłaszcza w Europie rozszerzonej i jednoczącej się, gminy stanowią podstawę funkcjonowania każdego państwa oraz życia demokratycznego i społecznego. Są one pierwszym i najważniejszym partnerem dla obywateli. Chociaż „Bruksela” wydaje się być bardzo odległa, to właśnie najczęściej jednostki samorządowe wyjaśniają i wdrażają prawo europejskie w terenie.

Dlatego też ważna jest dbałość o interesy jednostek samorządowych także na płaszczyźnie europejskiej i reprezentowanie na niej tych interesów. W tym też kontekście należy zaprezentować dwa istotne z punktu widzenia samorządowego zespoły umów:

Karta Samorządu Terytorialnego Rady Europy pochodzi już z roku 1985; została ona ratyfikowana przez Polskę w roku 1993, a przez Niemcy już w roku 1988. Stanowi ona fundament silnej pozycji gmin w Europie. Jej treść zawiera podstawowe uregulowania, między innymi dotyczące pojęcia administracji samorządowej i jej zakresu, nadzorowania, środków finansowych jednostek samorządu terytorialnego oraz ochrony prawnej.

Obecnie toczy się szeroka dyskusja poświęcona Traktatowi o Konstytucji dla Europy. Został on przyjęty przez szefów państw i rządów podczas Rady Europejskiej w Brukseli w dniu 18 czerwca 2004 roku i musi zostać teraz ratyfikowany przez wszystkie państwa członkowskie. Traktat dalej umacnia pozycję jednostek samorządowych oraz ich możliwości wpływania na bieg wydarzeń w Unii Europejskiej.

Należy pokrótce naszkicować aspekty istotne dla jednostek samorządowych: Po raz pierwszy w historii Unii Europejskiej i Wspólnoty Europejskiej w prawie pierwotnym porusza się kwestię samorządu regionalnego i komunalnego będącego elementem składowym tożsamości narodowej krajów członkowskich, a Unia Europejska zostaje zobowiązana do ich poszanowania.

W preambule do drugiej części Traktatu Konstytucyjnego zawierającej Kartę Praw Podstawowych Unii Europejskiej wyraźnie wspomniano również szczebel regionalny i lokalny. Zapisano tam: „Unia przyczynia się zachowania i rozwoju tych wspólnych wartości przestrzegając różnorodność kultur i tradycji narodów Europy jak również różnorodność tożsamości narodowej krajów członkowskich oraz organizacji ich władzy państwowej na szczeblu narodowym, regionalnym i lokalnym”.

Wyraźnie sformułowano zasadę subsydiarności oraz poszerzono mechanizmy jej przestrzegania: O szczeblu regionalnym i lokalnym mówi się wyraźnie w tekście Traktatu. Zapisano tam bowiem, że zgodnie z zasadą subsydiarności Unia podejmuje działania w obszarach nie będących przedmiotem jej wyłącznej kompetencji tylko wówczas, gdy cele rozważanych działań nie mogą być osiągnięte

przez kraje członkowskie w sposób wystarczający ani na szczeblu centralnym ani na regionalnym ani też na lokalnym. Oznacza to, iż także pewne uregulowania na szczeblu regionalnym i lokalnym mogą czynić działania UE zbędnymi.

W protokole subsydiarności, będącym elementem składowym Traktatu, Komisji zleca się przeprowadzanie obszernych przesłuchań, zanim w ogóle zaproponuje ona jakiś europejski akt ustawodawczy. W procesie tym należy uwzględnić regionalne i lokalne znaczenie zamierzonych działań.

W przypadku projektów europejskich aktów ustawodawczych należy ponadto obszernie uzasadnić konieczność podjęcia inicjatywy ustawodawczej przez Unię Europejską, a nie przez kraje członkowskie. Należy przy tym uwzględnić dbałość o możliwie jak najniższe finansowe obciążenie także dla władz regionalnych i lokalnych.

„System wczesnego ostrzegania“ dla parlamentów krajowych i ich poszczególnych izb winien zagwarantować możliwość odpowiednio wczesnego informowania parlamentów krajowych o zamierzeniach legislacyjnych i domagania się – w razie potrzeby – przestrzegania zasady subsydiarności.

W końcu nie tylko kraje członkowskie, ale także parlamenty krajowe lub izby tych parlamentów mogą złożyć skargę z powodu naruszenia zasady subsydiarności przez europejski akt legislacyjny. O ile w przypadku jakiegoś aktu legislacyjnego przewidziane jest przesłuchanie Komitetu Regionów, także Komitet Regionów może w przyszłości składać skargi.

Pominąwszy te istotne zmiany, Traktat Konstytucyjny zawiera zobowiązanie organów UE do otwartego, przejrzystego i regularnego dialogu z reprezentatywnymi związkami. W Niemczech włączone do tego dialogu są na przykład samorządowe organizacje centralne.

Tak więc na poziomie UE poszerzono pozycję jednostek komunalnych i w znaczący sposób wzmocniono ich możliwości wywierania wpływu. Na znaczeniu zyska w szczególności praca samorządowych organizacji centralnych. Z dużym zainteresowaniem przyglądam się dalszemu rozwojowi także w zakresie praktycznej realizacji przedstawionych uregulowań.

Ciekawa jest rola jednostek samorządu terytorialnego w związku z coraz częściej poruszonymi w ostatnim czasie na płaszczyźnie UE „usługami publicznymi interesu społecznego“.

W dziedzinie usług publicznych interesu społecznego nadrzędna i wiodąca rola przypada jednostkom komunalnym. Dlatego też z troską należy stwierdzić, że Komisja Europejska w swojej Białej Księdze dotyczącej „Usług o interesie ogólnym“ z zadowoleniem wita fakt, że Wspólnota w art. III-6 Traktatu Konstytucyjnego UE zasadniczo zachowa kompetencje wyznaczania zasad i warunków kształtowania usług o ogólnym interesie ekonomicznym.

W obliczu aktualnych tendencji rozwojowych w UE rząd bawarski z całą konsekwencją angażuje się na rzecz korzystania ze swobody definicyjnej i interpretacyjnej „usług interesu publicznego“ przez państwa członkowskie i przede wszystkim przez jednostki samorządowe.

W zakresie nieekonomicznych usług interesu publicznego nie istnieje w tym kontekście kompetencja wspólnotowa. Zresztą w przyszłości należy główną uwagę skierować na priorytetowy charakter zasady subsydiarności i zalecane zgodnie z artykułem 5 Traktatu Konstytucyjnego Unii Europejskiej przestrzeganie narodowej tożsamości krajów członkowskich łącznie z ich zasadniczą strukturą konstytucyjną

jak również samorządem regionalnym i komunalnym. Na szczęście niemiecki Bundesrat już w lipcu 2003 stwierdził na wniosek krajów związkowych Bawaria i Badenia-Wirtembergia, że narzucona gminom w myśl otwarcia rynku liberalizacja zaopatrzenia w wodę nie byłaby zgodna z komunalnym prawem samorządowym i zagroziłaby odpowiedniemu poziomowi jakości w zakresie zaopatrzenia w wodę.

Wraz z rozszerzeniem na Wschód Unia Europejska otworzyła swoje podwoje dla dziesięciu nowych krajów członkowskich. Po zjednoczeniu obu państw niemieckich centralnym wyzwaniem 21 wieku stało się ostateczne zjednoczenie Europy. Rozszerzenie w kierunku Europy Środkowej i Wschodniej to decydujący krok w drodze do długofalowego zabezpieczenia stabilnego europejskiego porządku pokojowego, który gwarantuje wolność, demokrację i dobrobyt dla całej Europy.

Po ostatniej rundzie poszerzenia Unia Europejska osiągnęła na razie granice swoich możliwości. Teraz nadchodzi faza konsolidacji, w której należy wdrożyć niezbędne zmiany strukturalne, ale przede wszystkim należy uporać się z nowym zapotrzebowaniem finansowym. Dlatego też uważam przystąpienie Turcji w przewidywalnym okresie za zamierzenie nierealistyczne. Politycznie, ekonomicznie i kulturowo Turcja ciągle jeszcze daleka jest od wypełnienia warunków koniecznych dla przystąpienia do UE. Ponadto UE nie jest w chwili obecnej w stanie sprostać integracji z kolejnym krajem zamieszkiwanym przez 70 milionów mieszkańców i potencjale ekonomicznym na poziomie 22% przeciętnej UE.

Ponadto przystąpienie Turcji do UE wiązałoby się z poważnym ryzykiem w dziedzinie bezpieczeństwa UE. Gdyby Turcja włączona została do UE, to granice Unii przesunęłyby się w bezpośrednie sąsiedztwo kryzysowych regionów Bliskiego Wschodu i Zakaukazia. Tych problemów bezpieczeństwa nie uda się rozwiązać w dającym się przewidzieć czasie. Wedle mojej opinii potrzeba uczciwej i realistycznej perspektywy dla stabilnego partnerstwa z Turcją, które we właściwy sposób sprosta szczególnym uwarunkowaniom po obu stronach. W tym kontekście opowiadam się za uprzywilejowanym partnerstwem z Turcją.

Zjednoczona Europa nie może być dziełem li tylko rządów. Europa oznacza znacznie więcej. Należy zadbać o to, by idea europejska stała się bliska społeczeństwom europejskim. Dlatego też dla zachowania ducha Europy nieodzowne są ciągłe spotkania nie tylko funkcjonariuszy, ale także zwykłych obywateli.

Partnerstwa komunalne bardzo trafnie określane są mianem „największego ruchu obywatelskiego Europy“. Partnerstwa te, będące wyrazem usankcjonowanych umowami relacji gmin, powiatów i okręgów, stanowią niebywale ważne przyczynki do porozumienia między narodami. Są wspaniałą podstawą do coraz lepszego poznawania i rozumienia ludzi różnych narodowości. Zjednoczenie Europy oznacza w pierwszym rzędzie, że ludzie mówiący różnymi językami, reprezentujący różne kultury i style życia zbliżają się do siebie, respektują się wzajemnie i wspólnie działają.

Już w procesie zrastania się krajów Europy Zachodniej partnerstwa komunalne okazały się być jego ważnym elementem. Głębokie przemiany po roku 1989 zmieniły wizerunek Europy i przyniosły z sobą wielkie wyzwania. Wyzwaniom tym sprostać muszą wszyscy. I także w tym przypadku to właśnie partnerstwa komunalne przejęły najpierw w nowych krajach związkowych Niemiec istotny udział w odbudowie struktur demokratycznych i samorządu terytorialnego. Nasze jednostki samorządowe wykazały ponadto praktyczną solidarność i myślenie w kategoriach ogólno-

europejskiego ducha obywatelskiego w relacjach z sąsiadami w innych krajach Europy Środkowej i Wschodniej. Pokażna ilość nawiązanych partnerstw w znaczący sposób przyczyniła się do pojednania z narodami Europy Wschodniej i do budowania demokracji. Spośród 989 istniejących związków partnerskich zawartych przez jednostki samorządowe z Bawarii 139 to umowy z jednostkami samorządowymi w krajach Europy Środkowej i Wschodniej. Najwięcej takich umów zawarto z jednostkami samorządowymi w Republice Czeskiej (48) i na Węgrzech (38).

22 związki partnerskie istniejące między polskimi i bawarskimi gminami, powiatami i okręgami są świadectwem rosnącego zaufania i wzajemnego zainteresowania. Pierwsze polsko-bawarskie relacje partnerskie zostały nawiązane między moim miastem rodzinnym, Norymbergą a Krakowem w dniu 3 października 1979 roku, a najnowsze w dniu 1 maja 2004 między miejscowością Stein a Puckiem. Podpisana w dniu 8 lutego 2001 roku w Norymberdze „trójstronna umowa partnerska między regionem Limousin, Środkową Frankonią i Województwem Pomorskim“ stała się istotnym krokiem w procesie pokojowego współistnienia w Europie i jego namacalnym dowodem. Ma ona charakter modelowy dla jednoczenia się Europy, ponieważ idei europejskiej nie można tworzyć i narzucać „od góry na dół“; może ona bowiem zaistnieć w sposób trwały tylko „od dołu do góry“, tzn. poprzez obywateli i jednostki samorządowe.

Kluczem od długofalowego umocnienia porozumienia polsko-niemieckiego jest przezwyciężenie uprzedzeń oraz przełamanie niewiedzy po stronie młodych generacji obu krajów. W tym zakresie podjęto już wiele cennych inicjatyw. I tak na przykład Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży, powołana na wzór Niemiecko-Francuskiej Współpracy Młodzieży, umożliwia realizowanie ożywionej wymiany grup młodzieżowych.

Poszerzenie Unii Europejskiej na Wschód powiązane jest z jednej strony z wieloma nowymi wyzwaniem, ale też z drugiej strony z nowymi perspektywami dla całej Europy. Należy silniej włączyć nowe kraje członkowskie UE do procesu integracji europejskiej. Ważna rola przypadnie w tym dziele partnerstwom na szczeblu komunalnym, które odgrywać będą w tym zakresie rolę pośrednika. Dzięki partnerstwom komunalnym jednostki samorządowe Europy Środkowej i Wschodniej winny zostać włączone w już istniejące struktury współpracy komunalnej na płaszczyźnie europejskiej. Bawaria dumna jest z wielu partnerskich relacji bawarskich jednostek samorządowych z ich wschodnimi sąsiadami. To właśnie stosunki Wschód – Zachód wyznaczają ogromne szanse historyczne i polityczne.

Realistycznie rzecz biorąc należy jednak stwierdzić, iż obecnie wśród jednostek samorządowych w Niemczech osiągnięto poziom swoistego nasycenia, co – niezależnie od aktualnych problemów finansowych – prowadzi do chwilowej wstrzeźliwości dotyczącej nawiązywania nowych relacji partnerskich. Należy mieć nadzieję, że bawarskie jednostki samorządowe w średnim wymiarze czasowym będą dalej otwierać się na samorzady w Europie Środkowej i Wschodniej i będą nawiązywały nowe stosunki partnerskie.

Kwestią, która dotyka bardzo wielu osób i która je dotychczas także niepokoiła, to sprawa zapewnienia bezpieczeństwa po rozszerzeniu UE na Wschód. Niejednokrotnie kreślono scenariusze horroru przewidujące zalew „starych“ państw UE przez nielegalnych imigrantów, handlarzy żywym towarem, band rabusiów i inne zjawiska kryminalne. „Prognozy” tego typu były niepoważne i nierealistyczne.



1 maja nie doprowadził do upadku dotychczas hermetycznie szczelnej „żelaznej kurtyny“ i do jednoczesnego zniesienia policyjnych kontroli granicznych. Bowiem już przed dniem 1 maja, przykładowo na granicy polsko-niemieckiej, rozwijał się ożywiony transgraniczny ruch osób i przepływ towarów, który z pewnością był wykorzystywany zarówno wówczas jak i teraz do nielegalnej działalności transgranicznej przez niektórych przedstawicieli środowisk kryminalnych.

Ponadto z dniem 1 maja zniesiono co prawda celne kontrolne towarów, nie zniesiono jednak kontroli granicznych w ruchu osobowym, co powoduje brak jakichkolwiek zmian w zakresie policyjnego zabezpieczenia granicy.

Dlatego też skutek przystąpienia dziesięciu nowych krajów członkowskich do UE nie należało się liczyć z błyskawiczną zmianą poziomu bezpieczeństwa w Niemczech lub Bawarii.

Doświadczenia pierwszych miesięcy nie wskazują dotychczas na negatywne tendencje w zakresie zapewnienia bezpieczeństwa. Ocena ta dotyczy zarówno obszarów położonych wzdłuż granicy jak i dla całego terytorium Bawarii i Republiki Federalnej.

Europa ma stać się nie tylko obszarem wolności, lecz także bezpieczeństwa i prawa. Z zadania tego wynika cały szereg wyzwań. Należy znaleźć odpowiedź na takie zjawiska jak zagrożenie terrorystyczne, a także przede wszystkim przestępczość zorganizowana obejmująca takie dziedziny jak: handel narkotykami i ich przemyt, handel bronią i przemyt broni, nielegalny handel pojazdami mechanicznymi, handel żywym towarem i przemyt ludzi jak również przestępczość gospodarcza. Stąd też właściwe władze na poziomie federalnym i w poszczególnych krajach związkowych nieustannie obserwują rozwój przestępczości, by w razie potrzeby móc podjąć natychmiastowe działania zaradcze.

W dyskusji dotyczącej problemów bezpieczeństwa zbyt mało uwagi poświęca się dotychczas istotnemu aspektowi związanemu z rozszerzeniem UE na Wschód. Wraz z przystąpieniem nowych dziesięciu państw do UE stały się one mianowicie automatycznie elementem powołanych do życia w UE struktur współpracy policyjnej i współpracy w zakresie wymiaru sprawiedliwości. Wymienić należy członkostwo w Europolu, stosowanie istotnych elementów Porozumienia z Schengen lub też współpracę w dziedzinie europejskiej sieci współpracy w dziedzinie wymiaru sprawiedliwości.

Wraz z przystąpieniem do UE poprawie uległy możliwości współpracy w zakresie transgranicznej współpracy policyjnej i wymiaru sprawiedliwości, co pozwoli na lepsze wykorzystanie rozproszonych dotychczas potencjałów optymalizacji współpracy. Już w krótkim przedziale czasowym podniesie to efektywność pracy organów władzy zajmujących się zapewnieniem bezpieczeństwa i tym samym przyniesie poprawę poziomu bezpieczeństwa.

Można podać wiele konkretnych przykładów takich działań. I tak już teraz policja bawarska współpracuje na wysokim poziomie jakościowym i rutynowo z czeskimi organami bezpieczeństwa. Jakość osiągnięta w kooperacji policyjnej z Czechami ma wzorcowy charakter dla współpracy z organami bezpieczeństwa wszystkich „starych” krajów UE.

Policja bawarska może pochwalić się bardzo zachęcającymi doświadczeniami w policyjnej współpracy transgranicznej z polskimi organami bezpieczeństwa. I tak w



ostatnim czasie w ścisłej współpracy odpowiednich władz polskich i bawarskich udało się ująć większą ilość niebezpiecznych włamywaczy i bandytów, którzy często wykorzystując brutalną przemoc napadali na sklepy jubilerskie czy banki lub przemocą wrywali bankomaty z ich umocnień, powodując przy tym ogromne szkody. Szybko udało się stwierdzić, że sprawcy mieli silne powiązania z określonymi rejonami Polski (Koszalin), skąd większość sprawców pochodziła i gdzie prawdopodobnie mieściło się strategiczne centrum odpowiedzialnej za popełnianie tych przestępstw organizacji kryminalnej. Zaznaczający się od maja spadek takich przestępstw pozwala mieć nadzieję, że bandy odpowiedzialne za popełnienie opisanych przestępstw zostały poważnie osłabione.

Na zakończenie kilka uwag dotyczących perspektyw polityki bezpieczeństwa. Z punktu widzenia polityki bezpieczeństwa dużo bardziej istotna dla całej Unii niż samo jej rozszerzenie będzie czekająca nas za kilka lat decyzja o wejściu w życie Układu z Schengen dotyczącego Polski, Czech i innych nowych członków. Jest to tak ważne, gdyż wraz z tym krokiem zniesione zostaną policyjne kontrole graniczne. Z dużym zadowoleniem należy powitać fakt, iż ta zasadnicza zmiana struktur bezpieczeństwa nie będzie powiązana z automatyzmem wynikającym na przykład z upływu określonych okresów przejściowych. Przed wprowadzeniem nieograniczonego stosowania Układu z Schengen sprostać trzeba będzie wysokim wymaganiom natury prawnej i administracyjnej. Najpierw grupy ekspertów uznanych państw obszaru Schengen sprawdzą będą na miejscu, czy państwa kandydackie są w stanie w sposób trwały utrzymywać tzw. „standardy Schengen“. Dotyczą one takich parametrów jak dostępność i skuteczność systemu informacji Schengen, jakość transgranicznej współpracy policyjnej, zabezpieczenie granic zewnętrznych, przestrzeganie reguł wizowych i wiele innych.

W oparciu o wyniki tej ewaluacji Rada Ministrów Sprawiedliwości i Spraw Wewnętrznych będzie musiała podjąć jednogłośnie decyzję, czy partnerstwo z Schengen może obdarzyć poszczególnych kandydatów niezbędnym zaufaniem. Dopiero po uzyskaniu odpowiedzi twierdzącej bez jakichkolwiek zastrzeżeń można będzie znieść kontrole graniczne. Tylko wówczas otwarcie granic nie doprowadzi do zdecydowanego wzrostu przestępczości w obecnych krajach UE. Rząd bawarski stanowczo będzie optował za nieograniczonym przestrzeganiem tych europejskich standardów proceduralnych i prawnych, by w ten sposób zagwarantować możliwie najwyższy poziom bezpieczeństwa wewnętrznego.

Ten mały wycinek opisanych problemów pozwala przypuszczać, jakie herkulesowe zadanie jeszcze pozostało do wykonania. Wszyscy winni wnieść do niego swój wkład.

Dlatego też pozostaje mieć nadzieję, iż tegoroczny Kongres Samorządowy oraz niebywale dobre stosunki partnerskie panujące pomiędzy niemieckimi wypędzonymi a polskimi miastami i powiatami będą miały łącznie pozytywny wpływ na obecnie napięte relacje polsko – niemieckie.

# **Adam Sierzputowski**

**Landrat des Landkreises Allenstein  
Starosta Powiatu Olsztyńskiego**

## ***Aktuelle kommunalpolitische Aufgaben, Probleme und Erfolge am Beispiel des Landkreises Allenstein***

Der zum 1. Januar 1999 gegründete neue Landkreis Allenstein umfaßt eine Fläche von 2.840,3 km<sup>2</sup> und ist administrativ in 12 Gemeinden geteilt, in denen insgesamt 112.000 Menschen leben. Stadtrechte genießen Wartenburg, Bischofsburg, Guttstadt, Seeburg und Hohenstein. Die übrigen sieben Gemeinden sind typisch dörfliche Ansiedlungen. Der Landkreis Allenstein umgibt die kreisfreie Stadt Allenstein, die gleichzeitig die Hauptstadt der Region, ein wichtiges Wirtschafts-, Verwaltungs- und politisches Zentrum für die Bevölkerung des Landkreises Allenstein ist.

Gegenüber dem Stand von vor 1945 wurde der ehemalige deutsche Landkreis um einige Gemeinden vergrößert: Bischofsburg, Groß Köllen, und Seeburg gehörten früher zum Landkreis Rössel; die Gemeinden Guttstadt und Świątki zum ehemaligen Landkreis Heilsberg; die Gemeinde Hohenstein zum Landkreis Osterode. Dies bedeutet, daß es schwer ist, von einer einfachen Kontinuität des früheren Landkreises Allenstein zu sprechen. Aber die Ähnlichkeit der natürlichen und historischen Bedingungen erlaubt es, den Versuch zu unternehmen, den geschaffenen Verwaltungsbereich zu integrieren.

In Folge der Aufteilung der Aufgaben auf die einzelnen Ebenen der Verwaltung – einschließlich der kommunalen Selbstverwaltung – wurde den Landkreisen die Sorge um das Problem der Arbeitslosigkeit zugewiesen, insbesondere die Betreuung der Arbeitslosen durch Vermittlung des Arbeitsamtes.

Die Arbeitslosenquote ist ein synthetischer Index für das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung eines bestimmten Raumes; sie erreicht im Landkreis Allenstein den Wert von 30%. Wenn man bedenkt, daß der Einfluß der Hauptstadt der Wojewodschaft Allenstein den Arbeitsmarkt auch in der ländlichen Umgebung entlastet, kann man ohne größere Übertreibung feststellen, daß die aktuelle Höhe der Arbeitslosigkeit im Landkreis Allenstein sich nicht von dem Zustand in denjenigen anderen Landkreisen unterscheidet, die am schwersten von dieser Erscheinung betroffen sind.

In der ganzen Region Ermland-Masuren, auch im Landkreis Allenstein, wird angestrebt, bei den grundlegenden Arbeiten zur Entwicklungsstrategie ein Gleichgewicht zwischen der Erhaltung der einzigartigen Qualität der Umwelt auf der einen Seite und der wirtschaftlichen Entwicklung, die über den Lebensstandard der Bevölkerung dieses Raumes entscheidet, auf der anderen Seite zu bewahren. Diese Aufgabe ist beileibe nicht leicht.

Um die natürliche Umwelt vor der Zerstörung zu bewahren, sind enorme Aufwendungen nötig, die sich nicht sofort in wirtschaftlicher Entwicklung niederschlagen. Auch die notwendigen Umgestaltungen der Agrarstruktur bringen erst nach vielen Jahren positive wirtschaftliche und soziale Aspekte. In der näheren Zukunft aber muß dieser Prozeß flankiert werden durch die Finanzierung sozialer Sicherungsmaßnahmen für jene große Gruppe der Bevölkerung, für die bisher die Landwirtschaft die Haupteinkommensquelle war.

Die genannten Gründe und der allgemeine zivilisatorische Rückstand bei der technischen Infrastruktur führen dazu, daß es ungewöhnlich schwierig ist, das Entwicklungstempo zu beschleunigen.

Die Region Ermland-Masuren, zu der auch der Landkreis Allenstein gehört, ist für uns Polen eine besondere Region. Die Geschichte dieser Region, vor allem die des 20. Jahrhunderts, hat dazu geführt, daß alles, was hier geschieht, bei den meisten Polen großes Interesse findet. Sie geht auch einen Teil der Einwohner Deutschlands an, vor allem jene, die als Jugendliche oder sogar Kinder gezwungen waren, die Heimat ihrer Familien zu verlassen.



Die Rede des Allensteiner Landrates, Adam Sierzputowski, hatte für eine angeregte Diskussion über den Begriff der „Vertriebenen“ und über das „Zentrum gegen Vertreibungen“ gesorgt. Über seine Positionen diskutierte das Plenum engagiert.

Jahrzehntlang fehlten die Bedingungen, um direkte Kontakte zwischen den ehemaligen Einwohnern dieses Landes und den jetzigen anzuknüpfen. Dieser Zustand erzeugte aus sich selbst heraus Mißtrauen und sogar Abneigung auf beiden Seiten. Erst nach dem Bruch des Eisernen Vorhangs wurden unter dem Einfluß der von der „Solidarność“ angestoßenen Veränderungen in Mitteleuropa erste Versuche unternommen, die Beziehungen zwischen denen zu normalisieren, die hier ihre Vorfahren zurückgelassen haben, und der 2. oder sogar 3. Generation derjenigen, die aus verschiedenen Richtungen nach 1945 hierher kamen. Viele von ihnen sind Nachkommen polnischer Vertriebenen aus den ehemaligen östlichen Regionen Polens.

Die 1990 geschaffenen kommunalen Selbstverwaltungen haben eine Reihe von Kompetenzen erhalten, zu denen auch das Recht gehört, mit entsprechenden Partnern im Ausland Kontakt aufzunehmen.

Als Folge der Aktivität des Verbands der Ehemaligen Einwohner des Landkreises Allenstein unter der Leitung von Herrn Leo Michalski kam es zur ersten Vereinbarung zwischen der Gemeinde Hagen im Landkreis Osnabrück in Niedersachsen und der Gemeinde Wartenburg.

Die positiven Erfahrungen dieser ersten Partnerschaft führten dazu, daß 1998 zwischen der Verwaltung des Landkreises Osnabrück und dem Ermländer Gemeindeverband (Warmiński Związek Gmin) eine Vereinbarung unterschrieben wurde.

Diese zwei Tatsachen sowie eine Reihe von Kontakten zwischen Jugendlichen, Lehrern und offiziellen Vertretern bereiteten den Boden für den Partnerschaftsvertrag zwischen den Landkreisen Osnabrück und Allenstein kurz nach Entstehen des letzteren. Es war nicht ohne Bedeutung für diesen Vertragsabschluß, daß im Kreistag nicht wenige Kommunalpolitiker saßen, die aktiv an den früheren Kontakten teilgenommen hatten.

Die Unterzeichnung der Partnerschaft mit dem Verband der ehemaligen Einwohner des Landkreises Allenstein kam um einiges später, nämlich erst 2002. Vor diesem Ereignis wurde eine Reihe von Themen diskutiert. Diese Diskussionen erlaubten beiden Seiten, die Absichten und Beweggründe ihrer Gegenüber kennenzulernen. Auch

die Terminologie mußte präzisiert und mit Verständnis geklärt werden. Zum Beispiel wurde die Bezeichnung „Vertriebene“ mit Bezug auf Deutsche in Polen nicht akzeptiert und reizte uns sehr, weil die polnischen Zuwanderer aus den früheren Ostgebieten der 2. Republik nicht als „Vertriebene“ bezeichnet wurden, sondern als „Repatrianten“ (Rückwanderer). Hinter dem Wort „Vertriebene“ verbirgt sich stets die Frage: durch wen? und die weitere Frage: warum? Daher sind wir weiterhin der Auffassung, daß diese Bezeichnung für den Aufbau guter Kontakte zwischen Polen und Deutschen nicht hilfreich ist.

Nach dieser Abschweifung ist es Zeit, zu den Fakten überzugehen, die im Ergebnis der Unterzeichnung der beiden Partnerschaftsverträge stattgefunden haben.

Die Initiatoren dieser Vereinbarungen waren sich darüber klar, daß die Abmachungen systematisch mit Inhalt gefüllt werden mußten, daß man viel mehr Personen in die Verwirklichung der Absichten einbeziehen mußte, und daß schließlich all dies große Bedeutung für die nähere und fernere Zukunft besitzt. Von daher rückte die Frage der Kontakte zwischen Schülern in den Vordergrund. In Polen unterstehen die Grundschulen und seit kurzem auch die Mittelschulen den Gemeinden. U.a. deshalb legten beide Seiten von Anfang an großes Gewicht darauf, daß die lokalen Behörden Partnerschaften eingehen. Es gibt Verträge zwischen den Gemeinden Hagen und Wartenburg; den Gemeinden, die zur Samtgemeinde Artland und den Gemeinden Dietrichswalde, Jonkendorf, Świątki und Guttstadt; der Gemeinde Wallenhorst und der Gemeinde Stabigotten; die weit fortgeschrittenen Kontakte zwischen der Gemeinde Bramsche und der Gemeinde Bischofsburg sowie auch zwischen den Gemeinden Bissendorf und Groß Purden, und wir haben Hinweise auf weitere Partnerschaftsgespräche. All dies hat die Entwicklung der Kontakte in einem Ausmaß beeinflußt, das nur auf Landkreisebene unmöglich zu erreichen gewesen wäre.

Gemeinsam mit den Jugendlichen bilden sich Lehrer fort, vor allem polnische Deutschlehrer haben Gelegenheit, ihre Fähigkeiten zu vervollkommen und mit Kolleginnen und Kollegen Auffassungen über Pädagogik und Didaktik auszutauschen.

Am schnellsten kam es zwischen den Freiwilligen Feuerwehren zur Verständigung. Auch die Direktoren unserer Erziehungsheime und Sozialstationen brachten aus Deutschland eine Vielzahl interessanter Eindrücke mit. Vor uns steht die Reform des gesamten Systems der Sozialfürsorge in den den Landkreisen unterstehenden Dienststellen, daher suchen wir nach den besten bewährten Lösungen.

Großes Gewicht legen wir auf das kulturelle Erbe. Langjährige Vernachlässigung hat dazu geführt, daß nicht alles gerettet werden kann, aber wir wissen, daß wir uns bemühen müssen, künftigen Generationen möglichst viel vom Erbe derer zu hinterlassen, die vor uns hier gelebt und gearbeitet haben.

Es freut uns, daß die ehemaligen Bewohner des Landkreises sich hieran aktiv beteiligen; die Verbände der Ehemaligen Einwohner der Landkreise Rössel und Heilsberg haben sich dem Vorhaben angeschlossen. Zusammen versuchen wir, die Mittel für das Programm „Retten wir die ermländischen Bildstöcke“ aufzubringen, bekannt ist der finanzielle und sachliche Anteil früherer Einwohner an der Erhaltung und Erneuerung von Kirchen und Friedhöfen.

Beim letzten Kommunalpolitischen Kongreß in Köln hat Kardinal Meissner eine Äußerung von Prof. Dr. Arnulf Baring zitiert und sich anerkennend über den Zustand der Kirchen im „polnischen Teil Ostpreußens“ im Vergleich zu dem, was im russischen und litauischen Teil geschehen ist, geäußert. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß weiterhin ein großer Teil dieser Objekte reparaturbedürftig ist.

Wir beteiligen uns gemeinsam an Feierlichkeiten zur Enthüllung von Gedenktafeln und Obelisk für zivile Kriegsoffer; ein wichtiges Ereignis war die Wiedererrichtung

eines Kreuzes an Stelle eines zerstörten, das an die Opfer des 1. Weltkrieges erinnerte. An der Feierlichkeit nahmen polnische, deutsche und russische Vertreter sowie hochrangige katholische, evangelische und orthodoxe Geistliche teil.

Die Aktivität und die guten Kontakte des Verbands der Ehemaligen Einwohner des Landkreises Allenstein helfen auch dabei mit, daß die deutsche Minderheit, die erst vor relativ kurzer Zeit in Erscheinung getreten ist, ihren gebührenden Platz einnimmt. Es verschafft viel Befriedigung zu sehen, was bisher dank dem Engagement aller Partner erreicht werden konnte. Es ist uns klar, daß wir auf vielen Gebieten auch die Möglichkeiten, die die Partnerschaft bietet, nicht voll ausgenutzt haben. Zu wenig haben wir zum Beispiel auf dem Gebiet der Zusammenarbeit in Kultur, Sport und Freizeit erreicht, und die wirtschaftlichen Kontakte sind kaum wahrnehmbar. Wir denken, daß der Beitritt Polens zur Europäischen Union ein Impuls für eine verstärkte Suche nach neuen Lösungen auf diesem Gebiet werden sollte.

Der Aufbau neuer Beziehungen zwischen Polen und Deutschen von Grund auf ist ein mühseliges und schwieriges Vorhaben. Wie jeder andere Bau braucht auch er zunächst solide Fundamente, und man muß sich über die angestrebte Gestalt im klaren sein. In den zwischenmenschlichen Beziehungen ist das gegenseitige Vertrauen dieses Fundament, und das Ziel ein freundschaftliches Zusammenleben. Bis vor kurzem schien es uns, als könne nichts den Prozeß stören, den wir gemeinsam in Gang gesetzt haben, oder uns von dem Weg, den wir uns gemeinsam gewählt haben, abbringen. Aber am Himmel sind Wolken aufgezogen.

Ein für uns beunruhigendes Signal war die öffentlich bekanntgegebene Absicht, ein Zentrum der Vertriebenen zu bauen. Ich habe damals auf dem letzten Treffen der Ehemaligen Einwohner des Landkreises Allenstein in Hagen gesagt: „Reißen wir nicht vernarbte Wunden wieder auf, vor allem da nicht klar ist, ob die Nägel, die das machen, sauber genug sind, um nicht zum Wundbrand zu führen.“ Anschließend erschien die Preußische Treuhand auf der Bildfläche, deren angekündigte Aktivitäten nicht den Schatten eines Zweifels über die damit verfolgten Absichten offenlassen. Diese zwei Ereignisse haben in Polen nicht nur Unruhe ausgelöst. Es gibt nichts, was die Polen so sehr eint, wie äußere Bedrohung. Die Einigkeit der öffentlichen Meinung, die sich in der Sejm-Resolution zur Reparationsfrage äußerte, braucht keine Grundlage im polnischen, deutschen oder sonst einem Recht. So empfinden die Polen im Grunde ihres Herzens, und jeder, der ernsthaft über die Zukunft der Beziehungen zwischen unseren Nationen nachdenkt, muß dies bei dem, was er tut, berücksichtigen.

Deshalb sage ich nochmals: Reißen wir die Wunden nicht auf! Denn bauen geht langsam, zerstören blitzschnell. Lassen wir es nicht zu, daß das, was wir gemeinsam erreicht haben, zerstört wird, lassen wir das gegenseitige Vertrauen nicht schwächer werden, denn es ist das Fundament unserer Beziehungen.

Unsere deutschen Partner, die an diesem Kongreß teilnehmen, haben die im Leben wichtigste Rolle zu spielen: die aufgeschaukelten Wellen und Stimmungen zu beruhigen, indem sie einen eindeutigen Standpunkt zu den Fragen einnehmen, die für soviel Aufregung gesorgt haben.

Möge das Symbol unserer Begegnung die zur Eintracht ausgestreckte Hand sein, und nicht die Klageschriften der Preußischen Treuhand.

\* \* \*



## ***Aktualne samorządowo-polityczne zadania, problemy i sukcesy na przykładzie powiatu olsztyńskiego.***

Utworzony od 1 stycznia 1999 roku nowy powiat olsztyński obejmuje obszar 2.840,3 km<sup>2</sup>, podzielony jest administracyjnie na 12 gmin, a zamieszkały jest przez 112 tys. osób. Stolicami pięciu gmin są miasta Barczewo, Biskupiec, Dobre Miasto, Jeziorany i Olsztynek. Pozostałe siedem gmin to obszary typowo wiejskie. Powiat olsztyński okala miasto Olsztyn, które stanowi odrębny powiat grodzki, a jednocześnie jako stolica regionu jest ważnym centrum gospodarczym, administracyjnym i politycznym dla ludności powiatu olsztyńskiego.

W stosunku do stanu sprzed 1945 roku dawny powiat został powiększony o: gminy Biskupiec, Kolno i Jeziorany należące wcześniej do powiatu reszelskiego; gminy Dobre Miasto i Świątki z dawnego powiatu Lidzbark Warmiński; gminę Olsztynek z powiatu Ostróda, co oznacza, że trudno mówić o prostej kontynuacji dawnego powiatu olsztyńskiego, ale podobieństwo warunków przyrodniczych i historycznych pozwala na podejmowanie prób integrowania utworzonego obszaru administracyjnego.

W wyniku podziału zadań między poszczególne szczeble administracji – w tym także administracji samorządowej – powiatowi przypisano zajmowanie się problemami bezrobocia, a właściwie obsługę bezrobotnych za pośrednictwem Urzędu Pracy.

Stopa bezrobocia jako syntetyczny wskaźnik poziomu rozwoju gospodarczego na danym obszarze sięga w powiecie 30%. Biorąc pod uwagę wpływ Olsztyna łagodzący sytuację także w powiecie ziemskim stanowiącym zaplecze dla rozwoju aglomeracji olsztyńskiej, można bez popełnienia większego błędu stwierdzić, iż aktualny stan bezrobocia w powiecie olsztyńskim nie różni się od stanu w innych powiatach najbardziej dotkniętych tym zjawiskiem.

W całym regionie warmińsko-mazurskim, w tym również w powiecie olsztyńskim, w ramach ustawicznych prac nad strategią rozwoju dąży się do zachowania równowagi pomiędzy ochroną wartości unikalnego środowiska przyrodniczego a rozwojem gospodarczym decydującym o poziomie życia ludności zamieszkującej ten obszar. To nie jest łatwe zadanie.

W celu zabezpieczenia środowiska naturalnego przed degradacją niezbędne jest poniesienie ogromnych nakładów, które doraźnie nie przekładają się na rozwój gospodarczy.

Także niezbędne przekształcenia w zakresie struktury agrarnej przyniosą pozytywne efekty ekonomiczne i społeczne po wielu latach, a w najbliższym czasie należy ten proces zasilać środkami finansowymi skierowanymi na osłonę socjalną dużej grupy ludności, dla której dotąd rolnictwo było głównym źródłem utrzymania.

Wymienione przyczyny oraz ogólne zapóźnienie cywilizacyjne w zakresie infrastruktury technicznej powodują, że przyspieszenie tempa rozwoju gospodarczego jest niezwykle trudne.

Region Warmii i Mazur, w skład którego wchodzi powiat olsztyński, jest dla Polaków regionem szczególnym. Historia tego regionu, a zwłaszcza wiek XX, spowodowały, że to, co się dzieje w tym regionie, interesuje większość Polaków. Obchodzi to także część obywateli Niemiec, zwłaszcza tych, którzy jako młodzi ludzie lub wręcz dzieci, musieli opuścić swoje rodzinne strony.

Przez wiele dziesięcioleci nie było warunków do nawiązywania bezpośrednich kontaktów byłych mieszkańców tych ziem z obecnymi. Ten stan sam w sobie budził nieufność lub nawet niechęć z obydwu stron. Dopiero po przerwaniu żelaznej kurtyny

w wyniku przemian w Środkowej Europie zainicjowanych przez "Solidarność" zaczęto podejmować próby normalizacji stosunków między tymi, którzy zostawili tu kości swoich przodków, a drugim lub nawet trzecim pokoleniem tych, którzy przybyli tu z różnych stron po 1945 roku. Wielu z nich to potomkowie wysiedlonych z dawnych terenów Polski na wschodzie.

Powołane do życia w 1990 roku samorzady gminne uzyskały szereg uprawnień, wśród nich prawo nawiązywania kontaktów z odpowiednikami za granicą.

W wyniku aktywności Związku Byłych Mieszkańców Powiatu Olsztyńskiego kierowanego przez Pana Leo Michalskiego doszło do nawiązania pierwszego porozumienia pomiędzy gminą Hagen w powiecie Osnabrück w Dolnej Saksonii a gminą Barczewo.

Pozytywne doświadczenia tego pierwszego partnerstwa zaowocowały podpisaniem porozumienia pomiędzy władzami powiatu Osnabrück a Warmińskim Związkiem Gmin w 1998 roku.

Te dwa fakty oraz szereg kontaktów młodzieży, nauczycieli i oficjalnych władz przygotowały grunt pod umowę o partnerstwie pomiędzy powiatem Osnabrück i powiatem olsztyńskim wkrótce po jego powstaniu. Nie bez znaczenia było to, że w pierwszej Radzie Powiatu zasiadło wielu działaczy samorządowych, którzy aktywnie uczestniczyli we wcześniejszych kontaktach.

Podpisanie partnerstwa ze Związkiem Byłych Mieszkańców Powiatu Olsztyńskiego nastąpiło znacznie później, bo dopiero w 2002 roku. To wydarzenie zostało poprzedzone szeregiem dyskusji na wiele tematów. Pozwalały one na wzajemne poznawanie intencji przyszłych partnerów, a także pobudek ich działania. Również nazewnictwo wymagało uściślenia i zrozumienia. Dla przykładu określenie "wypędzeni" w odniesieniu do Niemców nie było w Polsce akceptowane i nas mocno drażniło, ponieważ polskich przybyszów z dawnych wschodnich terenów II Rzeczypospolitej nazywano repatriantami, a nie "wypędzonymi". Za słowem "wypędzeni" kryje się pytanie: przez kogo? i dalsze pytanie: dlaczego? Stąd nadal uważamy, że nie jest to określenie służące budowaniu dobrych kontaktów pomiędzy Polakami i Niemcami.

Po tej dygresji pora przejść do faktów, które miały miejsce w wyniku podpisania obydwu umów partnerskich.

Inicjatorzy tych porozumień zdawali sobie sprawę z tego, że porozumienia należy systematycznie wypełniać treścią, że należy zwielokrotnić liczbę osób zaangażowanych w realizację zamierzeń, że wreszcie wszystko to ma wielkie znaczenie dla przyszłości. Tej najbliższej i tej dalszej. Stąd na pierwszy plan wysunęła się sprawa kontaktów młodzieży szkolnej. W Polsce szkoły podstawowe, a od niedawna gimnazja, są prowadzone przez gminy, dlatego m.in. tak dużą wagę od samego początku obydwie strony przywiązywały i nadal przywiązują do partnerstw tych podmiotów samorządowych. Umowy pomiędzy: gminami Hagen i Barczewo; gminami wchodzącymi w skład Zbiorczej Gminy Artland, a gminami Gietrzwałd, Jankowo, Świątki i Dobre Miasto, gminą Wallenhorst a gminą Stawiguda; daleko zaawansowane kontakty pomiędzy gminą Bramsche a gminą Biskupiec; czy też gminą Bissendorf a gminą Purda, a mamy też sygnały o kolejnych rozmowach partnerskich, wpłynęły na rozwój kontaktów w stopniu niemożliwym do osiągnięcia przez same powiaty.

Wraz z młodzieżą kontaktują się nauczyciele, zwłaszcza nauczyciele języka niemieckiego, którzy mają okazję do doskonalenia swoich umiejętności i okazję do wymiany poglądów w zakresie pedagogiki i dydaktyki.

Najszybciej do porozumienia doszli ochotnicy – strażacy. Sporo ciekawych spostrzeżeń przywieźli z wizyty w Niemczech nasi dyrektorzy placówek oświatowo-wychowawczych i domów pomocy społecznej. Przed nami reforma całego systemu opieki społecznej w placówkach powiatowych, stąd poszukiwanie najlepszych, sprawdzonych rozwiązań.

Wielką wagę przywiązujemy do dziedzictwa kulturowego. Wieloletnie zaniedbania spowodowały, że nie wszystko uda się uratować, ale wiemy, że należy podjąć wysiłki, aby przyszłym pokoleniom przekazać możliwie jak najwięcej z dorobku tych, którzy tu byli i tworzyli przed nami.

Cieszy nas, że w tym dziele aktywnie uczestniczą byli mieszkańcy powiatu, do których dołączyły Związki Byłych Mieszkańców Powiatu Reszelskiego i Lidzbarskiego. Wspólnie gromadzimy środki na realizację programu "Ratujemy Kapliczki Warmińskie", znany jest udział finansowy i rzeczowy byłych mieszkańców w utrzymaniu i odnawianiu kościołów i cmentarzy.

W czasie ostatniego Kongresu Polityki Samorządowej w Kolonii Kardynał Meissner, cytując wypowiedź prof. dr. Arnulfa Baringa, z uznaniem odniósł się do stanu kościołów w "polskiej części Prus Wschodnich" na tle tego, co stało się w częściach rosyjskiej i litewskiej. To jednak nie może przesłonić potrzeb remontowych w dużej części tych obiektów,

Bierzemy wspólnie udział w uroczystościach odsłonięcia tablic pamiątkowych i obelisków ku pamięci cywilnych ofiar wojny; ważnym wydarzeniem było wzniesienie krzyża w miejscu zniszczonego krzyża upamiętniającego ofiary I wojny światowej. W uroczystości udział wzięli przedstawiciele Polski, Niemiec i Rosji oraz wysokiej rangi duchowni katoliccy, ewangeliccy i prawosławni.

Aktywność i dobre kontakty Związku Byłych Mieszkańców Powiatu Olsztyńskiego sprzyjają też zajmowaniu należytej pozycji przez mniejszość niemiecką, która ujawniła się stosunkowo niedawno.

To, co do tej pory udało się osiągnąć dzięki zaangażowaniu wszystkich partnerów, przynosi sporo satysfakcji. Zdajemy sobie sprawę z tego, że w wielu ważnych dziedzinach nie wykorzystaliśmy możliwości, jakie przynosi partnerstwo. Za mało osiągnęliśmy w dziedzinie współpracy na polu kultury, sportu i rekreacji, a zupełnie znikome są kontakty gospodarcze. Sądzymy, że wejście Polski do Unii Europejskiej powinno stać się impulsem do wzmożonego poszukiwania nowych rozwiązań na tym polu.

Dzieło budowania od podstaw nowych stosunków pomiędzy Polakami i Niemcami jest przedsięwzięciem mozolnym i trudnym. Tak jak każda inna budowa wymaga najpierw stworzenia solidnych fundamentów oraz docelowego kształtu. W stosunkach między ludźmi tym fundamentem jest wzajemne zaufanie, a celem przyjazne współzycie.

Do niedawna wydawało się, że nic nie jest w stanie zakłócić procesu, który wspólnie zainicjowaliśmy, ani też zawrócić nas z drogi, którą wspólnie obraliśmy. Jednak na niebie pojawiły się chmury.

Niepokojącym dla nas sygnałem był ogłoszony zamiar budowy Centrum Wypędzonych. Powiedziałem wówczas na ostatnim zjeździe Byłych Mieszkańców Powiatu Olsztyńskiego w Hagen m.in.: "Nie rozdrapujmy zablźnionych ran, zwłaszcza, gdy nie wiadomo, czy paznokcie, które to czynią, są wystarczająco czyste, aby nie doszło do gangreny" Potem pojawiło się Powiernictwo Pruskie, którego zapowiadane działania nie pozostawiały cienia wątpliwości co do intencji.

Te dwa wydarzenia w Polsce wywołały nie tylko niepokój. Nic tak bardzo nie jednoczy Polaków, jak zewnętrzne zagrożenie. Zgodność opinii publicznej, której odzwierciedleniem była uchwała Sejmu podnosząca kwestię reparacji wojennych, nie

musi szukać oparcia w prawie polskim, niemieckim czy jakimkolwiek. Polacy tak czują w głębi swoich serc i każdy, kto poważnie myśli o przyszłości stosunków między naszymi narodami, musi w swoich poczynaniach brać to pod uwagę,

Dlatego jeszcze raz mówię: Nie rozdrapujmy ran, bowiem buduje się powoli, a burzy błyskawicznie. Nie pozwólmy zniszczyć naszego wspólnego dorobku, nie osłabiajmy obustronnego zaufania – fundamentu naszych wzajemnych stosunków.

Nasi partnerzy niemieccy, uczestnicy dzisiejszego Kongresu mają do odegrania najważniejszą w życiu rolę – uspokojenia rozkołysanych fal i nastrojów poprzez zajęcie jednoznacznego stanowiska w kwestiach, które wywołały tak wielkie poruszenie.

Niech symbolem tego spotkania będzie dłoń wyciągnięta do zgody i współpracy, a nie pozwy Powiernictwa Pruskiego.

## *Pressespiegel*

### **Rzeczpospolita** v. 5.10.2004

Im Gegensatz zum Oberbürgermeister wird der Landrat des Landkreises Allenstein, Adam Sierzputowski, an dem Kongreß teilnehmen. „Wir können nicht so tun, als ob vor uns in Ermland und Masuren nichts existierte. Aber auch die Deutschen müssen akzeptieren, daß es nach dem Ende des Krieges polnisches Land ist.“

### **Gazeta Wyborcza** v. 11.10.2004

Am Ende des Kongresses versicherte Bernd Hinz, daß der Dialog zwischen der Landsmannschaft Ostpreußen und den Kommunalpolitikern auch weiterhin aufrecht erhalten wird.

### **Wiesbadener Kurier** v. 13.10.2004

„Die Geschichte darf uns nicht die Gegenwart diktieren“, betonte der polnische Chefdiplomat Cimoszewicz. Ähnliche Worte waren am vergangenen Wochenende auch im einst ostpreußischen Allenstein (Olsztyn) zu hören, wo sich Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen mit polnischen und deutschen Kommunalpolitikern trafen.

### **Gazeta swiateczna** v. 9.10.2004

Adam Sierzputowski: „Selbst, wenn wir über schmerzhaft polnische Probleme sprechen sollten, auch dann sehe ich Sinn in diesem Treffen und in den Gesprächen“. Dagegen Boguslaw Rogalski, MdEP der LPR kritisierte die Vertreter der Selbstverwaltungen, die die Einladungen zu diesem Kongreß angenommen haben: „Der Ort des Kongresses zeigt, daß die Deutschen Ansprüche auf diese Gebiete erheben.“

### **Preußische Allgemeine Zeitung** v. 30.10.2004

Der Initiator und Leiter des Kongresses, Bernd, Hinz, stellte unmißverständlich und vor laufenden Fernsehkameras fest: BdV und LO distanzieren sich von der Preußischen Treuhand. Der BdV bemüht sich ausschließlich auf politischem Wege um eine Regelung der offenen Vermögensfragen. ... Als der politische Druck nicht größer hätte sein können, hat sich gezeigt, wie stark das Vertrauen der Polen in ihre deutschen Partner ist. Jeder polnische Politiker, der Rogalskis Boykottaufruf zuwider an dem Kongreß teilnahm, zählt doppelt.

## Dr. Rolf Derenbach

Referent im Europabüro des Deutschen Landkreistages  
Referent w Biurze do spraw europejskich Niemieckiego Związku Powiatów

### ***Die polnischen und deutschen Kreise als europafähige Kommunen – die Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung am Vorabend einer europäischen Verfassung***



Dr. Rolf Derenbach  
Deutscher Landkreistag

Der Deutsche Landkreistag (DLT) ist der Dachverband der 323 Landkreise auf Bundesebene. Die unmittelbaren Mitglieder des DLT sind, dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entsprechend, die Landkreistage in den Bundesländern. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden bilden die Kreise die kommunale Ebene. Der Verband der polnischen Kreise (Związek Powiatow Polskich) und der DLT arbeiten seit Beginn der 90er Jahre zusammen und sind im Jahre 1999 eine förmliche Verbandspartnerschaft eingegangen.

Deutschland und Polen haben einen dreistufigen Aufbau unterhalb des Gesamtstaates: Bundesländer (Woiwodschaften), Kreis / Kreisfreie Stadt (Powiat / Miasta na prawach powiatu) und Gemeinde (Gmina).

Polen ist ein Einheitsstaat und Deutschland ein föderaler Staat mit 16 Bundesländern als Gliedstaaten. Daher ist die erste Ebene unterhalb des Gesamtstaates nur in der räumlichen Größenordnung vergleichbar. Die Woiwodschaft mit dem Woiwoden an der Spitze ist eine staatliche Untereinheit, die staatliche Aufgaben vollzieht, und somit allenfalls den deutschen Regierungsbezirken entspricht. Als Selbstverwaltungskörperschaft mit dem Marschall an der Spitze gleicht sie eher den französischen Regionen. In Deutschland kennen wir eine solche Ebene allenfalls in Bayern, wo es mit den Bezirken ebenfalls eine staatliche und kommunale Ebene in denselben Grenzen oberhalb der Kreisebene gibt.

Beide Länder haben für die größeren Städte ein „Sondermodell“: Aufgrund der Bevölkerungskonzentration fällt dort die Gemeinde- und Kreisebene zusammen. In Deutschland spricht man in diesem Zusammenhang von kreisfreien Städten oder Stadtkreisen, in Polen sind es die *Miasta na prawach powiatu*.

Die wichtigste Gemeinsamkeit der polnischen und deutschen Kreise besteht darin, dass sie Gebietskörperschaften mit Selbstverwaltung sind und dass sie beide „kommunal“ gedacht sind. Demokratie, Bürgernähe, ein breites Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und die Förderung der sozial- wie wirtschaftsräumlichen Entwicklung bei gleichzeitiger Stärkung der Verwaltungseffizienz sind die Leitgedanken der Kreisebene in Polen wie in Deutschland.

Sie bilden mit den Gemeinden zusammen eine doppelte kommunale Ebene, die in Arbeitsteilung Leistungen für die Bürger erbringt. Die Gemeinden erbringen die örtlichen Dienstleistungen, die Kreise die überörtlichen. Sie sorgen auf diese Weise dafür, dass auch im ländlichen Raum die Bevölkerung ein öffentliches Dienstleistungs-



angebot auf einem möglichst hohen Niveau vorfindet. Die polnischen wie deutschen Kreise sorgen außerdem - in dem sie strukturschwache Gemeinden unterstützen - für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Kreisbereich. Dies wird als Ausgleichsfunktion der Kreisebene bezeichnet. Zusätzlich sind die Powiaty wie die Kreise in mehreren Aufgabenbereichen unterste Vollzugsebene für Aufgaben in staatlicher Verantwortung. Daraus ergibt sich eine „Kommunalisierung“ von Staatsaufgaben mit dem Vorteil, dass diese entsprechend den besonderen Verhältnissen vor Ort ausgestaltet werden können.

Zur Institution des Europarates, der 1949 mit Sitz in Straßburg gegründet wurde: Seine Mitgliedschaft umfasst alle Staaten Europas, er ist somit das räumlich umfassendste Forum mit den inhaltlichen Schwerpunkten Sicherung und Ausbau der demokratischen Verhältnisse und Achtung der Menschenrechte. Eine seiner Einrichtungen ist der Kongress der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften, dessen Charta der kommunalen Selbstverwaltung das „staatenübergreifende Grundgesetz“ der europäischen Kommunen darstellt.

In seiner Bewertung der polnischen Dezentralisierung kommt der Kongress zu folgendem Ergebnis:

*„The congress wishes to draw the attention of the Polish parliamentary and governmental authorities to the following considerations:*

- *the creation in the country of the three-tiered self-government system represents a suitable framework to satisfy the citizens' needs and interests at local and regional level;*
- *this system constitutes an effective implementation of the subsidiarity principle expressed by the European Charter of Local Self-Government (Article 4, paragraph 3);*
- *the two-round reform creating, respectively, in 1990, municipalities (gminas) and, in 1998, counties (powiats) and regions (voivodships) must be regarded as a very important achievement towards effective democracy, economic development and a quick integration into the European Union;*
- *within the Council of Europe, this reform is considered as a positive model for central and eastern European countries wishing to adapt their territorial organisation system to the emerging needs of modern societies.”*

Der polnischen Dezentralisierung ist somit von kompetenter wie unabhängiger Seite ein vorbildhaftes Zeugnis ausgestellt worden.

Siedlungsstrukturelle Gegebenheiten:

- Die Landesfläche beträgt 312 700 qkm, auf den 38,6 Mio. Menschen leben, davon 8,4 Mio. in den 19 größten Städten (mehr als 200 Tausend Einwohner). Der nicht-großstädtische Teil des Landes mit einer Bevölkerung von 30,2 Mio. Menschen besteht aus 46 kreisfreien Städten und 307 Landkreisen.
- Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der Kreise beträgt 83,6 Einwohner pro qkm, die durchschnittliche Einwohnerzahl 83245 Einwohner bei einer durchschnittlichen Ausdehnung von 995 qkm. In vielen Landesteilen ist Polen jedoch noch weitaus dünner besiedelt, so liegen in 139 Powiaty die Bevölkerungsdichten unter 75 Einwohnern pro qkm und von diesen erreichen zahlreiche nicht einmal die Schwelle von 50 Einwohnern.

Die entsprechenden Daten für die deutschen Kreise lauten 323 Kreise mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 169 Tausend, einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 160 Einwohnern pro qkm und einer durchschnittlichen Fläche von 1055 qkm. Die deutschen Kreise sind somit nach der Bevölkerungszahl wie

nach der Fläche größer als die polnischen Kreise. Aber dies ist nur ein gradueller Unterschied im Rahmen einer auch siedlungsstrukturellen Ähnlichkeit der Kreisebene in den beiden Ländern.

Ob eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Kreisen in der Praxis tatsächlich sachbezogen ausgestaltet werden kann, ergibt sich aus der Art der Aufgaben, die polnische und deutsche Kreise für ihre Bürger erfüllen.

Hier sind die Ähnlichkeiten ganz deutlich, wie sich aus den gesetzlichen Grundlagen (die Kommunalgesetze des polnischen Staates von 1998 und die Kreisordnungen für die einzelnen deutschen Bundesländer) ergibt. Die folgende Aufstellung zeigt, dass die Aufgaben der Kreise in beiden Ländern das gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge umfassen.

### **Aufgaben der Kreise in Polen**

Familienpolitik, Behinderte  
Sozialhilfe  
Gesundheitswesen  
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und  
die Aktivierung des lokalen Arbeitsmarktes  
Öffentliche Bildung

Kultur und Schutz der Kulturgüter  
Sport und Tourismus

Wasserwirtschaft

Raumplanung und Bauaufsicht  
Geodäsie, Kartographie und Kataster  
Landwirtschaft, Forsten  
und Binnenfischerei  
Transport u. öffentliches Verkehrswesen  
Straßenverkehrswesen  
Katastrophenschutz  
Öffentliche Ordnung und Sicherheit der Bürger  
Verbraucherschutz  
Verteidigungsbereitschaft

### **Aufgaben der Kreise in Deutschland**

Familien- und Jugendhilfe  
Sozialhilfe  
Gesundheitswesen

Allgemeine und berufliche  
Bildung, Erwachsenenbildung  
Kultur  
Sport und Tourismus  
Abfallbeseitigung  
Wasser- und Energieversorgung  
Wirtschaftsförderung  
Sparkassenwesen  
Regionalplanung

Öffentlicher Personenverkehr  
Straßenverkehrswesen  
Katastrophenschutz

Der Begriff „Europafähigkeit“ ist einmal aus eigener, kommunaler Verantwortung und zudem im Rahmen der europäischen Integrationspolitik zu verstehen.

Kommunale Europapolitik aus eigener Verantwortung bedeutet in der praktischen Umsetzung vor allem die grenzüberschreitende Partnerschaft und Vernetzung der Gebietskörperschaften im Rahmen von Kommunalpartnerschaften. Diese schließt das Bemühen um gegenseitiges Verständnis und Verständigung ebenso ein wie den fachlichen Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Interessenwahrnehmung.

Die kommunale Europaarbeit zwischen Polen und dem DLT begann nicht mit dem Mai 2004, sondern viel früher in der Aufbruchstimmung Anfang der 90er Jahre. Der DLT hat damals wesentlich dazu beigetragen, dass die EU-Kommission beschloß, die Finanzierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch auf die grenznahen, polnischen Kommunen auszudehnen. Das Problem bestand zunächst darin, dass die Finanzmittel des INTERREG-Programms nach bestehendem Recht nur innerhalb des EU-Gebietes eingesetzt werden konnten. Indem diese Hürde überwunden werden konnte, konnten die EUREGIO's ihre wichtige Arbeit auf beiden Seiten der polnisch-deutschen Grenze aufnehmen.

In der langwierigen Diskussion um die Reform der Regional- und Kommunalverwaltung in Polen beteiligte sich der DLT auf Anfrage der polnischen Regierung und der Persönlichkeiten, die sich in beiden Ländern für die Wiedererrichtung der Kreisebene als Element der Demokratisierung und der kommunalen Selbstverwaltung einsetzten, von Anfang an. Es fanden in diesem Zusammenhang zahlreiche Konferenzen und Gespräche mit den zuständigen Stellen der polnischen Regierung (insbesondere dem Beauftragten für die territoriale Neugliederung der polnischen Regierung Prof. Kulesza) statt.

In dieser Zeit entstanden auch die ersten Kreispartnerschaften im Rahmen der polnischen Modellkreise. Diese wurden Mitte der 90er Jahre eingerichtet, um die Reform zu erproben und damit die landesweite Einrichtung der Kreisebene vorzubereiten. Man muss daran erinnern, dass die polnischen Kreise 1975 abgeschafft wurden bzw. durch kleinräumige Woiwodschaften ersetzt wurden.

1999, als die Reform dann vollzogen wurde, schlossen der polnische Kreisverband und der DLT einen Partnerschaftsvertrag ab. Das Präsidium des DLT rief anlässlich der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages die deutschen Kreise auf, sich aktiv an der Errichtung und Aufbauarbeit der polnischen Landkreise zu beteiligen.

Bis heute sind daraus mehr als 100 polnisch-deutsche Kreispartnerschaften entstanden. Rund ein Drittel der polnischen und deutschen Kreise sind heute partnerschaftlich verbunden. Dies ist, auch im Vergleich mit den Partnerschaftsbeziehungen zu anderen Staaten, ein ganz ungewöhnlich dichtes Netz.

Es handelt sich dabei um Partnerschaften, die den gegenseitigen Besuch von Kommunalpolitikern und den am polnisch-deutschen Austausch interessierten Gruppen umfasst. Darüber hinaus geht es um konkrete Verwaltungszusammenarbeit und um den fachpolitischen Erfahrungsaustausch, wie Dienstleistungen für den Bürger am besten ausgeführt werden können und wie die Verwaltungsarbeit optimiert werden kann. Diese Verwaltungs- und Projektzusammenarbeit ist eine notwendige Ergänzung, die eine feste Interessen- und Entwicklungsgemeinschaft auf Dauer ermöglicht.

Auch multilaterale Partnerschaften sind im zusammenwachsenden Europa von großer Bedeutung. Daher ist zu fragen, ob das Modell einer sowohl gemeindlichen wie übergemeindlichen Kommunalebene auch in anderen Ländern der EU vorgefunden wird oder aber es eine Ausnahmeerscheinung im Europa der 25 Mitgliedstaaten ist.

Zunächst ist es notwendig, begriffliche Differenzierungen anzusprechen. „Gemeinde“ ist in ganz Europa ein einheitlicher Begriff. Für die übergemeindliche, kommunale Ebene gibt es dagegen keinen entsprechenden Begriff. County, Provinz, Département, Powiat, Kreis usw. sind Bezeichnungen, die aus der geschichtlichen Besonderheit der jeweiligen Länder hervorgegangen sind. Der semantisch nicht gerade glückliche Behelf besteht nun darin, den Begriff „intermediäre Gebietskörperschaften“ zu verwenden.

Das entscheidende Kriterium für partnerschaftliche Zusammenarbeit ist das der Selbstverwaltung. Daraus ergibt sich eine natürliche Abgrenzung gegenüber allen dezentralen, räumlichen Untergliederungen der Staatsverwaltung.

In Europa besteht eine außerordentliche Vielfalt ganz unterschiedlicher regionaler und kommunaler Gebietskörperschaften. Es ist deshalb für keine Ebene leicht, geeignete Partner auszumachen. Auch der Ausschuss der Regionen, die seit 1994 bestehende Stimme der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in der Union, hat es daher oft schwer, Interessen und Belange abzustimmen, zu bündeln und nach Außen zu vertreten.

Der Vergleich zwischen den EU-Mitgliedstaaten zeigt, dass in allen großen Flächenstaaten aber auch in mehreren kleineren Staaten der Europäischen Union „intermediäre“, dem Kreismodell ähnliche Gebietskörperschaften vorgefunden werden. Diese Rahmenbedingungen zu kennen, ist deshalb so bedeutend, weil es in der europäischen Politikgestaltung oft notwendig ist, „strategische, multinationale Partnerschaften“ einzugehen.

Dieser Kommunalpolitische Kongress findet vor dem Hintergrund von zwei europapolitischen Großereignissen statt:

- Einerseits der Beitritt Polens und weiterer neun Staaten zur Europäischen Union und damit die räumliche Abrundung eines Integrationsprozesses, der vor annähernd 50 Jahren mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der nur 6 Gründerstaaten begonnen hat.
- Andererseits die institutionelle Festigung des Europäischen Aufbauwerkes durch den Verfassungsvertrag.

Das supranationale Modell der Staatenintegration hat in Verbindung mit der einheitlichen Staatsform auf demokratischer Grundlage entscheidend dazu beigetragen, dass die unglückselige Vergangenheit des Kontinents überwunden wurde. Auch wir Kommunen sind aufgefordert, diese wichtigen Ereignisse sorgfältig zu erörtern und die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen zu prüfen. Daher ist es ganz richtig, die Frage nach der „Europafähigkeit“ der Kommunen wieder zu stellen. Andererseits ist aber auch die Frage nach der Fähigkeit der europäischen Gremien, die Beteiligung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften mit Leben auszufüllen, aufzuwerfen.

Der Verfassungsvertrag stellt das oft spannungsreiche Verhältnis zwischen der supranationalen Ebene einerseits und der lokalen (wie regionalen) Ebene andererseits auf eine neue Stufe.

Minister Beckstein ist mit seiner Aussage, Europa sei „von unten“ von den Bürgern und von ihren örtlichen Gemeinschaften aufzubauen, Recht zu geben. Aber ebenso ist Europa faktisch nach dem Zweiten Weltkrieg „von oben“ durch Regierungszusammenarbeit errichtet worden, wenn auch immer vor dem Hintergrund eines starken Rückhalts des Europagedankens in den Bevölkerungen. Eine Einbindung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in den Gesetzgebungsprozess erfolgte ja erst 1994 mit dem Ausschuss der Regionen.

An erster Stelle steht die Tatsache, dass der Verfassungsvertrag ausdrücklich in Artikel 5 bestimmt, dass die regionale und kommunale Selbstverwaltung als Teil der mitgliedstaatlichen Identität zu achten ist. Damit diese Bestimmung nicht ins Leere läuft, bedeutet dies auch, dass künftig die Regionen und Kommunen an der Entwicklung und Umsetzung des europäischen Rechts zu beteiligen sind.

Dass diese alte Forderung der kommunalen Verbände in Europa nun erfüllt wurde, war zu Beginn der Beratungen im Konvent keineswegs selbstverständlich. Der Kon-

vent hat diese Thematik nicht gerade willig, sondern eher „mit spitzen Fingern“ aufgegriffen. Es ist im wesentlichen das Verdienst des Konventspräsidenten, Valérie Giscard d'Estaing, dass diese notwendige Erweiterung zustande gekommen ist. Die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments (Berichterstatter Napolitano) einerseits und die des Ausschusses der Regionen (Berichterstatter Lord Tope) andererseits vermittelten dem Konvent auf überzeugende Weise, dass eine Union ohne Einbeziehung der Regionen und Kommunen in das europäische Aufbauwerk unvollständig wäre und dem Europa der Bürger schaden müsste.

Artikel 5 bedeutet in erster Linie konkret, dass die Kommission, der Ministerrat und das Parlament aufgefordert sind, die kommunalen Auswirkungen bei der Gesetzgebung zu beachten und ihre gebietskörperschaftliche Identität zu schützen.

Die Schutzwirkung muss allerdings auch über Mittel verfügen. Daher ist die Aufnahme der kommunalen Ebene in die Subsidiaritätsüberprüfung nach Art. 9 ein ebenso wichtiges Ergebnis der Diskussion um die zukünftige Verfassung. Künftig wird die Europäische Kommission genau begründen müssen, weshalb sie eine Rechtssetzung für erforderlich hält und sie muss in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen, darunter auch auf der regionalen und kommunalen Ebene, in Form von Nützlichkeit, Verwaltungsaufwand und die finanziellen Belastungen offen legen.

Im „Subsidiaritätsprotokoll“ des Verfassungsvertrages wird diese Subsidiaritätsprüfung zusätzlich konkretisiert. So werden die nationalen Parlamente im Rahmen des sogenannten „Frühwarnmechanismus“ ihre Haltung zu einem neuen Rechtssetzungsprojekt prüfen können. Es ist keine Frage, dass die Kommunen mittels ihrer Verbände an dieser Überprüfung beteiligt werden müssen. Der DLT führt in Deutschland gegenwärtig dazu die notwendige Diskussion mit der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat. Soweit noch nicht geschehen, sollten auch die polnischen Verbände entsprechend tätig werden.

Wie ist eine nicht nur reaktive Mitwirkung der Kommunen möglich? Der Verfassungsvertrag hätte nicht nur eine „Schutzklausel“ enthalten sollen, sondern auch eine Aussage über die aktive Einbeziehung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in das europäische Aufbauwerk (Teilhaberechte).

So hätte man zum Beispiel im ersten Teil, Artikel 5 des Verfassungsvertrages den Satz hinzufügen können „Die Regionen und Kommunen sind gebietskörperschaftliche Einheiten in der Union und wirken an den allgemein- und fachpolitischen Maßnahmen zugunsten der europäischen Einigung mit“.

Dieser Satz beschreibt nur die Wirklichkeit. Denn es ist die alltägliche Erfahrung in jedem Rathaus und jedem Landratsamt, dass europäische Gesetze und Maßnahmen kommunal zu vollziehen sind. Darüber hinaus würde dieser Zusatz im Verfassungsvertrag dazu beitragen, dass eigenständige, auf Europa bezogene Maßnahmen der regionalen und kommunalen Ebene auch primärrechtlich als Teil des Integrationsprozesses verstanden und gewürdigt werden. Es entstünde dadurch eine Politikverflechtung, die Integrationspolitik sowohl von „oben“ wie von „unten“ umfasst und wirksamer macht.

Im ersten Verfassungsentwurf des Europäischen Parlamentes aus dem Jahr 1984 hieß es immerhin noch, wenn auch nur in der Präambel, dass die Regionen und Kommunen „Bausteine“ des europäischen Aufbauwerkes sind.



Man könnte gegen diesen Vorschlag einwenden, dass mit dem Ausschuss der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften ein beratendes Organ geschaffen wurde, das die Mitwirkung garantiert.

Aber: Es ist doch immer richtig, nicht nur das Instrument, also hier den beratenden Ausschuss, sondern auch das Ziel, die Einbindung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in das europäische Aufbauwerk, primärrechtlich zu verankern. Außerdem ist der Regionalausschuss im Wesentlichen auf die Mitwirkung im Rechtssetzungsverfahren beschränkt. Die Aspekte der Umsetzung und Anwendung in der Realität der unterschiedlichen, räumlichen Verhältnisse können von ihm nur prospektiv, nicht vor dem Hintergrund der tatsächlichen Auswirkungen und der Praktikabilität behandelt werden.

Es ist sehr zu begrüßen, dass Kommissionspräsident Prodi im Rahmen der Initiative des „Neuen Regierens“ Vorschläge gemacht hat, wie ein vorgesehener und ein auf die Umsetzungsfragen ausgerichteter Mechanismus der gegenseitigen Information und, soweit notwendig, Koordination aussehen könnte. Im Mai 2004 ist auch der „strukturierte Dialog“, der die Verbände der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften und die Kommission umfasst, auch tatsächlich in Gang gesetzt worden. Dieser neue Ansatz ist unbedingt zu unterstützen. Man kann nur hoffen, dass er auch von der neuen Kommission weitergetragen wird. Gegenwärtig steckt jedoch noch alles in den Anfängen.

In diesem Zusammenhang gilt es auch noch einmal auf den KGRE des Europarates zu verweisen. Der Kongress ist ein eigenständiges Forum, auf dem die Regionen und Kommunen aus ihrem eigenen Verständnis und Wollen bestimmen, wie regionale und kommunale Europapolitik weiterentwickelt werden kann. Dies unterscheidet ihn vom Ausschuss der Regionen der EU, in dem die Beteiligung der Regionen und Kommunen am Rechtssetzungsprozess der Union im Vordergrund steht.

Zur Zeit werden im KGRE Überlegungen angestellt, wie die Charta der lokalen Selbstverwaltung durch Protokolle ergänzt werden könnte. Die von Minister Beckstein angesprochene Konnexität zwischen Aufgabendefinition und Finanzierung könnte ein Element der Aktualisierung der Charta sein.

Welche Chancen und Herausforderungen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit ergeben sich aus der Erweiterung? Mit dem Beitritt Polens und der anderen Länder eröffnet sich ein breites Potential für Verflechtungen auch auf kommunaler Ebene, sowohl bilateral wie zwischenstaatlich. Das Europäische Einigungswerk ist nicht nur auf das Verhältnis eines Mitgliedstaates zur EU als Institution allein ausgerichtet. Ganz im Gegenteil. Was auf EU-Ebene vereinbart wird, schafft zahlreiche Ausgangspunkte für Integration und Partnerschaft zwischen allen Staaten und darin eingeschlossen zwischen den regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften.

Dabei muss an drei große Bereiche gedacht werden:

- Die Verwirklichung der Grundfreiheiten, d.h. die Förderung des Austausches von Menschen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen, der ungehinderte Handel mit Gütern und Dienstleistungen unter fairen Bedingungen, die Nutzung von Investitionskapital für Entwicklungsprojekte und, heute ganz besonders wichtig, der Austausch von Information. Das europäische Regelwerk für die Grundfreiheiten macht alles wesentlich leichter oder macht es überhaupt erst möglich.
- Die Maßnahmen der europäischen Strukturpolitik im Sinne einer gesamträumlichen Solidarität, die eine gemeinsame Entwicklungspolitik ermöglichen.

- und schließlich, und gerade für die Partnerschaftsarbeit der Kommunen von besonderem Interesse, das Europa der Bürger im Sinne einer Wertegemeinschaft, eines entstehenden und sich auffächernden europäischen Bewusstseinsraumes und die Verankerung des Europagedankens auf Dauer.

Lassen Sie mich auf die Umsetzung der Strukturpolitik näher eingehen, weil dafür zu sorgen ist, dass der ländliche Raum und seine Kommunen angemessen am Investitionskapital, das über die Strukturfonds der EU zur Verfügung gestellt wird, beteiligt werden.

Künftig wird sehr viel Investitionskapital für die Entwicklung der Regionen in den neuen Mitgliedsländern zur Verfügung gestellt. Jedes Mitgliedsland der EU, jeder Steuerzahler zahlt nach seinem Vermögen in die Strukturfonds ein, die Mittel werden nach der Bedürftigkeit vergeben. Die Fonds sind der konkreteste Ausdruck europäischer Solidarität. Die Förderung hat drei Schwerpunkte, die Regionalentwicklung (der europäische Regionalfonds), die Erneuerung des beruflichen Wissens und die Förderung der Beschäftigung (der europäische Sozialfonds) und die Erhaltung und Modernisierung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums (der europäische Agrarfonds). Zur Zeit laufen noch die Verhandlungen über den absoluten Finanzrahmen und über die Aufteilung der Mittel auf die genannten Förderbereiche und Länder. Sicher aber ist, dass auf Grund der Bedürftigkeit 4/5 der Mittel für das Ziel 1, die Förderung der am stärksten zurückliegenden Regionen, bereit gestellt werden.

Auf der europäischen Ebene werden nur die wichtigsten Sachverhalte vereinbart. Entsprechend dem Subsidiaritäts- und Partnerschaftsprinzip ist die Feinarbeit, die Festlegung der Förderschwerpunkte entsprechend der Bedürftigkeit und der Engpassfaktoren für regionale und soziale Entwicklung, ihre jeweilige Mittelausstattung und die Fondsverwaltung Aufgabe der Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit den zuständigen Generaldirektionen der Kommission. Auch die Verteilung der Mittel obliegt den mitgliedstaatlichen Behörden, die, nach ihrem eigenen Ermessen, die Fondsverwaltung organisieren.

Aus kommunaler Sicht ist für eine angemessene Beteiligung Sorge zu tragen. Die Erfahrung lehrt, dass dies nur über die Eigeninitiative, sowohl in der Planungs-, als auch in der Umsetzungsphase möglich ist. Diese ist vor allem von den Kommunalverbänden zu leisten.

Es liegt auf der Hand, dass bei der konkreten Verwendung der Mittel der fachliche Austausch besonders nützlich ist. Es werden sich sicher auch für die Partnerschaften zahlreiche Anlässe ergeben, um die bestmögliche Verwendung der Mittel zu erreichen.

Das neue Ziel 3 - die Verflechtung von Gebietskörperschaften: Mit dem neuen Schwerpunkt der europäischen Strukturpolitik (Ziel 3) werden sich die finanziellen Grundlagen für die räumliche Zusammenarbeit, darunter zwischen den Regionen und Kommunen, erheblich verbessern. Dafür werden 5 % der verfügbaren Mittel der Strukturpolitik eingesetzt, wobei Gebiete mit besonderen raumstrukturellen Nachteilen (Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte, in Insel- oder Berggebietslage oder in extremer Randlage zu den wirtschaftlichen Zentren in der Union) ebenso wie die Gebiete an den Binnen- und Außengrenzen berücksichtigt werden.

Das neue Ziel 3 der europäischen Strukturpolitik ist für die Ausgestaltung der Kreispartnerschaften von besonders großem Interesse, ein aktives Mitwirken immer vorausgesetzt.

### **Zusammenfassung**

- Polnische und deutsche Kreise sind aufgrund ihrer gemeinsamen Merkmale und Aufgaben zur für beide Seiten fruchtbaren Zusammenarbeit und Partnerschaft prädestiniert.
- Es besteht bereits ein besonders dichtes Netz von Kreispartnerschaften. Rund ein Drittel der polnischen und der deutschen Kreise sind partnerschaftlich bereits verbunden. Gleiches gilt für die Kreisverbände in den beiden Ländern.
- Der Beitritt Polens zur EU erleichtert und befruchtet die Partnerschaftsarbeit auf vielfältige Weise. Die künftige Strukturpolitik schafft neue Formen der finanziellen Absicherung für die Kommunen wie für die Kommunalpartnerschaften, die es aktiv zu nutzen gilt.
- Der Verfassungsvertrag schafft Schutz- wie Teilhaberechte für die Kommunen innerhalb des supranationalen Europas, die die kommunale Selbstverwaltung auch europapolitisch stärkt.
- Es gilt, durch den grenzüberschreitenden Dialog der polnischen und deutschen Kommunalverbände die künftigen Chancen und Herausforderungen für europafähige wie europafähige Kommunen zu erörtern.

Wie sich die europäischen Kommunen und Regionen in diesem umfangreichen und dynamischen Integrationsraum positionieren, wird immer wieder neu zu behandeln sein.

\* \* \*



Die Internetseiten für deutsch-polnischen Wirtschaftstransfer

<http://www.infopolen.de>

<http://www.twg.pl>

***Polskie i niemieckie powiaty jako jednostki samorządowe  
przygotowane do aktywności na płaszczyźnie europejskiej –  
znaczenie administracji samorządowej  
w przededniu przyjęcia konstytucji europejskiej***

Niemiecki Związek Powiatów (der Deutsche Landkreistag – DLT) jest organizacją centralną zrzeszającą 323 powiaty ziemskie na poziomie federalnym. Zgodnie ze strukturą federalną Republiki Federalnej Niemiec bezpośrednimi członkami DLT są Związki Powiatów (Landkreistage) poszczególnych krajów związkowych. Wspólnie z miastami i gminami powiaty składają się na samorządowy szczebel administracji.

Związek Powiatów Polskich oraz DLT współpracują ze sobą od początku lat dziewięćdziesiątych, a w roku 1999 oba związki podjęły formalne partnerstwo.

Zarówno Niemcy jak i Polska charakteryzują się trójstopniową strukturą państwową; poszczególne poziomy to odpowiednio w Niemczech i Polsce: kraj związkowy (Bundesland) – województwa, powiat / miasta na prawach powiatu (Kreis / kreisfreie Stadt) – powiat / miasta na prawach powiatu oraz gmina (Gemeinde) – gmina.

Polska jest państwem o strukturze centralnej, a Niemcy z kolei są państwem o strukturze federalnej obejmującym 16 krajów związkowych. Dlatego też pierwszy szczebel administracji obu państw porównywać można tylko w ich wymiarze przestrzennym.

Województwo, na czele którego stoi wojewoda, stanowi jednostkę administracji państwowej realizującą zadania państwowe. Można je więc porównać w najlepszym razie z niemieckimi okręgami regencyjnymi (Regierungsbezirk). Będąc jednostką samorządu terytorialnego województwo z marszałkiem na czele zbliżone jest raczej do francuskich regionów. Taki poziom administracji znany jest w Niemczech co najwyżej w Bawarii, gdzie w tych samych granicach powyżej poziomu powiatu istnieje zarówno poziom administracji państwowej jak i samorządowej o nazwie okręgu (Bezirk).

W obu krajach większe miasta mają szczególny status: z uwagi na koncentrację ludności szczebel gminny i powiatowy zostały ze sobą połączone. Polskiemu pojęciu miast na prawach powiatu odpowiadają w Niemczech tzw. kreisfreie Städte lub Stadtkreise.

Najbardziej istotną wspólną cechą polskich i niemieckich powiatów jest fakt, iż stanowią one jednostki samorządu terytorialnego o charakterze „komunalnym”. Ideą przewodnią w funkcjonowaniu szczebla powiatowego w Polsce i Niemczech jest realizowanie następujących zasad: demokracja, bliskość do obywatela, szeroka oferta usług publicznych i promowanie rozwoju społeczno-ekonomicznego przy jednoczesnym wspieraniu skuteczności działań administracyjnych.

Wspólnie z gminami powiaty składają się na podwójny poziom komunalny świadczący usługi dla obywatela w drodze podziału pracy. Gminy świadczą usługi o charakterze miejscowym, natomiast powiaty o charakterze ponadmiejscowym. Dzięki temu dbają o to, by także ludność zamieszkująca tereny wiejskie miała dostęp do oferty usług publicznych na możliwie jak najwyższym poziomie. Wspierając gminy cechujące się słabym poziomem rozwoju strukturalnego powiaty polskie i niemieckie przyczyniają się poza tym do zapewnienia równowartości poziomu życia na terenie całego powiatu. Dodatkowo w wielu dziedzinach powiaty w obu krajach stanowią

najniższy poziom wykonawczy dla zadań zleconych im przez administrację państwową. Z faktu tego wynika swego rodzaju „komunalizacja” zadań państwowych mająca nad administracją państwową tę przewagę, iż zadania te mogą być realizowane na miejscu zgodnie ze szczególnymi uwarunkowaniami panującymi w terenie.

Poniżej kilka uwag dotyczących instytucji Rady Europy utworzonej w roku 1949 i mającej swoją siedzibę w Strasburgu. Członkami Rady Europy są wszystkie państwa europejskie; instytucja ta jest tym samym forum o największym zasięgu terytorialnym, do którego zadań należą głównie umacnianie i rozbudowa stosunków demokratycznych oraz przestrzeganie praw człowieka. Jednym z jej organów jest Kongres regionalnych i komunalnych jednostek samorządu terytorialnego, a jego Karta Samorządu Terytorialnego stanowi „wykraczającą poza granice państw ustawę zasadniczą” europejskich gmin.

Oceniając przeprowadzone w Polsce procesy decentralizacji Kongres wysnuwa następujące wnioski:

*„The congress wishes to draw the attention of the Polish parliamentary and governmental authorities to the following considerations:*

- *the creation in the country of the three-tiered self-government system represents a suitable framework to satisfy the citizens' needs and interests at local and regional level;*
- *this system constitutes an effective implementation of the subsidiarity principle expressed by the European Charter of Local Self-Government (Article 4, paragraph 3);*
- *the two-round reform creating, respectively, in 1990, municipalities (gminas) and, in 1998, counties (powiats) and regions (voivodships) must be regarded as a very important achievement towards effective democracy, economic development and a quick integration into the European Union;*
- *within the Council of Europe, this reform is considered as a positive model for central and eastern European countries wishing to adapt their territorial organisation system to the emerging needs of modern societies.”*

Tym samym polski proces decentralizacji otrzymał więc wzorową ocenę ze strony organizacji tak kompetentnej jak i niezależnej.

Warunki związane ze strukturą zaludnienia:

- Polska zajmuje powierzchnię 312 700 km<sup>2</sup>; obszar ten zamieszkuje 38,6 mln mieszkańców, z tego 8,4 mln w 19 największych miastach posiadających ponad 200 tysięcy mieszkańców. Poza wielkimi miastami mieszka 30,2 mln mieszkańców, a na obszarach tych znajduje się 46 miast na prawach powiatu oraz 307 powiatów ziemskich.
- Przeciętna gęstość zaludnienia w powiatach wynosi 83,6 mieszkańców na km<sup>2</sup>, przeciętna ilość mieszkańców wynosi w jednym powiecie 83245 mieszkańców, a przeciętny powiat zajmuje powierzchnię 995 km<sup>2</sup>. W wielu częściach kraju Polska jest jednak dużo rzadziej zaludniona; i tak na przykład w 139 powiatach gęstość zaludnienia wynosi poniżej 75 mieszkańców na km<sup>2</sup>, a i tak wiele powiatów z tej grupy nie przekracza progu 50 mieszkańców.

Dane liczbowe dotyczące niemieckich powiatów przedstawiają się następująco: Na terenie Republiki Federalnej znajdują się 323 powiaty, a ich przeciętną ilość mieszkańców zamyka się liczbą 169 tysięcy. Przeciętna gęstość zatrudnienia wynosi 160 mieszkańców na km<sup>2</sup>, a przeciętna powierzchnia niemieckiego powiatu wynosi 1055 km<sup>2</sup>. Zarówno w odniesieniu do liczby mieszkańców jak i powierzchni niemieckie powiaty są tym samym większe niż ich polskie odpowiedniki. Ale są to



różnice o charakterze tylko liczbowym w ramach licznych podobieństw szczebla powiatowego w obu krajach, a dotyczących struktury zaludnienia.

Znalezienie odpowiedzi na pytanie, czy partnerska współpraca między powiatami polskimi i niemieckimi może mieć w praktyce rzeczywiście charakter merytoryczny, wynika z rodzaju zadań realizowanych przez powiaty polskie i niemieckie na rzecz ich obywateli.

Podobieństwa obu struktur są bardzo widoczne, co wynika z uregulowań ustawowych obowiązujących w obu państwach (ustawy samorządowe z roku 1998 w Polsce i rozporządzenia dotyczące powiatów dla poszczególnych niemieckich krajów związkowych). Poniższe zestawienie pokazuje, że zadania powiatów w obu krajach obejmują całe spektrum usług publicznych interesu społecznego.

### **Zadania powiatów w Polsce**

Polityka rodzinna, osoby niepełnosprawne  
Pomoc społeczna  
Służba zdrowia  
Zwalczanie bezrobocia i aktywizacja lokalnego rynku pracy  
Oświata publiczna  
  
Kultura i ochrona dóbr kultury  
Sport i turystyka  
  
Gospodarka wodna  
  
Planowanie przestrzenne i nadzór budowlany  
Geodezja, kartografia, kataster  
Rolnictwo, leśnictwo i rybołówstwo śródlądowe  
Transport i komunikacja publiczna  
Zarząd Dróg  
Ochrona przed skutkami katastrof  
Porządek publiczny i bezpieczeństwo obywateli  
Ochrona konsumentów  
Obrona cywilna

### **Zadania powiatów w Niemczech**

Pomoc rodzinie i pomoc na rzecz młodzieży  
Pomoc społeczna  
Służba zdrowia  
  
Kształcenie ogólne i zawodowe, oświata dorosłych  
Kultura  
Sport i turystyka  
Usuwanie odpadów  
Zaopatrzenie w wodę i energię  
Promocja gospodarcza  
Organizacja kas oszczędnościowych  
Planowanie regionalne  
  
Publiczny transport osobowy  
Zarząd Dróg  
Ochrona przed skutkami katastrof

Pojęcie „przygotowania do podejmowania aktywności na płaszczyźnie europejskiej“ winno być interpretowane z jednej strony z perspektywy komunalnych zadań własnych, a z drugiej zaś strony w ramach europejskiej polityki integracyjnej. Komunalna polityka europejska podejmowana w ramach zadań własnych oznacza w działalności praktycznej przede wszystkim partnerstwo transgraniczne oraz tworzenie sieci jednostek samorządu terytorialnego w ramach partnerstwa komunalnego. Obejmuje ono dążenie do wzajemnego zrozumienia i porozumienia jak również merytoryczną wymianę doświadczeń oraz wspólne realizowanie swoich interesów.

Działania o charakterze europejskim na płaszczyźnie komunalnej w relacjach między Polską a DLT nie pojawiły się dopiero w maju 2004 roku; ich początki sięgają dużo wcześniejszych okresów, a mianowicie czasu przełomu na początku lat 90-tych minionego stulecia. To DLT w sposób znaczący przyczynił się wówczas do tego, iż Komisja Europejska podjęła decyzję o rozszerzeniu finansowania współpracy transgranicznej także na gminy polskie położone wzdłuż granicy polsko-niemieckiej. Początkowo cały problem polegał na tym, iż zgodnie z obowiązującym prawem

środki finansowe pochodzące z programu INTERREG mogły być wykorzystywane tylko na terytorium krajów należących do Unii Europejskiej. Po pokonaniu tej przeszkody euroregiony mogły podjąć realizację swoich ważkich zadań po obu stronach granicy polsko-niemieckiej.

Na prośbę rządu polskiego oraz osobistości angażujących się w obu krajach na rzecz przywrócenia szczebla powiatowego jako elementu demokratyzacji i samorządu terytorialnego DLT od samego początku uczestniczył w długotrwałych dyskusjach toczonych wokół reformy administracji regionalnej i komunalnej w Polsce. W związku z tym zorganizowano liczne konferencje, prowadzono rozmowy z odpowiedzialnymi za ten proces organami władz polskich (w szczególności z Pełnomocnikiem rządu polskiego do spraw nowego podziału administracyjnego, prof. Kuleszą).

W tym okresie nawiązano także pierwsze partnerstwa między powiatami w ramach polskich powiatów o charakterze modelowym. Powiaty takie zostały utworzone w połowie lat dziewięćdziesiątych w celu pilotażu reformy i tym samym przygotowania wprowadzenia szczebla powiatowego na terenie całego kraju. W tym miejscu należy przypomnieć o tym, iż polskie powiaty zostały zlikwidowane w roku 1975 wzgl. też zostały zastąpione województwami o niewielkiej powierzchni.

Po wprowadzeniu reformy w życie w roku 1999 Związek Powiatów Polskich oraz DLT zawarły umowę partnerską. Z okazji podpisania umowy partnerskiej Zarząd DLT wezwał powiaty niemieckie do aktywnego włączenia się w proces tworzenia i umacniania polskich powiatów.

W efekcie tych działań do dnia dzisiejszego nawiązano ponad 100 partnerskich relacji między polskimi i niemieckimi powiatami. Prawie jedną trzecią polskich i niemieckich powiatów łączą obecnie umowy partnerskie. Także w porównaniu ze stosunkami partnerskimi łączącymi nasze powiaty z powiatami w innych państwach, mamy tu do czynienia z niezwykle gęstą siecią powiązań.

Są to partnerstwa obejmujące wzajemne wizyty składane przez polityków samorządowych jak również różne grupy zainteresowane wymianą polsko-niemiecką. Ponadto rozciągają się one na konkretną współpracę w dziedzinie administracyjnej, a także na wymianę doświadczeń w różnych dziedzinach działalności politycznej takich jak lepsze świadczenie usług na rzecz obywateli czy też optymalizacja pracy administracji. Ta współpraca w dziedzinie administracji i realizowania projektów stanowi niezbędne uzupełnienie umożliwiające powstanie trwałej i silnej wspólnoty interesów i wspólnoty rozwojowej.

W jednoczącej się Europie ogromną rolę odgrywają także partnerstwa wielostronne. Stąd też należy zadać sobie pytanie, czy także w innych krajach UE znaleźć można taki model gminnego jak i ponadgminnego szczebla komunalnego czy też mamy tu do czynienia ze zjawiskiem wyjątkowym dla Europy obejmującej 25 krajów członkowskich.

Z tego też względu już na samym początku takich rozważań konieczne jest omówienie różnic pojęciowych. W całej Europie używa się jednolitego pojęcia „gminy”, ale dla ponadgminnego szczebla komunalnego nie istnieje odpowiedni termin. Takie określenia jak county (hrabstwo), prowincja, departament, powiat, niemiecki Kreis itd. wynikają z różnych historycznych osobliwości poszczególnych krajów. Takim pomocniczym, ale jednocześnie niezbyt szczęśliwym pod względem

semantycznym rozwiązaniem jest stosowanie pojęcia „pośrednich jednostek samorządowych”.

Decydującym kryterium dla podejmowania współpracy partnerskiej jest kryterium samorządowe. Z niego wynika bowiem naturalne rozgraniczenie w stosunku do wszystkich decentralnych, terytorialnych podziałów władzy państwowej.

Europa charakteryzuje się niebywałym bogactwem bardzo różnorodnych regionalnych i komunalnych jednostek samorządowych. Znalezienie odpowiednich partnerów jest zadaniem trudnym dla wszystkich szczebli. Także Komitetowi Regionów, istniejącej od roku 1994 reprezentacji regionalnych i komunalnych jednostek samorządowych w Unii Europejskiej, często z trudem przychodzi wzajemne dostrajanie i łączenie interesów i uwarunkowań oraz ich reprezentowanie na zewnątrz.

Porównanie poszczególnych krajów członkowskich Unii Europejskiej pokazuje, że we wszystkich krajach mających dużą powierzchnię, ale także w wielu mniejszych państwach UE występują pośrednie jednostki samorządu terytorialnego zbliżone do modelu powiatu. Znajomość tych warunków brzegowych jest dlatego tak istotna, że w ramach polityki europejskiej często konieczne jest „nawiązywanie strategicznego, wielonarodowego partnerstwa”.

Tegoroczny Kongres Samorządowy odbywa się w kontekście dwóch wydarzeń o ogromnym znaczeniu ogólnoeuropejskim:

- Z jednej strony jest to przystąpienie Polski i pozostałych dziewięciu krajów do Unii Europejskiej i tym samym terytorialne dopełnienie procesu integracji rozpoczętego przed prawie pięćdziesięciu laty powołaniem Europejskiej Wspólnoty Gospodarczej przez sześć tylko krajów założycieli.
- Z drugiej strony instytucjonalne wzmocnienie dzieła europejskiego poprzez Traktat Konstytucyjny.

Ponadnarodowy model integracji państw w powiązaniu z jednolitą formą państwową o podstawach demokratycznych w sposób zasadniczy przyczynił się do przewyższenia nieszczęsnej przeszłości naszego kontynentu. Także i my, gminy, musimy starannie przyrzeć się tym ważnym wydarzeniom i przeanalizować związane z nimi szanse i wyzwania. Dlatego też absolutnie słuszne staje się ponowne postawienie pytania o to, czy gminy zdolne są do podejmowania aktywności na płaszczyźnie europejskiej. Z drugiej zaś strony pojawia się też pytanie o zdolność instytucji europejskich do wypełnienia życiem udziału regionalnych i komunalnych jednostek samorządowych.

Traktat Konstytucyjny wynosi na zupełnie nowy poziom często napięte relacje pomiędzy szczeblem ponadnarodowym z jednej strony a szczeblem lokalnym (jak i regionalnym) z drugiej strony.

Przyznać trzeba rację Panu Ministrowi Becksteinowi, który stwierdził, iż Europę należy budować „od dołu” przez ich obywateli i ich miejscowe wspólnoty. Niemniej jednak po drugiej wojnie światowej Europa została stworzona faktycznie w drodze współpracy międzyrządowej, opierającej się co prawda o silną pozycję idei europejskiej w społeczeństwach. Włączenie regionalnych i komunalnych jednostek samorządowych do procesu ustawodawczego nastąpiło przecież dopiero z chwilą powołania do życia Komitetu Regionów w roku 1994.

Co przyniesie Traktat Konstytucyjny z perspektywy komunalnej? Na pierwszym planie pamiętać należy o fakcie, iż w Traktacie Konstytucyjnym wyraźnie postanowiono w artykule 5 o konieczności szanowania regionalnej i komunalnej administracji samorządowej będącej elementem tożsamości państw członkowskich. Aby postanowienie to nie było tylko pustym zapisem, oznacza to konieczność włączenia w przyszłości regionów i gmin w proces ustanawiania i wdrażania prawa europejskiego.

Na początku prac Konwentu spełnienie tego starego postulatu związków komunalnych w Europie wcale nie było tak oczywiste. Konwent podjął tę problematykę niezbyt chętnie, raczej wręcz „z pewnym obrzydzeniem”. Uwzględnienie tego koniecznego rozszerzonego zapisu jest głównie zasługą Przewodniczącego Konwentu, Valerie Giscarda d’Estaing. Opinie Parlamentu Europejskiego (sprawozdawca Napolitano) z jednej strony i Komitetu Regionów (sprawozdawca lord Tope) z drugiej strony w przekonujący sposób wskazały Konwentowi na fakt, że Unia Europejska bez włączenia regionów i jednostek samorządowych w dzieło tworzenia wspólnego europejskiego domu byłaby niepełna i musiałaby zaszkodzić Europie obywateli.

Artykuł 5 oznacza w pierwszym rzędzie konkretnie, że Komisja Europejska, Rada Ministrów i Parlament zobowiązane są do uwzględniania skutków ustawodawstwa dla szczebla komunalnego i do ochrony tożsamości samorządów terytorialnych.

Aby ochrona ta była skuteczna, konieczne jest udostępnienie odpowiednich środków. Dlatego też włączenie szczebla komunalnego do monitoringu zasady subsydiarności zgodnie z art. 9 jest tak samo ważnym efektem dyskusji prowadzonych wokół przyszłej Konstytucji. W przyszłości Komisja Europejska będzie musiała dokładnie uzasadniać, dlaczego w konkretnym przypadku stanowienia prawa uważa to prawo za konieczne i w tym kontekście będzie musiała przedkładać informację o jego skutkach, w tym także dla szczebla regionalnego i komunalnego, w formie korzyści, nakładów administracyjnych i obciążeń finansowych.

Ów monitoring zasady subsydiarności znalazł swój dodatkowy konkretny wyraz w „protokole subsydiarności” Traktatu Konstytucyjnego. I tak parlamenty krajowe będą mogły w ramach tak zwanego „mechanizmu wczesnego ostrzegania” badać swoje stanowisko w zakresie nowego projektu stanowienia prawa. Nie podlega żadnej wątpliwości, że gminy poprzez swoje związki będą musiały być w ten proces włączone. DLT prowadzi obecnie w Niemczech konieczne w tym względzie debaty z rządem federalnym, z Bundestagiem i Bundesratem. Także i polskie związki powinny podjąć odpowiednie formy działalności, o ile jeszcze tego nie uczyniły.

Czy możliwe jest także aktywne współdziałanie szczebla komunalnego? Traktat Konstytucyjny winien był zawierać nie tylko „klauzulę” ochronną, lecz także zapis o aktywnym włączeniu regionalnych i komunalnych jednostek samorządowych w proces budowania wspólnego europejskiego domu (prawo aktywnego udziału). I tak na przykład w części pierwszej, do artykułu 5 Traktatu Konstytucyjnego można było dopisać następujące zdanie: „regiony i gminy mają w Unii Europejskiej charakter jednostek samorządu terytorialnego i uczestniczą w działaniach o charakterze polityki ogólnej i polityk branżowych na rzecz zjednoczenia europejskiego”.

Zdanie to opisuje i tak tylko stan faktyczny. Bowiem codzienne doświadczenie w pracy każdego ratusza i każdego starostwa powiatowego pokazuje, że ustawy i działania europejskie muszą być realizowane na szczeblu komunalnym. Ponadto takie właśnie uzupełnienie Traktatu Konstytucyjnego przyczyniłoby się do tego, iż samodzielne działania szczebla regionalnego i komunalnego odnoszące się zagadnień europejskich rozumiane i doceniane byłyby jako część procesu integracyjnego także w wymiarze prawa pierwotnego. Dzięki temu doszłoby do powstania takich powiązań politycznych, które obejmowałyby politykę integracyjną zarówno „od góry” jak i „od dołu” i uczyniłyby ją bardziej skuteczną.

W pierwszym projekcie konstytucyjnym Parlamentu Europejskiego pochodzącym z roku 1984 zapisano jak by nie było, co prawda tylko w preambule, że regiony i gminy są „cegiełkami” w procesie budowania wspólnego domu europejskiego.

Propozycję tę można byłoby skrytykować stwierdzając, iż wraz z powołaniem do życia Komitetu regionalnych i komunalnych jednostek samorządowych stworzono organ doradczy gwarantujący takie współdziałanie.

Niemniej jednak: Zawsze przecież słusznym jest zakotwiczenie w prawie pierwotnym nie tylko instrumentu, w tym przypadku Komitetu doradczego, lecz także celu, czyli włączenia regionalnych i komunalnych jednostek samorządu terytorialnego w dzieło budowania wspólnego europejskiego domu. Poza tym rola Komitetu Regionów ograniczona jest zasadniczo do współdziałania w procesie stanowienia prawa. Do aspektów wdrażania i stosowania w otoczeniu różnych stosunków terytorialnych Komitet podejść może tylko prospektywnie, a nie w kontekście ich rzeczywistych skutków oraz ich wykonalności.

Z dużym zadowoleniem należy powitać propozycje Przewodniczącego Komisji Europejskiej, Romano Prodiego dotyczące mechanizmu wzajemnego informowania się w zakresie działań związanych z problematyką wdrażania prawa i, jeśli będzie to konieczne, ich koordynowania. W maju 2004 roku rzeczywiście podjęto „dialog strukturalny” obejmujący związki regionalnych i komunalnych jednostek samorządu terytorialnego i Komisję Europejską. Należy ze wszelkich sił wspierać to nowe podejście do zagadnienia. Można mieć tylko nadzieję, iż nowa Komisja Europejska będzie te działania kontynuować. Obecnie jednak proces ten tkwi jeszcze w powijakach.

W tym miejscu należy raz jeszcze wskazać na pozycję Kongresu Gmin i Regionów Rady Europy. Kongres ten jest samodzielnym forum, na którym regiony i gminy zgodnie z ich własnym odczuciem i własną wolą ustalają możliwości dalszego rozwoju regionalnej i komunalnej polityki europejskiej. To różni go od Komitetu Regionów Unii Europejskiej, w którym na pierwszym planie znajduje się uczestnictwo regionów i gmin w procesie stanowienia prawa w UE.

W chwili obecnej na forum Kongresu Gmin i Regionów Rady Europy podejmowane są rozważania dotyczące możliwości uzupełnienia Karty Samorządu Terytorialnego o protokoły. Poruszona przez Pana Ministra Becksteina kwestia wzajemnych relacji między definiowaniem zadań a ich finansowaniem mogłaby stanowić element takiej aktualizacji Karty.

Jakie szanse i wyzwania wynikają z rozszerzenia Unii dla współpracy partnerskiej? Wraz z przystąpieniem Polski i innych krajów do Unii Europejskiej pojawił się znaczny potencjał tworzenia powiązań także na szczeblu komunalnym, i to zarówno w wymiarze dwustronnych jak i międzypaństwowym. Europejskie dzieło jednoczenia obejmuje nie tylko relacje państw członkowskich z UE jako instytucją. Wprost



przeciwnie. Ustalenia przyjęte na szczeblu unijnym stanowią punkt wyjścia dla integracji i partnerstwa między wszystkimi państwami, w tym także między regionalnymi i komunalnymi jednostkami samorządu terytorialnego.

Należy przy tym pamiętać o trzech ważkich obszarach:

- Urzeczywistnienie swobód podstawowych, tzn. promowanie wymiany ludzi z ich wiedzą i ich doświadczeniami, niezakłócony handel dobrami i usługami na uczciwych warunkach, wykorzystywanie kapitału inwestycyjnego dla projektów rozwojowych oraz wymiana informacji, co dzisiaj jest szczególnie ważne. Europejski system praw obejmujący swobody podstawowe sprawia, że wszystkie te działania stają się znacznie prostsze lub w ogóle możliwe.
- Działania europejskiej polityki strukturalnej prowadzonej w myśl solidarności obejmującej cały obszar unijny, które umożliwiają wspólną politykę rozwojową.
- I w końcu Europa obywateli w myśl wspólnoty wartości, powstającej i rozwijającej się europejskiej przestrzeni świadomości oraz trwale zakotwiczenie idei europejskiej, a wszystko to jest szczególnie istotne dla relacji partnerskich jednostek komunalnych.

Chciałbym teraz omówić bliżej wdrażanie polityki strukturalnej, ponieważ należy zadbać o włączenie terenów wiejskich i ich jednostek komunalnych w wykorzystanie kapitału inwestycyjnego dostępnego poprzez fundusze strukturalne Unii Europejskiej.

W przyszłości udostępnione zostaną poważne kwoty kapitału inwestycyjnego przeznaczone na rozwój regionów w nowych krajach członkowskich. Każdy kraj członkowski UE, każdy podatnik wpłaca do funduszy strukturalnych zgodnie z posiadanym przez siebie majątkiem, a środki dzielone są w zależności od potrzeb. Fundusze są najbardziej konkretnym wyrazem solidarności europejskiej. Wspieranie koncentruje się na trzech głównych obszarach. Są to rozwój regionalny (europejski fundusz regionalny), uaktualnianie wiedzy zawodowej i wspieranie zatrudnienia (europejski fundusz społeczny) oraz utrzymanie i modernizacja rolnictwa i terenów wiejskich (europejski fundusz rolny). W chwili obecnej toczą się jeszcze negocjacje dotyczące wysokości środków finansowych oraz podziału środków na wymienione obszary i na poszczególne kraje. Pewne jest jednak to, iż z uwagi na skalę potrzeb 80 procent środków przeznaczonych zostanie na realizację zadań wynikających z celu 1, czyli na wspieranie regionów najbardziej zacofanych.

Na poziomie europejskim wyznacza się tylko najważniejsze cele. Zgodnie z zasadą subsydiarności i partnerstwa ustalenia szczegółowe, a więc wyznaczanie priorytetów wspierania zgodnie z potrzebami i z uwzględnieniem wąskich gardeł dotyczących rozwoju regionalnego i społecznego, przydział środków na poszczególne cele oraz administrowanie funduszami są zadaniem realizowanym przez poszczególne kraje członkowskie we współpracy z właściwymi Dyrekcjami Generalnymi Komisji Europejskiej. Władzom krajów członkowskich, które wedle własnego uznania organizują administrację funduszu, podlega też podział środków.

Z perspektywy komunalnej należy zadbać o adekwatny udział w tym procesie. Doświadczenie pokazuje, że możliwe jest to tylko poprzez podejmowanie inicjatyw własnych, zarówno w fazie planowania jak i w fazie realizacji. Inicjatywę tę wykazywać winny przede wszystkim związki komunalne.

Wydaje się być oczywistym, że taki merytoryczny komitet jest szczególnie pożyteczny przy konkretnym wykorzystaniu środków. Z pewnością także różne formy

partnerstwa będą mogły skorzystać z licznych okazji, które pozwolą na możliwie jak najlepsze przeznaczenie środków.

Dzięki nowemu kluczowemu zagadnieniu europejskiej polityki strukturalnej (cel 3) znacznej poprawie ulegną finansowe podstawy współpracy terytorialnej, w tym między innymi regionów i jednostek komunalnych. Na ten cel przeznaczonych zostanie 5% dostępnych środków polityki strukturalnej, przy czym uwzględnione zostaną zarówno obszary szczególnie słabo rozwinięte strukturalnie (regiony o niskiej gęstości zaludnienia, obszary położone na wyspach i w terenach górzystych lub obszary położone peryferyjnie w stosunku do centrów gospodarczych Unii) jak i tereny położone wzdłuż granic wewnętrznych i zewnętrznych UE.

Nowy cel 3 europejskiej polityki strukturalnej ma szczególnie duże znaczenie dla funkcjonowania partnerstwa na szczeblu powiatowym; w każdym przypadku jednak zakłada się aktywne współdziałanie tych jednostek.

## **Podsumowanie**

- Z uwagi na wspólne cechy i realizowane zadania powiaty polskie i niemieckie mają szczególne predyspozycje do podejmowania owocnej dla obu stron współpracy i partnerstwa.
- Już teraz istnieje gęsta sieć partnerstwa między powiatami. Prawie jedną trzecią polskich i niemieckich powiatów łączą już umowy partnerskie. To samo dotyczy związków powiatów w obu krajach.
- Przystąpienie Polski do Unii Europejskiej ułatwia współpracę partnerską i otwiera dla niej w wieloraki sposób nowe impulsy. Przyszła polityka strukturalna stwarza nowe formy finansowego zabezpieczenia dla jednostek komunalnych i partnerstwa komunalnego; należy je tylko aktywnie wykorzystać.
- Traktat Konstytucyjny stwarza dla jednostek komunalnych prawa ochronne i prawa do aktywnego udziału w obrębie Europy ponadnarodowej, co umacnia samorząd terytorialny także w wymiarze polityki europejskiej.
- Dzięki dialogowi transgranicznemu prowadzonemu przez polskie i niemieckie związki komunalne należy analizować przyszłe szanse i wyzwania dla jednostek komunalnych aktywnych w wymiarze europejskim i do tej aktywności przygotowanych.

Na bieżąco trzeba będzie dyskutować o pozycji europejskich jednostek komunalnych i regionów w tej obszernej i dynamicznej przestrzeni integracyjnej.

# Dr. Reinhard Klein

**Vorstandsvorsitzender  
der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG  
Prezes Zarządu  
Polsko – Niemieckiego Towarzystwa Wspierania Gospodarki S.A.**

## ***Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung in der Republik Polen***

Ich darf ihnen zunächst die Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki S.A. /Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG (TWG) vorstellen.

- |             |  |
|-------------|--|
| Gründung    | <ul style="list-style-type: none"><li>• 1994 auf Initiative der Regierungen Polens und Deutschlands</li></ul>  |
| Vorstand    | <ul style="list-style-type: none"><li>• Dr. Reinhard Klein und Dr. Jacek Robak</li></ul>   |
| Sitz        | <ul style="list-style-type: none"><li>• Gorzów Wlkp./Landsberg an der Warthe (Polen)</li></ul>   |
| Mitarbeiter | <ul style="list-style-type: none"><li>• Deutsche und Polen,</li><li>• alle zweisprachig,</li><li>• 80 % Hoch- und Fachschulabsolventen, vor allem Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, ingenieurtechnische Wissenschaften</li><li>• Durchschnittsalter: 39 Jahre</li></ul> |

### **Geschäftsfelder**

- |                  |  |
|------------------|--|
| Zielstellung     | <ul style="list-style-type: none"><li>• Förderung der deutsch-polnischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch Unterstützung von Investitions- und Kooperationsinitiativen und anderen Wirtschaftsprojekten, insbesondere in den grenznahen Regionen</li></ul>   |
| Leistungsangebot | <ul style="list-style-type: none"><li>• Auswahl und Bewertung geeigneter Investitionsstandorte und Gewerbeimmobilien</li><li>• Erschließung von Absatz- und Beschaffungsmärkten</li><li>• Aufbau von Vertriebswegen</li><li>• Vermittlung von Kooperations- und Handelspartnern</li><li>• Vermittlung von Ex- und Importgeschäften</li><li>• Joint-Venture-Gründungen</li><li>• Marktanalysen, Produkt- und Unternehmenswerbung</li><li>• Suche und Auswahl von Leitungspersonal</li><li>• Begleitung auf dem Weg durch die Behörden</li></ul> |

Besonderen Wert legen wir auf individuelle Kundenberatung. Abhängig von der speziellen Aufgabenstellung erarbeiten wir für jeden Kunden einen konkreten Maßnahmenplan und helfen bei dessen Umsetzung.

Wir sehen unsere wichtigste Aufgabe darin, kleinen und mittleren Unternehmen, vornehmlich aus der Grenzregion, den Markteinstieg im jeweiligen Nachbarland zu erleichtern.

Wir sind mit zweisprachigen, branchenspezialisierten Mitarbeitern direkt vor Ort. Wir kennen die aktuellen polnischen Gesetze und Verordnungen, die Standorte und Marktbedingungen. Wir verfügen über Daten und Analysen, die eine

realistische Einschätzung des Produktionsstandortes und des Marktes erlauben. Wir verfügen über bewährte Kontakte zu Behörden und Einrichtungen. Wir kennen die landestypischen Gepflogenheiten und überbrücken Sprachbarrieren. Wir wissen, welche Marketingkonzepte in Polen am besten greifen.

Mehr als 12.000 Firmen, Institutionen und Kommunen haben bei uns Rat und Unterstützung gefunden. Monat für Monat gehen ca. 100 neue Anfragen bei uns ein. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat aktiven Anteil an der Gründung von 210 Joint Ventures und dem Abschluß von vielen Kooperationsvereinbarungen. Mehr als tausend Arbeitsplätze entstanden.

Sollten Sie am Leistungsangebot der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG interessiert sein, bitten wir Sie, den ausgefüllten Erfassungsbogen (Unterschrift und Firmenstempel!) per Post oder Fax an uns zu schicken. Ihre Angaben werden in unserer Datenbank gespeichert und dienen der Bearbeitung Ihrer Fragen bzw. Offerten. Unsere Branchenexperten werden sich umgehend mit Ihnen in Verbindung setzen.

Wesentlicher Bestandteil des Angebotes der TWG sind Veranstaltungen, bei denen sich deutsche und polnische Unternehmer begegnen und über aktuelle Bedingungen der Wirtschaftskooperation informieren. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen sind sie oft der Beginn einer erfolgreichen grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

Die Formen reichen von Wirtschaftskonferenzen, Kooperationsbörsen über Unternehmerreisen und Sprechtag bis zu Firmenpräsentationen und Pressekonferenzen. An den 70 von uns organisierten deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenzen und 30 Kooperationsbörsen haben bisher 10.000 Unternehmen teilgenommen.

Reisen für Unternehmer, Parlamentarier und Journalisten dienen dem besseren Kennenlernen und der Herstellung neuer Kontakte. Präsentationen auf Ausstellungen und Pressekonferenzen bieten die Chance, das Interesse der Medien auf beiden Seiten der Grenze zu wecken. Ein Mehr an Information bedeutet zugleich auch ein Mehr an Verständnis für den Partner aus dem Nachbarland.

In regelmäßigen Abständen gibt die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG Informationsmaterialien heraus - zum Beispiel Wirtschaftshandbücher, Branchenanalysen, Hinweise zu Steuer- und Finanzfragen. Bisher wurden 135 Publikationen veröffentlicht.

### **Praktische Empfehlungen**

Für den Unternehmer hängt es vom Gesamtbild ab, wo er investiert. Wenn Sie als Bürgermeister oder Landrat mit Investoren konfrontiert werden, dann erwarten diese, daß Sie und Ihre Administration alle Fragen beantworten können. Nicht nur die Fragen nach den Bedingungen in ihrer Region, sondern auch nach den großen volkswirtschaftlichen Bedingungen.

Der deutsche Unternehmer, stellt zunächst Fragen nach der politischen Stabilität im Land. Fragen nach dem politischen Gewicht euroskeptischer Abgeordneter sind nicht



Dr. Reinhard Klein, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderung AG

ungewöhnlich. Hier sind Unternehmer sehr sensibel. Ähnliche Fragen werden polnische Investoren auch deutschen Politikern stellen.

Ferner wird nach der realen Erfüllung internationaler Zahlungsverpflichtungen gefragt. Wie ist das Wirtschaftswachstum? Wie groß ist der Markt für das angebotene Produkt? Wie kann man über Polen weitere Absatzmärkte erreichen? Welche gesetzlichen Bestimmungen bestehen? Rechtsschutz, Patentrechte, Verdienstverbote, landesspezifische Normen, welche Vorschriften gelten für das Produkt, wie groß ist die Konkurrenz, Käufergewohnheiten, Kaufkraft, Steuergesetze, Importkontingente, Devisenvorschriften, Zertifizierungspflichten?

Will man Solidität und Glaubhaftigkeit als Standort verkörpern, so müssen solche weitestgehend landesspezifische Fragen beantwortet werden.

Meine Empfehlung an die kommunalen Gebietskörperschaften ist die Einstellung eines jungen Spezialisten, der in der Lage ist, solche volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Fragen und Entwicklungen zu beantworten. Wollen Sie Investoren aus Deutschland, so empfiehlt sich, Ihren Spezialisten für ein halbes Jahr zu einer deutschen Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu entsenden. Dort lernt er die Fragen und die Mentalitäten deutscher Investoren kennen.

Es sind viele Geschäfte nicht zustande gekommen, weil es unterschiedliche Mentalitäten gab, auf die nicht angemessen reagiert werden konnte.

Ein wesentliches Problem für deutsche Investoren ist das System der Wojewodschaftsverwaltung. Die Funktionen von Marschall und Wojewode müssen Sie deutlich machen und bei den Gesprächen behilflich sein können.

In den Darstellungen des Standortes werden seitens der kommunalen Gebietskörperschaften oft Fehler gemacht. Den Unternehmer, der im Billiglohnsektor produziert, interessiert nicht die Zahl der Schulen, sondern die Zahl der Arbeitslosen, weil er so erfährt, daß er relativ einfach und preisgünstig an die benötigten Mitarbeiter kommt.

Der Unternehmer, der mit einer Entwicklungsabteilung einen neuen Standort sucht, den interessiert die Qualifikation der zur Verfügung stehenden Arbeitnehmer.

Der vertriebsorientierte Unternehmer sucht nach einem Verkehrsknotenpunkt als Standort und fragt nach Anzahl und Leistungsfähigkeit der Speditionen am Standort.

Der lohnveredelungsorientierte Unternehmer sucht nach einem Standort, an dem er Waren montieren und schnell abtransportieren kann. Für ihn zählt der schnellste Weg nach Deutschland.

Je größer das Unternehmen ist, desto mehr braucht es hinsichtlich der benötigten Arbeitskräfte die Nähe großer Städte. Auf 1.000 aufzubauende Arbeitsplätze müssen rund 10.000 Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Je kleiner ein Unternehmen ist, das einfache Arbeitstätigkeiten im Produktionsbereich hat, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit ein Unternehmen im ländlichen Bereich anzusiedeln, weil dort Arbeitskräfte preiswerter zu bekommen sind.

Braucht ein Unternehmen eine komplexe Infrastruktur, etwa schwerlastverkehrgeeignete Straßen, Gasversorgung, Telekommunikation, so drängt es in Industrieregionen, da der Aufbau solcher Strukturen auf der „grünen Wiese“ zu kostenintensiv ist.



Will jemand in den Tourismus investieren, so hilft der Hinweis auf die schöne Natur wenig. Den Investor interessieren beispielsweise viel mehr,

- wie schnell kommen die Gäste in die Region hin,
- wie sind die Bus- und Bahnverbindungen,
- gibt es einen Flughafen in der Nähe,
- wie sind Anzahl und Qualität des Freizeitangebotes (Kino, Cafés, Restaurants, Museen usw.)?

Werbung ist also nur sinnvoll, wenn sie zielgruppenausgerichtet ist und die den Unternehmer interessierenden Vorteile für die Zielgruppe hervorgehoben sind.

Wie kommt man an Investoren? Zunächst muß man wissen, daß jeder Investor von einer Vielzahl von Standorten umworben wird. Das fängt auf höchster Ebene an. Der deutsche Bundeskanzler ist beispielsweise ständig und weltweit mit Unternehmern unterwegs, um für diese auf politischer Ebene Türen zu öffnen und um für den Standort Deutschland zu werben. In Polen hat man gelegentlich den Eindruck, daß sich die hohe Politik für diese Art des Lobbyismus zu schade ist.

Stellen Sie Ihre Nach- und Vorteile im Rahmen einer *SWAT-Analyse* fest. Dann erst stellt sich die Frage, wie man mit den Positivfaktoren auf die richtigen Unternehmer zugeht und Werbung für die Region macht.

Fragen zu Ihrer Situations-Analyse:

1. Welche Unternehmen habe ich in meiner Region? Was leisten diese, wie ist ihre technische Ausstattung und wie ihre Kapazitätsauslastung? Welches ingenieurtechnische Personal ist vorhanden? Wird eigene Forschung betrieben? Wie ist die Exportquote?
2. Wie sieht die eigene Infrastruktur aus (Straßen, Gas, Wasser, Abwasser, Telekom, Internet, Energieversorgung, infrastrukturelle Entwicklungspläne (z.B. Bau von Gewerbeparks, Transformationsstationen, Kläranlagen), Humanressourcen (Anzahl je Berufsgruppen, Bildungsstand, wirtschaftsrelevante Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Einrichtungen)?

Hier kann es hilfreich sein, sich anhand des Profils der eigenen Unternehmenslandschaft in Deutschland nach Regionen mit verwandten Industriezweigen umzusehen. Dort könnte das Interesse bestehen, einen bestimmten Anteil der Produktion nach Polen zu verlagern.

Informationen über solche Unternehmen bekommen Sie bei Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und privaten Consultern.

Ausgewählte Unternehmer könnten Sie dann zum Besuch in ihre Region einladen.

In der Region sollten Sie über ein Netzwerk verfügen. An der Spitze der Landrat oder Bürgermeister, dazu alle interessierte Unternehmen, die Partner suchen. Banken, Speditionen, deutsch- oder englischsprachige Rechtsanwälte, Dolmetscherbüro, regionale Sejmabgeordnete, Finanzamt und andere. Sie müssen dem potentiellen Investor die entscheidenden Kompetenzträger der Region präsentieren können, die auf jede Frage Auskunft geben können.

Deutsche Großstädte haben eine sogenannte Investorenleitstelle eingerichtet, die der Unternehmer aufsuchen kann, um dort alle Informationen und Formulare zu be-

kommen. Sie können aber auch zu Messen gehen und an staatlichen Präsentationsprojekten teilnehmen. Sie können sich auch direkt an deutsche Industrie- und Handelskammern wenden,

Die TWG hat jüngst mit dem mecklenburgischen Wirtschaftsminister sowie Unternehmern seines Landes eine Reise nach Polen organisiert. Wir fahren in Regionen, die uns mitteilen, daß wir willkommen sind und unterstützt werden.

Sie können auch versuchen in Branchenzeitschriften Artikel über sich zu lancieren. Sachliche Werbeartikel, die keine Agitation sein dürfen, erleichtern manches.

Im Tourismusbereich müssen Sie gleichfalls analysieren, wer für Sie die richtigen Ansprechpartner sind. In Deutschland gibt es Reiseunternehmen, die auf Polen spezialisiert sind. Werbung lohnt sich konkret auch in Berlin, wo 35.000 Polen leben, oder im Ruhrgebiet.

Sie sollten zudem überlegen, ob Sie die deutsche Tourismusbranche nicht auch um neue Angebote bereichern können, beispielsweise durch Sprachreisen oder durch Angebote an Unternehmen zur Ausrichtung von Tagungen und Mitarbeiterschulungen. Sie werden bei den Unternehmen auf Interesse stoßen, da diese solche Tagungen von der Steuer absetzen können.

Sie müssen in gute Darstellungen ihres Standortes investieren. Agitation überzeugt Unternehmer nie. Fakten, selbst negative, haben gegenüber potentiellen Investoren die beste Wirkung. Die Darstellungen müssen in einem einwandfreien Deutsch erstellt sein. Am besten lassen Sie die Gestaltung in Deutschland durchführen. Dort kennt man die Mentalität der Menschen, an die sich die Broschüre wendet. Gerade hierbei werden in Polen die allermeisten Fehler gemacht.

Jüngst habe ich den Warenkatalog und Warenmuster eines der größten polnischen Nahrungsmittelhersteller bekommen. Die Waren sind als gut, zum Teil besser als deutsche Produkte, zu bewerten. Den Katalog indessen konnte man wegwerfen. Hochglanzdruck, aber grammatikalische Fehler und falsche Warenbezeichnungen, die vermutlich aus dem Polnischen direkt übersetzt worden.

Der deutsche Unternehmer, der einen solchen Katalog in die Hände bekommt, schließt automatisch von dem Katalog auf die Qualität der Ware. Henry Ford sagt einmal „Ich weiß daß 50 Prozent meiner Werbegelder zum Fenster heraus geworfen sind, ich weiß nur nicht welche 50 Prozent.“ Ein schlechter Katalog sind 100 Prozent.

Versuchen Sie Fördermittel zu nutzen und bemühen Sie sich um *Public Private Partnership*. Bedenken Sie aber, daß die abrufbereiten Fördergelder aus dem Strukturfonds für den Ausbau der Infrastruktur einer wenigstens 20-prozentigen Mitfinanzierung bedürfen.

Versuchen Sie einen privaten Investor zu gewinnen, der mit Ihnen ein Investitionsprojekt betreibt und dabei auch europäische Fördermittel nutzt.

In Westpolen etwa hat ein deutsches Gasunternehmen in die Verlegung von Gasleitungen investiert und refinanziert sich aus den Gebühren.

Polen hat eine gesunde Wirtschaft und eine gute Entwicklung. Es hat kreative und motivierte Kommunalpolitiker, die etwas erreichen wollen und Sie haben eine Menge Sympathisanten. Sie können mit Ihren Bemühungen Erfolg haben.

## ***Możliwości promocji gospodarczej w Rzeczypospolitej Polskiej***

Na wstępie mojego wystąpienia chciałbym zaprezentować Państwu Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki S.A. / Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG (TWG).

- |                    |  |
|--------------------|--|
| Powołanie do życia | • W roku 1994 z inicjatywy rządów Polski i Niemiec   |
| Zarząd             | • dr Reinhard Klein i dr Jacek Robak   |
| Siedziba Spółki    | • Gorzów Wlkp. (Polska)  |
| Pracownicy         | • Niemcy i Polacy,<br>• Wszyscy pracownicy są dwujęzyczni,<br>• 80 % pracowników to absolwenci uczelni wyższych, przede wszystkim takich kierunków jak ekonomia przedsiębiorstw, makroekonomia, nauki inżynierskie<br>• Przeciętna wieku: 39 lat |

### **Obszar działalności**

- |        |  |
|--------|--|
| Cele   | • Promocja współpracy polsko-niemieckiej w dziedzinie gospodarki poprzez wspieranie inicjatyw inwestycyjnych i kooperacyjnych oraz licznych projektów biznesowych w szczególności w rejonach przygranicznych   |
| Oferta | • Dobór i ocena odpowiednich lokalizacji przeznaczonych na inwestycje oraz nieruchomości komercyjnych<br>• Pozyskiwanie rynków zbytowych i zakupowych<br>• Tworzenie kanałów dystrybucyjnych<br>• Pośrednictwo w pozyskiwaniu partnerów kooperacyjnych i handlowych<br>• Pośrednictwo w zawieraniu transakcji eksportowych i importowych<br>• Tworzenie przedsiębiorstw typu Joint-Venture<br>• Analizy rynkowe, reklamowanie produktów i przedsiębiorstw<br>• Wyszukiwanie i rekrutacja pracowników zajmujących stanowiska kierownicze (kadra managerska)<br>• Wspieranie w kontaktach z urzędami |

### **Nasz profil**

Szczególną wagę przywiązujemy do indywidualnego doradztwa dostosowanego do potrzeb naszych klientów. W zależności od specyfiki powierzonych nam zadań opracowujemy dla każdego klienta konkretny plan działań i służymy pomocą podczas jego wdrażania.

Za nasze najważniejsze zadanie uważamy ułatwienie małym i średnim przedsiębiorstwom, zwłaszcza z regionów przygranicznych, wejścia na rynki w kraju sąsiada. Nasi pracownicy znający oba języki i wyspecjalizowani w określonych branżach działają bezpośrednio na miejscu. Dysponujemy wiedzą o aktualnych polskich ustawach i rozporządzeniach, a także o odpowiednich lokalizacjach inwestycyjnych i warunkach rynkowych. Mamy dostęp do danych i analiz pozwalających na dokonanie realistycznej oceny lokalizacji produkcji oraz oceny rynku. Korzystamy ze sprawdzonych kontaktów z władzami i urzędami. Znamy zwyczaje typowe dla

danego kraju i przewyższamy bariery językowe. Potrafimy ocenić, jakie koncepcje marketingowe sprawdzają się w Polsce najlepiej.

Z naszych rad i wsparcia skorzystało dotychczas ponad 12 tysięcy firm, instytucji i samorządów, a co miesiąc do Towarzystwa wpływa około 100 nowych zapytań. Towarzystwo Wspierania Gospodarki aktywnie uczestniczyło w utworzeniu 210 przedsiębiorstw typu Joint Ventures oraz w zawarciu wielu porozumień kooperacyjnych. W wyniku tych działań powstało ponad tysiąc miejsc pracy.

Jeśli są Państwo zainteresowani ofertą Polsko-Niemieckiego Towarzystwa Wspierania Gospodarki S.A., prosimy o odesłanie nam pocztą lub faksem wypełnionej ankiety (nie zapominając o podpisie i pieczęcie firmowej!). Państwa dane zostaną wprowadzone do naszej bazy danych i posłużą do opracowywania Państwa zapytań względnie ofert. Nasi eksperci branżowi niezwłocznie nawiążą z Państwem kontakt.

### **Imprezy**

Istotnym elementem oferty TWG jest organizowanie imprez, podczas których spotykają się polscy i niemieccy przedsiębiorcy i uzyskują informacje o aktualnych uwarunkowaniach współpracy gospodarczej. Szczególnie dla małych i średnich przedsiębiorstw są one często początkiem owocnej współpracy transgranicznej. Proponowane przez nas imprezy przybierają formę konferencji gospodarczych i giełd kooperacyjnych, podróży dla przedsiębiorców i dni otwartych, prezentacji firm i konferencji prasowych.

W zorganizowanych przez nas 70 polsko-niemieckich konferencjach gospodarczych i 30 giełdach kooperacyjnych udział wzięło dotychczas 10 tysięcy przedsiębiorców.

Podróże dla przedsiębiorców, parlamentarzystów i dziennikarzy służą lepszemu wzajemnemu poznaniu się oraz nawiązaniu nowych kontaktów. Prezentacje na wystawach oraz konferencjach prasowych stwarzają okazję do pozyskania zainteresowania przedstawicieli mediów po obu stronach granicy. Posiadanie większej ilości informacji jest jednocześnie szansą na większe zrozumienie dla partnera z kraju sąsiadów.

Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki S.A. wydaje regularnie materiały informacyjne, na przykład takie jak podręczniki ekonomiczne, analizy branżowe, wskazówki dotyczące kwestii podatkowych i finansowych. Dotychczas wydano 135 publikacji.

### **Wskazówki praktyczne**

Decyzje o rozpoczęciu inwestycji przedsiębiorcy podejmują w zależności od całokształtu oferowanych warunków. Jeśli inwestorzy zwrócą się do Państwa – burmistrzów i starostów, to oczekują oni, że zarówno Państwo jak i podległa Państwu administracja będą w stanie udzielić odpowiedzi na wszystkie nurtujące inwestorów pytania. I to nie tylko na pytania dotyczące warunków panujących w Państwa regionie, lecz także na pytania dotyczące uwarunkowań makroekonomicznych.

Na początku przedsiębiorcy niemieccy stawiają pytania związane ze stabilizacją polityczną w danym kraju. Stawianie pytań dotyczących konstelacji politycznej przez eurosceptycznych posłów nie jest niczym nadzwyczajnym. Na takie pytania przedsiębiorcy reagują w sposób bardzo wrażliwy. Podobne pytania postawią polscy inwestorzy także niemieckim politykom.

Kolejna grupa pytań dotyczy realnego realizowania międzynarodowych zobowiązań płatniczych. Dalsze pytania mogą brzmieć przykładowo tak: jaki jest poziom wzrostu gospodarczego? Jak duży jest rynek dla oferowanego produktu? W jaki sposób Polska może być przyczółkiem do pozyskania innych rynków zbytu? Jakie przepisy prawa mają moc obowiązującą? Kolejne pytania dotyczą ochrony prawnej, prawa patentowego, zakazu zarobkowania, norm specyficznych dla danego kraju, przepisów obowiązujących w odniesieniu do danego produktu, konkurencji, przyzwyczajzeń konsumentów, siły nabywczej, ustaw podatkowych, kontyngentów importowych, przepisów dewizowych, obowiązków certyfikacyjnych etc.

Jeśli w danym miejscu chcemy być utożsamiani z solidnością i wiarygodnością, to musimy sobie udzielić odpowiedzi na takie pytania, jakie w szerokim zakresie są specyficzne dla danego kraju.

Chciałbym zalecić jednostkom samorządu terytorialnego zatrudnienie młodego specjalisty, który byłby w stanie udzielić odpowiedzi na pytania dotyczące zagadnień makro- i mikroekonomii. Jeśli chcą Państwo pozyskać inwestorów z Niemiec, to warto wysłać swojego specjalistę na okres pół roku do jakiegoś niemieckiego towarzystwa wspierania gospodarki. Tam będzie miał on okazję zapoznania się z pytaniami stawianymi przez niemieckich inwestorów i z ich mentalnością. Często w przeszłości nie dochodziło do zawarcia transakcji gospodarczych tylko z uwagi na różnice w mentalności, na które nie udało się odpowiednio zareagować.

Istotny problem dla niemieckich inwestorów przedstawia system administracji wojewódzkiej. Muszą im Państwo wyjaśnić kompetencje marszałków i wojewodów oraz służyć inwestorom pomocą w rozmowach.

Niemieckie jednostki samorządu terytorialnego często popełniają błędy prezentując swoje lokalizacje inwestycyjne. Przedsiębiorca produkujący w sektorze cechującym się niskim poziomem wynagrodzeń mniej zainteresowany jest liczbą szkół, a bardziej poziomem bezrobocia, bowiem taka właśnie informacja jest źródłem wiedzy o tym, że stosunkowo łatwo i po niskich cenach pozyska potrzebnych pracowników.

Przedsiębiorstwa poszukujący nowej lokalizacji dla swojego działu badawczo-rozwojowego zainteresowany jest kwalifikacjami dostępnych pracowników.

Przedsiębiorca zajmujący się dystrybucją poszukuje lokalizacji położonej w pobliżu węzła komunikacyjnego i pyta o liczbę i skuteczność miejscowych firm spedycyjnych. Przedsiębiorca zajmujący się uszlachetnianiem szuka takiej lokalizacji, gdzie będzie mógł montować towary i szybko je transportować dalej. Dla niego liczy się możliwość skorzystania z najszybszej drogi do Niemiec.

Im większe przedsiębiorstwo, tym bardziej istotna jest dla niego bliskość wielkich miast z uwagi na konieczność pozyskania potrzebnych pracowników. Na tysiąc tworzonych miejsc pracy potrzeba dostępności do dziesięciu tysięcy pracowników.

Im mniejsze przedsiębiorstwo, w którym wykonuje się proste prace w zakresie produkcji, tym większe jest prawdopodobieństwo zlokalizowania przedsiębiorstwa na terenach wiejskich, ponieważ siła robocza jest tam tańsza.

Jeśli przedsiębiorstwo zdane jest na możliwość korzystania ze skomplikowanej infrastruktury, takiej jak drogi dostosowane do ciężkiego transportu, instalacje gazowe, telekomunikacja, to w takiej sytuacji skieruje się do regionów przemysłowych, ponieważ stworzenie takich struktur od podstaw wymaga poniesienia zbyt wielu kosztów.



Jeśli ktoś chce zainwestować w turystykę, to same tylko informacje o pięknie przyrody na niewiele się zdadzą, Inwestor dużo bardziej zainteresowany jest uzyskaniem odpowiedzi na następujące pytania:

- jak szybko goście mogą dojechać do wybranego regionu,
- jakie są połączenia autobusowe i kolejowe,
- czy w pobliżu położone jest jakieś lotnisko,
- jaka jest jakość oferty rekreacyjnej i ile takich ofert dostępnych jest w danym regionie (kino, kawiarnie, restauracje, muzea itd.)?

Reklama ma tylko wówczas sens, gdy nakierowana jest na określoną grupę odbiorców i jeśli podkreśla ona zalety grupy odbiorców, którymi zainteresowany jest przedsiębiorca.

W jaki sposób można pozyskać inwestorów? Na początku należy pamiętać o tym, że o każdego inwestora zabiega bardzo wiele różnych lokalizacji. Rywalizacja ta rozpoczyna się na najwyższym szczeblu. I tak przykładowo niemiecki kanclerz federalny nieustannie podróżuje po całym świecie w otoczeniu przedsiębiorców, by otwierać im drzwi na płaszczyźnie politycznej i w ten sposób reklamować Niemcy jako doskonałe miejsce do podejmowania inwestycji. W Polsce można czasami odnieść wrażenie, że przedstawiciele najwyższych władz nie są zainteresowani prowadzeniem takiej działalności lobbistycznej.

Zachęcam Państwa do zapoznania się ze swoimi mocnymi i słabymi stronami w ramach tzw. analizy SWAT. I dopiero wówczas należy postawić sobie pytanie, w jaki sposób dotrzeć do odpowiedniego przedsiębiorcy korzystając z dostępnych czynników pozytywnych i w jaki sposób można promować na rzecz regionu.

Pytania dotyczące sytuacji, w której się Państwo znajdują:

1. Jakie przedsiębiorstwa mają swoją siedzibę w moim regionie? Jaki jest ich profil, jak wygląda ich wyposażenie techniczne i jak przedstawia się ich wykorzystanie potencjału? Jaka jest kadra inżynieryjno – techniczna? Czy przedsiębiorstwa te prowadzą działalność badawczo-rozwojową? Jaka część produkcji przeznaczona jest na eksport?
2. Jak przedstawia się miejscowa infrastruktura (ulice, gaz, woda, ścieki, telekomunikacja, dostęp do internetu, zaopatrzenie w energię, plany rozwoju infrastruktury – np. budowa parków przemysłowych, stacje transformatorowe, oczyszczalnie ścieków), dostęp do potencjału ludzkiego (w podziale na grupy zawodowe, poziom wykształcenia, jednostki oświatowe mające wpływ na rozwój gospodarki, jednostki naukowo-badawcze)?

W tej sytuacji przydatnym rozwiązaniem może być poszukiwanie w Niemczech regionów o spokrewnionych gałęziach przemysłu zgodnymi z profilem własnego krajobrazu przedsiębiorstw. W takich regionach bowiem napotkać można na zainteresowanie przeniesieniem pewnej części produkcji do Polski.

Informacje o takich przedsiębiorstwach mogą otrzymać Państwo w Izbach Przemysłowo-Handlowych, Izbach Rzemieślniczych, towarzystwach wspierania gospodarki oraz u prywatnych konsultantów.

Wybranych przedsiębiorców mogą Państwo następnie zaprosić do złożenia wizyty w Państwa regionie.

W swoim regionie winni stworzyć Państwo swego rodzaju sieć, na czele której stanąć winien starosta albo burmistrz. W jej skład winny wchodzić wszystkie zainteresowane przedsiębiorstwa szukające partnerów, ale także banki, kancelarie adwokackie porozumiewające się w języku niemieckim lub języku angielskim, biuro tłumaczy, regionalni posłowie do Sejmu, urząd skarbowy i inne jednostki. Muszą być Państwo w stanie zaprezentować potencjalnym inwestorom najważniejsze kompetentne instytucje, które potrafią udzielić odpowiedzi na każde pytanie.

W dużych miastach niemieckich uruchomiono tak zwane biura obsługi inwestorskiej, do których zwracać mogą się przedsiębiorcy w celu uzyskania tam wszystkich informacji oraz formularzy. Jednak Państwo mogą uczestniczyć także w imprezach targowych lub państwowych projektach zajmujących się prezentacjami gospodarczymi, mogą też Państwo zwracać się bezpośrednio do niemieckich Izb Przemysłowo-Handlowych.

Zupełnie niedawno TWG zorganizowało wspólnie z meklemburskim Ministrem Gospodarki oraz przedsiębiorcami z jego kraju związkowego podróż do Polski. Odwiedzamy regiony, o których wiemy, że jesteśmy tam mile widziani i że otrzymamy tam odpowiednie poparcie.

W czasopismach branżowych mogą też Państwo publikować artykuły poświęcone Państwa regionom. Rzeczowe artykuły reklamowe pozbawione aspektów agitacyjnych mogą wszystkim ułatwić życie.

W branży turystycznej powinni Państwo zastanowić się, kto jest dla Państwa najbardziej właściwym partnerem. W Niemczech istnieją biura podróży, które wyspecjalizowały się w organizowaniu wyjazdów do Polski. Konkretnie aktywności reklamowe opłacą się także w Berlinie, w którym mieszka 35 tysięcy Polaków, oraz w Zagłębiu Ruhry.

Ponadto powinni Państwo rozważyć, czy nie mogliby Państwo wzbogacić niemieckiej branży turystycznej o nowe oferty takie jak na przykład kursy językowe lub oferty skierowane do przedsiębiorstw zainteresowanych organizacją seminariów lub szkoleń dla swoich pracowników. Takie propozycje spotkają się w przedsiębiorstwach z zainteresowaniem, ponieważ takie seminaria mogą one wpisać w koszty działania przedsiębiorstwa.

Muszą Państwo zainwestować w dobrą prezentację swojego regionu, gdyż sama tylko agitacja nigdy przedsiębiorców nie przekona. Najlepszy skutek w relacjach z potencjalnymi inwestorami odniosą fakty, nawet jeśli będą one miały charakter negatywny. Takie prezentacje należy przygotować w nienagannym języku niemieckim. Najlepiej jest zlecić opracowanie takich broszur w Niemczech, gdyż tam znana jest mentalność osób, do których publikacja ma być skierowana. A właśnie w tej dziedzinie w Polsce popełnia się najwięcej błędów.

Niedawno otrzymałem katalog towarowy oraz próbki towarów jednego z największych polskich producentów żywności. Towary te należy ocenić jako dobre, czasami nawet lepsze niż produkty niemieckie. Za to katalog można było wyrzucić do kosza. Katalog był co prawda wydrukowany na papierze kredowym, ale aż roiło się w nim od błędów gramatycznych oraz nieprawidłowych opisów towarów, które – jak przypuszczam – przetłumaczono bezpośrednio z języka polskiego.

Niemiecki przedsiębiorca, który weźmie taki katalog do ręki, automatycznie wysunie wniosek o jakości towaru. Henry Ford powiedział kiedyś „Wiem, że 50 procent moich

wydatków reklamowych to pieniądze wyrzucone w błoto, ale niestety nie wiem, które 50 procent.“ Niedobry katalog to porażka na całej linii.

Zachęcam do skorzystania ze środków pomocowych oraz do zadbania o różne formy *Public Private Partnership*. Należy jednak pamiętać o tym, że skorzystanie ze środków pomocowych dostępnych w ramach funduszy strukturalnych przeznaczonych na rozbudowę infrastruktury wymaga przynajmniej 20-procentowego współfinansowania.

Zachęcam do pozyskania prywatnego inwestora, który wspólnie z Państwem poprowadzi jakiś projekt inwestycyjny i skorzysta przy tym także z europejskich środków pomocowych.

W Polsce Zachodniej jedno z niemieckich przedsiębiorstw gazowniczych zainwestowało w położenie instalacji gazowych i refinansuje swoją inwestycję z opłat użytkowników.

Polska gospodarka oparta jest o zdrowe podstawy i cechuje się dobrym rozwojem. W Polsce nie brakuje kreatywnych i zmotywowanych polityków samorządowych zainteresowanych działaniem. A Państwo mają mnóstwo sympatyków. Państwa wysiłki mogą zakończyć się sukcesem.

## Wiktor Knercer

Wojewodschaftsamt für Denkmalpflege  
Wojewódzki Urząd Ochrony Zabytków

### *Zwischen Negation und Akzeptanz*

1945 endete das, was 1939 begonnen hatte. In diesem Jahr wurde die jahrhundertlange, über viele Generationen hinweg geschaffene Geschichte des Teils Europas abgeschlossen, den wir jetzt Warmia und Mazury nennen und der vorher Ermland und Masuren hieß. Die ehemaligen Bewohner wurden gezwungen, die seit Generationen von ihnen besiedelten Landstriche zu verlassen; in aller Eile verließen sie ihre Städte und Dörfer. Sie ließen offenstehende Häuser, Werkstätten, Kirchen und Friedhöfe zurück. Andere Menschen traten an ihre Stelle. Auch sie kamen zuallermeist gegen ihren Willen hierher, auch sie hatten ihre Heimat, die ihnen bekannten und für sie angenehmen Orte verlassen müssen. Sie kamen in ein ebenso schönes Land, das ihnen aber fremd war, anders und ohne Geschichte. Weil sie gezwungen worden waren, das zu verlassen, was sie liebten, haßten sie das „Neue“. Und dieses Neue verband sich für sie mit dem Gefühl der Kränkung, des Schmerzes über den Verlust naher Angehöriger, der Erniedrigung. Cecylia Vetulani zum Beispiel, die spätere Denkmalpflegerin von Allenstein, die hierher zur Arbeit delegiert worden war, beschrieb ihre erste Berührung mit dem neuen Land mit diesen Worten:

„Die ganze Fahrt von Jabłonowo bis Allenstein verbrachte ich stehend (...), versenkte mich in die Schönheit der Vorfrühlingslandschaft, in das gelbliche Grün der Gräser, Büsche und Bäume (...). Die unbezweifelbare Schönheit dieser nördlichen Landschaft nahm ich gleichgültig, ohne Begeisterung auf (...), und ich stellte mir vor, daß der Geist des Kreuzrittertums über diesen Seen schwebte. Szenen aus den „Kreuzrittern“ von Sienkiewicz und die Erinnerung an das Plebiszit<sup>1</sup> schoben sich vor dem Auge meiner Vorstellungskraft vorbei und durchdrangen mich mit Eiseskälte und dem Gefühl des Abscheus gegenüber dem Erdenwinkel, in den es mich verschlagen hatte.“

Diese Worte schrieb eine gebildete Frau, die sich mit vollem Einsatz für Schutz und Rettung des kulturellen Erbes engagierte, das sie in diesen Gebieten vorfand, was später dazu führte, daß sie von den Behörden aus ihrer Stellung entfernt wurde.

Die neuen Bewohner fanden eine kulturell andere Landschaft vor, eine, die unter dem Einfluß einer anderen Kultur gestaltet worden war. Plätze und Straßen, Häuser und Kirchen hatten für die Ankömmlinge keine Vergangenheit; es knüpften sich keinerlei persönliche Erinnerungen oder familiäre Traditionen an sie. Jetzt mußten sie sich in diese neue Landschaft einnisten, die sie mit neuen, anderen, fremden Dingen



Wiktor Knercer erläutert die historischen Entwicklungen zu den Grundsätzen der polnischen Denkmalpflege.

<sup>1</sup> Anm. d. Red.: Volksabstimmung vom 11.07.1920, bei der 97,86 Prozent der Stimmberechtigten für Ostpreußen votierten.

umgab. Ihre Häuser, ihre Kirchen, ihre Friedhöfe mit den Gräbern der Angehörigen, all das war anderswo zurückgeblieben. Ebenso wie dort auch, wie sie sagten, „unsere Denkmäler“ zurückgeblieben waren. Die Erinnerung an den Krieg erlaubte ihnen nicht, anzunehmen, was sie hier vorfanden. Es entstand also das natürliche Bedürfnis, in der angeeigneten Landschaft Spuren zu hinterlassen und verständliche kulturelle Zeichen zu setzen. Diese Aneignung der Landschaft geschah in Kirchen und Bildstöcken, bei Friedhöfen und Wegkreuzen, und in den meisten Fällen bedeutete es, daß deutsche Denkmäler abgerissen und zerstört wurden, daß man versuchte, die Spuren der deutschen Vergangenheit zu verwischen. Es begann die lange Periode der Dekulturierung der Landschaft. Den Anfang dazu machte die Entwurzelung der Menschen aus ihrer Landschaft, die massenhafte Umsiedlung aus dem Osten in den Westen, von Süden nach Norden, aus der vertrauten Umgebung in eine fremde, unverständliche, wo selbst auf den Grabsteinen eine fremde Sprache und unverständliche Buchstaben standen.

Wie dieser Prozeß der Beseitigung der preußischen Deckschicht aussehen sollte, zeigt das Referat, das 1948 der damalige Denkmalpfleger in Allenstein, Zbigniew Rewski, auf dem Denkmalschützerkongreß in Łańcut hielt. Es trägt den Titel „Die Deprussifizierung [Entpreußung] von Landschaft und Bebauung in den Wiedergewonnenen Gebieten und der Denkmalschutz“. Es wurde im selben Jahr unter dem etwas veränderten Titel „Für die Deprussifizierung der Architektur in den Westgebieten“ in der Zeitschrift „Odra“ veröffentlicht. Nach Ansicht des Autors „gehören zum plastischen Charakter der gegenwärtigen städtischen und dörflichen Bebauung der Wiedergewonnenen Gebiete grundsätzlich die folgenden Elemente:

1. denkmalwerte Monumentalarchitektur: Kirchen, Klöster, Burgen, Paläste aus der Zeit vom Mittelalter bis zum 16. Jahrhundert.
2. denkmalwerte Bürgerarchitektur vor allem aus der Periode vom 15. bis zum 19. Jahrhundert.
3. Bebauung der preußischen Zeit, die vor allem zwischen 1850 und 1945 besonders aggressiven Charakter trug.“

Zur „preußischen Bebauung“ schreibt der Autor weiter: „die preußische Architektur mißbrauchte vor allem das undankbare Motiv des unverputzten Ziegelbaus. Der unverputzte Ziegelbau ist nicht in Form des patinierten gotischen Ziegels anstößig, der noch in Handarbeit hergestellt und hier und da farbig glasiert wurde, sondern als fabrikmäßig produzierter Preßziegel, und noch mehr als bei den Deutschen so überaus beliebter Klinker. Dies hat in den Städten ganze Flächen dumpfen ordinären Rots oder Gelbs entstehen lassen, die auf Menschen, die wenigstens ein wenig sensibel sind, wirken, wie das sprichwörtliche rote Tuch auf den Stier. Der liebste Verputz der Preußen ist der trostlos häßliche Zementputz. Auf vergleichsweise niedrigem künstlerischem Niveau befindet sich auch die preußische Architekturkonzeption, der Klarheit, Einfachheit und Gefühl für die Proportionen fehlen, was sie mit präntiöser und überladener häßlicher Dekoration kompensiert...“ Anschließend schreibt der Autor der preußischen Architektur auch ein politisches Ziel zu, wenn er schreibt: „... Allerdings besitzt die preußische Architektur neben ihrer Gebrauchs- und ihrer ästhetischen Funktion auch noch eine politische Dimension: sie hatte die Aufgabe, durch ihr massives Auftreten die städtische und ländliche Landschaft der politisch strittigen besetzten Ostgebiete zu prussifizieren und diese durch stilistische Einheitlichkeit und die Potenz des eingesetzten Materials als Element der preußischen Staatlichkeit erscheinen zu lassen.(...) Diese standardisierte Architektur hatte auch die Aufgabe, architektonische Denkmäler zu verdecken, die an den polnischen Charakter der Wiedergewonnenen Gebiete, ja sogar auch an die Deutschor-



densritter und die örtliche ermländische Bevölkerung erinnerten. Man muß anerkennen, daß dieses Ziel in einem gewissen Maße erreicht wurde, wenn auch auf wahrhaft barbarische Weise.“

In einer Zusammenfassung seiner Argumente schlägt Zbigniew Rewski ein zweigleisiges Vorgehen gegenüber der Architektur der Wiedergewonnenen Gebiete, vor allem im Gebiet der Wojewodschaft Allenstein vor:

„1. Zu den architektonischen Denkmälern, selbst zu denen, die nicht mit dem polnischen Charakter des Landes verbunden sind, sollten wir ein positives Verhältnis entwickeln. Erstens, weil sie einen hohen künstlerischen und kulturellen Wert besitzen, und zweitens, weil die in ihnen eingeschlossenen fremden Elemente sich politisch vollständig deaktualisiert haben und von ihnen keinerlei Gefahr für unsere Staatlichkeit ausgeht.

2. Ein völlig anderes Verhältnis haben wir dagegen, wenn auch eher unterbewußt als bewußt, zu der preußischen Architektur, vor allem zu der aus der irrsinnigen Verfallsperiode zwischen 1850 und 1945. Da wir diese Architektur nicht zerstören oder beseitigen können – auch wenn dies im Grunde die einzig effiziente Lösung wäre –, sollten wir bewußt anstreben, die größten Schärfen dieser Bebauung nach und nach abzumildern. Der Zustand der Kriegszerstörung, in dem sich ein großer Teil dieser Bauten befindet, bietet eine hervorragende Gelegenheit, das Aufreizende der preußischen Architektur in Stadt und Land zu mildern.“

Es blieb das Problem, diese Postulate technisch zu verwirklichen, da die Möglichkeit, die vom Autor als preußisch bezeichneten Architekturensembles einfach zu zerstören, nach Rewskis eigenen Worten ausschied. Einzelne Objekte, die in gutem technischem Zustand waren, konnte man mit Bäumen und Sträuchern umbauen, damit die Röte ihrer Ziegelfassaden nicht mehr so ins Auge fiel. Rewski selbst führt hier das Beispiel der Hauptpost von Allenstein in der ul. Pieniężnego an, nach seinen Worten ein abscheulicher Bau. Die größte Aufmerksamkeit verwendet er aber auf die wiederaufzubauenden Objekte. Diese Arbeiten sollten so ausgeführt werden, daß die Möglichkeit eines Wiederaufbaus gemäß dem Charakter der polnischen Moderne geschaffen wurde. Ein gutes Beispiel hierfür sei das Gebäude der Wojewodschaftsverwaltung in Allenstein. Lobenswert ist nach Rewskis Worten die Schleifung des Kopernikusdenkmals in Frauenburg; es sei durch die Häßlichkeit des preußischen Stils gekennzeichnet gewesen. Vorfälle wie der in Elbing, wo der Turmhelm des örtlichen Rathauses durch einen der Problematik unbewußten Bautechniker nach dem Muster des preußischen Vorbilds wiederaufgebaut worden sei, dürften sich nicht wiederholen. Als schweres Problem bezeichnet Rewski die „Deprussifizierung“ der Stadtsilhouetten, „... in denen gewöhnlich einige Turmspitzen und Helme der Kirche oder Rathhaustürme sowie der Wassertürme dominierten“. Hierzu schlägt der Autor vor, einfach von den preußischsten Bauten die Turmspitzen und Helme zu entfernen. In Allenstein empfahl er z.B. die Beseitigung der beiden Spitzen von den Türmen der Garnisonskirche. Dies würde die Beseitigung aggressiver Formen der Stadtsilhouette bedeuten; der mit einem Giebeldach bedeckte Turm würde den Formen der gotischen Kirchen in Gdańsk oder Westpommern ähneln.

1946 erschien in der Zeitung „Wiadomości Mazurskie“ [Masurische Nachrichten] ein Artikel über die Burg in Marienburg, die in Folge der Kampfhandlungen sehr gelitten hatte. Der Autor, von dem wir nur die Initialen J.J. kennen, sieht in dieser Beschädigung ein Symbol der historischen Gerechtigkeit. Er stellt sich die Frage, was mit der Marienburg geschehen solle. Seine Antwort: sicherlich kein Wiederaufbau. Man

solle die Burg nur „... in Ordnung bringen, die Trümmer beseitigen, den Bau vor weiterer Zerstörung sichern, die erforderlichen denkmalpflegerischen Arbeiten durchführen, und ihn dann in diesem Zustand der Nachwelt überlassen. So, daß die Burg auf einer Seite ein Denkmal der gotischen Kunst bleibt, aber auf der anderen Seite eine Erinnerung an die Polen wird, daß sie ein Symbol von Gewalt, Vergewaltigung und Ungerechtigkeit ist, und daß es gut so ist, daß die geschichtliche Nemesis ihr die verdiente Strafe zugemessen hat.“

Diese trübsinnige Beschreibung war glücklicherweise, soweit unsere Region betroffen ist, eine rein theoretische Stellungnahme, und der Aufsatz wurde von der Denkmalschutz-Fachzeitschrift „Ochrona zabytków“ [Denkmalschutz], die sonst alle Reden von Fachtagungen der Denkmalpfleger publizierte, nicht abgedruckt. Zbigniew Rewski verlor seinen Posten genau aus dem Grunde, weil er Denkmäler gerettet hatte. Später hat er, schon als Mitarbeiter des Kulturministeriums, in Mohrungen den Palast der Dohnas davor gerettet, von den örtlichen Behörden abgerissen zu werden, weil diese dort einen Wohnblock errichten wollten.

Die Meinungsäußerungen, die ich hier angeführt habe, sind Ausdruck der damaligen Stimmungen, die ihrerseits Reaktionen auf die erfahrenen Kränkungen waren.

Das Schlüsselargument für die Entscheidung über Wiederaufbau oder Erhaltung eines Objekts war seine Einstufung als „national“ im Gegensatz zu „preußisch“ oder „deutsch“. Wurde ein Objekt oder Ensemble letzterer Gruppe zugeschlagen, bedeutete es, daß es zum Tode verurteilt wurde bzw. man rechtfertigte so, das Bauwerk seinem Schicksal zu überlassen. Diese Haltung war eine Reaktion auf die planmäßige Zerstörung der polnischen Kultur in der Zeit der Besatzung. Vertieft wurde diese Haltung durch die damals herrschende Überzeugung von der historischen Wohlbegründetheit der Argumente, anhand derer die Nachkriegsgrenzen Polens gezogen wurden.

Einer dieser Mythen war die vermeintlich vollständige Zugehörigkeit von Danzig zur deutschen oder „Kreuzritterarchitektur“. Mit solchen Meinungen mußten sich Denkmalpfleger auseinandersetzen, für die der objektive Denkmalwert ein hinreichendes Argument für den Schutz bildete. Es hat die Fachleute einige Mühe gekostet, diese Haltungen zu verändern und dafür zu kämpfen, daß sich die Argumente für die Wiederherstellung der Altstadt von Danzig letztlich durchsetzten. Im Falle von Städten wie Breslau, Oppeln oder Allenstein bediente man sich des Arguments, daß die wiedererrichteten Altstädte an die Piasten-Tradition anknüpfen und so den polnischen Charakter dieser Städte betonen sollten.

Der Wiederaufbau der Bürgerhäuser in der Altstadt von Allenstein ist ein Beispiel dafür, wie diese Idee verwirklicht wurde. Man verzichtete darauf, die vorher existierenden Fassaden aus dem 19. Jahrhundert wiederzuerrichten, weil man sie mit dem deutschen Geist identifizierte und sie außerdem für Beispiele des negativ bewerteten Architekturstils des späten 19. Jahrhunderts hielt. Die neuen Häuser mit barocken Elementen auf den Fassaden sollten an die Zeit vor den polnischen Teilungen erinnern, als das Ermland Teil des Königreichs Polen war. Das hatte zwar mit historischer Treue wenig zu tun, weil man die Häuser beim Wiederaufbau um ein Geschloß aufstockte, aber dieses Vorgehen hatte auch zum Ziel, das Prestige der Stadt zu erhöhen, indem man die historischen Bauten „verbesserte“. Solche Pseudodenkmäler schufen das Bild einer Stadt, die früher so gar nicht existiert hatte.

Die ersten denkmalpflegerischen Aktivitäten in der Region Ermland und Masuren begannen schon in dem Augenblick, in dem Ende März 1945 die erste Mannschaft der polnischen Verwaltung hier eintraf. Leiter der Abteilung für Kultur und Kunst wurde Jan Grabowski. Punkt 5 der Instruktion, die er vom Ministerium für Kultur und Kunst erhalten hatte, sah vor, daß er sich um den Schutz von Kulturgütern auf dem Gebiet der Wojewodschaft Allenstein kümmern sollte. In der ersten Zeit bedeutete diese Aufgabe vor allem, sich einen Überblick über die Kulturgüter zu verschaffen, die noch erhalten und nicht von der Sowjetarmee abtransportiert worden waren, Ad-hoc-Sicherungsarbeiten vorzunehmen und verlassenes denkmalwertes Vermögen zu retten, indem es von seinem Standort abtransportiert und ins Masurische Museum nach Allenstein geschafft wurde. Es wurden auch – häufig erfolgreiche – Versuche unternommen, den Abtransport von Kulturgütern durch die sowjetischen Behörden aufzuhalten. Als ein Beispiel möge die erfolgreiche Intervention gelten, durch die die Bibliothek von Guttstadt gerettet werden konnte; sie war bereits nach Königsberg abtransportiert worden.

1946 veröffentlichte Jan Grabowski in den „Wiadomości Mazurskie“ [Masurische Nachrichten] einen Aufsatz unter dem Titel „Odbudujemy kulturę polską na Warmii i Mazurach“ [Wir bauen die polnische Kultur im Ermland und in Masuren wieder auf]. Darin schildert er die Vorhaben, die seine Abteilung damals finanzierte. Nach Angaben des Autors liefen damals Erhaltungs- und Sicherungsarbeiten an der Kathedrale in Frauenburg, der Pfarrkirche in Wormditt, an Rathaus, Pfarr- und Franziskanerkirche in Wartenburg, der Georgskirche in Rastenburg; die Heiligkreuzkirche in Braunsberg wurde wiederaufgebaut, und es wurden Sicherungsarbeiten an der gotischen Stiftskirche in Guttstadt durchgeführt.

Zu unterstreichen ist hier auch die große Rolle der katholischen Kirche. Daß die Kontinuität der kirchlichen Verwaltung in der ermländischen Diözese aufrechterhalten und das kirchliche Vermögen, soweit möglich, bereits im Frühjahr 1945 geordnet übernommen wurde, machte Plünderungen und die Verwüstung der Gebäude unmöglich. Die Mehrzahl der Kirchen wurde auf diese Weise gerettet.

Schon in den Jahren 1947/48 wurden mit Blick auf eine angemessene Raumordnungspolitik Bebauungspläne erstellt; für die Wojewodschaft Allenstein wurden 44 davon ausgearbeitet.

Um Verwüstungen und Abrissen teilbeschädigter Häuser, darunter auch solchen mit hohem Denkmalwert, vorzubeugen, erließ das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete 1946 ein Rundschreiben über die Sicherung von Objekten mit denkmalwerter Architektur.

Da die früheren Bewohner die Gebiete des Ermlands und Masurens verlassen mußten, führte dies dazu, daß Tausende von Objekten ohne Eigentümer zurückblieben. Tausende von Menschen, die, meist gegen ihren Willen, aus anderen Regionen Polens hierher umgesiedelt wurden, fühlten sich hier vorläufig. Für sie lagen „ihre“ Denkmäler in Zentralpolen oder östlich des Bug. Dies fühlte zu mangelndem Interesse an dem hier vorgefundenen kulturellen Erbe. Auch deshalb wurden Aktivitäten unternommen, um den Wert des vorgefundenen kulturellen Erbes den neuen Nutzern und Bewohnern nahezubringen. Erste Artikel zu diesem Thema verfaßten Jan Grabowski, Kazimierz Reczyński und andere schon 1946. 1953 erschien im Verlag des Instytut Zachodni [Westinstitut] in Posen eine Monographie über Ermland und Masuren.

Der gegenwärtige Landkreis Allenstein hat eine andere Grenzziehung als der Landkreis Allenstein vor 1945. Er weist eine hohe Denkmaldichte auf: erhaltene klein-

städtische und dörfliche Anlagen, städtische und dörfliche Architektur, Paläste und Rittergüter, Parks, technische Denkmäler sowie Friedhöfe. Ins Denkmalregister der Wojewodschaft Ermland und Masuren sind 804 architektonische Objekte und Ensembles, Parks und Friedhöfe eingetragen. Darunter befinden sich 31 Paläste und Rittergüter, 60 Kirchen, über 160 Wegkreuze, 47 Friedhöfe, etwa 300 Wohnhäuser, ein Bahnhof und ein Krankenhaus. Hinzufügen möchte ich, daß allein in der Stadt Allenstein weitere 380 Objekte unter Denkmalschutz stehen. Die Objekte in Stadt und Landkreis Allenstein stellen damit fast ein Fünftel aller denkmalgeschützten Objekte auf dem Gebiet der jetzigen Wojewodschaft, deren Denkmalregister etwa 5.500 Objekte umfaßt. Natürlich ist der Erhaltungszustand der einzelnen Objekte unterschiedlich und mit Sicherheit nicht zufriedenstellend. Aber für uns, die wir uns mit dem Denkmalschutz beschäftigen, ist dieser Befund entschieden zu wenig. Die Veränderungen seit 1989 schienen die Chance für Veränderungen auch auf diesem Gebiet zu verheißen. Der Rückgang des politischen Einflusses auf vielen Lebensgebieten sollte auch Veränderungen beim Denkmalschutz fördern. Gezeigt hat sich, daß sich zwar die Zeiten geändert haben, aber auch die Probleme. Das Hauptargument ist heute nicht mehr der „deutsche“ bzw. der „nationale“ Charakter eines Objekts. Politische Probleme gibt es heute nicht mehr, dafür finanzielle und juristische.

Allerdings möchte ich hier darauf verzichten, die heutige Zeit zu bewerten, denn dies ist immer am schwierigsten.

Zum Schluß meines Vortrags, in dem ich auf einige Fragen zum Thema des Verhältnisses zum kulturellen Erbe des Ermlands und Masurens in den ersten Nachkriegsjahren hingewiesen habe, möchte ich betonen, daß es nicht nur unwiederbringliche Verluste gegeben hat, sondern auch unbezweifelbare Erfolge des Denkmalschutzes. Wir verdanken sie vor allem einer Handvoll von Menschen wie den bereits erwähnten Jan Grabowski und Zbigniew Rewski, dem ersten Denkmalschützer, der für seinen unablässigen Kampf für die Rettung von Kulturgütern von seinem Posten entfernt wurde. Kazimierz Reczyński und Cecylia Vetulani waren ebenfalls Denkmalschützer, Hieronim Skurpski der Gründungsdirektor des Masurischen Museums – und es gibt noch einige andere.

Ich kann nur feststellen, wovon ich überzeugt bin: daß wir den Weg von der Negation zur Akzeptanz der Kulturlandschaft gegangen sind. Für die junge Generation ist hier bereits ihre Heimat, deren vorgefundene kulturelle Hinterlassenschaft angenommen und akzeptiert wird.

\* \* \*

### ***Pomiędzy negacją a akceptacją.***

Rok 1945 jako finał 1939 roku zamknął wielowiekową, tworzoną przez pokolenia historię pewnej części Europy, którą obecnie nazywamy Warmią i Mazurami. Dawni mieszkańcy zostali zmuszeni do opuszczenia zamieszkałej przez nich od pokoleń ziemi, w pośpiechu opuszczali miasta, wsie. Pozostawili otwarte domy, warsztaty pracy, kościoły, cmentarze. Ich miejsce zajęli inni, którzy przybyli tu najczęściej wbrew swej woli, pozostawiając swoją ojcowiznę, miejsca sobie przyjazne, znane. Weszli na ziemię równie piękną, ale sobie obcą, inną, pozbawioną historii. Zmuszeni do opuszczenia tego, co kochali, nienawidzili „nowego”. A nowe kojarzyło się im z poczuciem krzywdy, bólem po utracie bliskich, poniżeniem. O swoim pierwszym zetknięciu się z tymi ziemiami tak pisze Cecylia Vetulani, skierowana do pracy w Olsztynie, późniejszy konserwator zabytków. „... Całą drogę z Jabłonowa do

Olsztyna spędziłam stojąc (...) wpatrywałam się w piękno krajobrazu, wczesnowiosenną, żółtawą zieleń traw, krzewów i drzew (...) niewątpliwie piękno tej północnej krainy witam obojętnie, bez entuzjazmu (...) wyobrażam sobie w zadumie, że duch krzyżactwa unosi się na jeziorami. Sceny z „Krzyżaków” Sienkiewicza, plebiscyt przesuwają się przed oczyma mojej wyobraźni i przenikają nastrojem lodowatego chłodu i niechęci do witanego zakątka”. Słowa te napisała osoba wykształcona, która z pełnym poświęceniem zajęła się ochroną i ratowaniem na tych ziemiach zastanej spuścizny kulturowej, za co też została przez władze pozbawiona stanowiska.

Nowi mieszkańcy zetknęli się z innym krajobrazem kulturowym, który został ukształtowany pod wpływem innej kultury. Place, ulice, domy, kościoły nie miały dla przybyszy przeszłości i nie kojarzyły się z żadnymi osobistymi doświadczeniami, nie mieściły się w tradycji rodzinnej. Tera musieli się wpisać w ten nowy krajobraz, który otaczał ich rzeczami nowymi, innymi, obcymi. Ich domy, kościoły, cmentarze z prochami najbliższych zostały gdzieś indziej, tam pozostały – jak mówili – „nasze zabytki”. Pamięć wojny nie pozwalała im przyjąć tego wszystkiego, co tu zastali. Powstała więc naturalna potrzeba przebywania w oswojonym krajobrazie z czytelnymi znakami kulturowymi. To osvajanie krajobrazu zostało zastosowane w kościołach i kaplicach, cmentarzach, krzyżach przydrożnych, a najczęściej oznaczało burzenie i niszczenie niemieckich pomników, zacieranie śladów niemieckiej przeszłości. Zaczął się długi proces dekulturacji krajobrazu. Rozpoczęło ją wykorzenienie ludzi z ich krajobrazu. Masowe przesiedlenie z ziem wschodnich na zachodnie, z południa na północ. Z krajobrazu własnego w obcy, niezrozumiały, gdzie nawet na kamieniach nagrobnych język nieznany i litery nieznane.

Jak miałby wyglądać ten proces usuwania naleciałości pruskich, ukazuje referat wygłoszony w 1948 roku przez ówczesnego konserwatora zabytków w Olsztynie, Zbigniewa Rewskiego na zjeździe konserwatorskim w Łańcucie i zatytułowany „Zagadnienie odprusaczenia krajobrazu i zabudowy na Ziemiach Odzyskanych a konserwatorstwo”, a opublikowany w tymże roku pod nieco zmienionym tytułem „O odprusaczenie architektury ziem zachodnich” w „Odrze”. Według autora „Na plastyczny charakter obecnej zabudowy miejskiej oraz wiejskiej Ziemi Odzyskanych złożyły się następujące elementy: 1. Zabytkowa architektura monumentalna: kościoły, klasztory, zamki, pałace w granicach czasu od Średniowiecza po wiek XIX, 2. Zabytkowa architektura mieszczańska przeważnie z okresu XV – XIX wiek, 3. Zabudowa czasów pruskich szczególnie agresywna w II połowie XIX wieku i I połowie XX.” Charakteryzując budownictwo określane jako pruskie tenże autor pisze „... Budownictwo pruskie nadużywało przede wszystkim mało wdzięcznego wątku, jaki stanowi surowa cegła. O ile jednak nie jest ona rażąca pod postacią spatynowanej cegły gotyckiej, ręcznej roboty, o barwnej miejscami polewie, to fabryczna cegła prasowana, a jeszcze bardziej ulubiona przez Niemców licówka klinkierowa, wytworzyły w miastach całe płaszczyzny tępej ordynarnej czerwieni lub żółcziny, działające na ludzi choć trochę na barwę wrażliwych jak czerwona płachta na byka. Ulubionym zaś tynkiem pruskim jest obrzydliwie ponury tynk cementowy. Na równie niskim poziomie artystycznym znajdowała się i pruska kompozycja architektoniczna, pozbawiona jasności i prostoty, wycucia proporcji, pretensjonalna i przeładowana szpetną dekoracją...”. Następnie autor przypisuje architekturze pruskiej również cel polityczny pisząc: „... A posiada ta pruska architektura aspekt oraz pretensje inne jeszcze od estetycznych i użytkowych: miała ona na celu przez masowe występowanie sprusaczyć krajobraz miejski i wiejski spornych politycznie, okupowanych terenów kresowych i związać go poprzez swoją jednolitość i potęgę użytej materii z pruską państwowością. (...) Standaryzowana ta budowa miała też za zadanie przytłoczyć architektoniczne zabytki zarówno związane z polskością na



Ziemiach Odzyskanych jak i nawet zabytki pokrzyżackie i warmińskie. Trzeba obiektywnie przyznać, że cel ten do pewnego stopnia został osiągnięty, chociaż w iście barbarzyński sposób.”

Reasumując swoje wywody Zbigniew Rewski proponuje dwojakié podejście do architektury na Ziemiach Odzyskanych, a szczególnie na terenie województwa olsztyńskiego:

„1. Do zabytków architektury, nawet tych, którzy nie wiążą się z polskością, winniśmy mieć stosunek pozytywny po pierwsze dlatego, że posiadają one poważną wartość artystyczną i kulturalną, a po drugie, iż tkwiące w nich obce pierwiastki zdezaktualizowały się pod względem politycznym całkowicie i nie stanowią dla naszej państwowości żadnego niebezpieczeństwa.

2. Natomiast zgoła odmienny stosunek mamy na ogół, choć raczej podświadomie niż świadomie, do zabudowy pruskiej szczególnie z jej szaleńczo schyłkowego okresu drugiej połowy XIX i pierwszej połowy XX wieku. Nie mogąc zniszczyć ani usunąć tej zabudowy, choć teoretycznie byłoby to jedynie skuteczne rozwiązanie, winniśmy świadomie dążyć do stopniowego złagodzenia jej najbardziej jaskrawego ostrza. Stan wojennego zniszczenia znacznej części tego rodzaju zabudowy daje znakomitą sposobność do stuszowania jaskrawizn pruskiej zabudowy miast i wsi.” Pozostał problem technicznego wykonania powyższych postulatów, albowiem nie wchodzi tu w grę, według wymienionego autora, możliwość wyburzenia zespołów architektury określanej jako pruska. Pojedyncze obiekty, zachowane w dobrym stanie technicznym, aby nie raziły czerwienią cegły, można przesłonić drzewami i krzewami – podaje tu przykład gmachu poczty olsztyńskiej na ul. Pieniężnego, według niego obrzydliwego. Najwięcej jednak uwagi proponuje zwracać na obiekty odbudowywane. Prace te powinny być tak wykonywane, aby stworzyć możliwość ich odbudowy w charakterze polskiej architektury nowoczesnej. Dobrym przykładem może tu być gmach Urzędu Wojewódzkiego w Olsztynie. Na pochwałę zasługuje według niego zburzenie pomnika Mikołaja Kopernika we Fromborku, który cechował się szpetotą pruskiego stylu. Nie powinno się dopuszczać do sytuacji, jaka miała miejsce w Elblągu, gdzie hełm wieży miejscowego ratusza został odbudowany zgodnie z pruskim pierwowzorem przez nieświadomego technika budowlanego. Trudnym problemem jest „odprusaczenie” panoramy miast, „...w której dominowało zazwyczaj kilka szpiców i hełmów wieży kościelnych czy ratuszowych oraz wieże ciśnień.” W Olsztynie np. wskazane byłoby usunięcie dwóch szpiców na wieży kościoła garnizonowego. Zabieg ten spowodowałby zlikwidowanie agresywnych form w panoramie miasta, a wieża pokryta brogowym dachem upodobiłaby się do form gotyckich kościołów Gdańska i Pomorza Szczecińskiego.

W 1946 roku w „Wiadomościach Mazurskich” ukazał się artykuł dotyczący zamku w Malborku, który znacznie ucierpiał w wyniku działań wojennych. Autor, podpisany inicjałami J.J., widzi w tym symbol dziejowej sprawiedliwości. Postawione jest również pytanie, co należy z zamkiem w Malborku zrobić. Na pewno nie odbudowywać. Należy tylko „... zamek w Malborku uporządkować, uprzętnąć gruz, zabezpieczyć przed dalszym niszczeniem przeprowadzając niezbędne prace konserwatorskie, a potem pozostawić go w takim stanie potomności. Tak aby z jednej strony stał się pomnikiem sztuki gotyckiej, a z drugiej przypomnieniem dla Polaków, że jest to symbol przemocy, gwałtu, niesprawiedliwości, a przeto dobrze się stało, że Nemezis dziejowa wymierzyła mu zasłużoną karę.”

Ten ponury opis na szczęście okazał się, jeżeli chodzi o nasz region, tylko teoretycznym wystąpieniem, którego nawet nie opublikowało pismo konserwatorów zabytków „Ochrona Zabytków”, dotąd publikujące wszystkie wystąpienia na zjazdach konserwatorów. Natomiast Zbigniew Rewski właśnie za ratowanie zabytków musiał odejść ze swojego stanowiska. Później już jako pracownik Ministerstwa Kultury

uratował pałac Dohnów w Morażu przed rozebraniem przez władze miejscowe, które w tym miejscu chciały postawić blok mieszkalny.

Przytoczone przeze mnie opinie są wyrazem ówczesnych nastrojów będących reakcją na doznane krzywdy.

Decydującym argumentem za odbudową czy zachowaniem danego obiektu było jego określenie „narodowy”, a antonimem określenie „pruskości” czy „niemieckości”. Przypisanie do tej grupy często skazywało dany obiekt czy zespół architektury na zagładę względnie usprawiedliwiała pozostawienie własnego losowi. Postawa ta była reakcją na świadome niszczenie kultury polskiej w czasie okupacji. Pogłębiało ją też panujące ówczesnie przeświadczenie o historycznych racjach, na podstawie których ustalono powojenne granice Polski.

Właśnie takim mitem była owa całkowita „krzyżackość” czy „niemieckość” Gdańska. Z tą opinią musieli się liczyć specjaliści, dla których obiektywna wartość zabytkowa stanowiła dostateczny argument ochrony. Dlatego też trzeba było włożyć wiele wysiłku, aby zmienić te postawy i upowszechnić racje przemawiające za odtworzeniem gdańskiej starówki. W stosunku do takich miast jak Wrocław, Opole i Olsztyn posługiwano się argumentem, że odbudowywane stare dzielnice mają podkreślać polskość tych miast, nawiązywać do tradycji piastowskiej.

Właśnie odbudowa kamienic Starego Miasta w Olsztynie jest przykładem realizacji tej idei. Zrezygnowano z odbudowy istniejących uprzednio fasad z XIX wieku, które identyfikowano z duchem niemieckim; ponadto wiązało się to z negatywną oceną stylów architektonicznych powstałych w 2. połowie XIX wieku. Nowe kamienice o wystroju elewacji z motywami barokowymi miały nawiązywać do czasów przedrozbiorowych, kiedy to Warmia stanowiła część Królestwa Polskiego. Nie miało to nic wspólnego z wiernością historyczną, gdyż odbudowywane domy podwyższano o jedną kondygnację; takie postępowanie miało za zadanie również podniesienie prestiżu miasta poprzez „poprawienie” historycznych budowli. Pseudozabytkowe kamienice tworzyły obraz miasta, który dawniej nie istniał.

Pierwsze działania konserwatorskie na Warmii i Mazurach rozpoczęły się z chwilą przybycia tu w końcu marca 1945 roku pierwszej ekipy administracji polskiej. Na czele Wydziału Kultury i Sztuki stanął Jan Grabowski. Miał on między innymi za zadanie – zgodnie z punktem 5 instrukcji Ministerstwa Kultury i Sztuki – zorganizować ochronę dóbr kultury na terenie województwa olsztyńskiego. W tym pierwszym okresie działalność sprowadzała się najczęściej do prac mających na celu rozpoznanie zachowanych dóbr kultury, a nie wywiezionych jeszcze przez Armię Radziecką oraz do doraźnych prac zabezpieczających i do ratowania opuszczonego zabytkowego mienia ruchomego przez zwózkę z terenu i deponowanie w Muzeum Mazurskim w Olsztynie. Podejmowane były próby, często skuteczne, mające na celu powstrzymanie wywożenia dóbr kultury przez władze radzieckie. Przykładem tu może być skuteczna interwencja, dzięki której udało się uratować bibliotekę dobromiejską, która już była wywieziona do Królewca.

W 1946 roku „Wiadomości Mazurskie” wystąpiły z hasłem „Odbudujemy kulturę polską na Warmii i Mazurach”; tak bowiem zatytułował swój artykuł o odbudowie zabytków, którą finansował Wydział Kultury i Sztuki, Jan Grabowski. W tym roku prowadzone były, jak podaje autor, prace konserwatorskie i zabezpieczające w katedrze we Fromborku, w kościele farnym w Ornece, w ratuszu, kościele parafialnym i u franciszkanów w Barczewie. Poddany jest konserwacji kościół w Krośnie pod Ornetą, kościół Św. Jerzego w Kętrzynie, odbudowuje się kościół Św. Krzyża w Braniewie i przeprowadza roboty zabezpieczające z gotyckiej kolegiacie w Dobrym Mieście.

Należy tu także podkreślić dużą rolę kościoła katolickiego. Utrzymanie ciągłości administracyjnej w diecezji warmińskiej oraz przejmowanie, o ile było to możliwe,

majątku kościelnego już wiosną 1945 roku uniemożliwiło szaber oraz dewastację budynków. Zabezpieczono i ocalono w ten sposób większość kościołów.

Już w latach 1947 – 1948 z myślą o prawidłowej polityce przestrzennej zostały podjęte opracowania planów urbanistycznych. Dla województwa olsztyńskiego wykonano ich 44.

W celu zapobieżenia dewastacjom i rozbiórkom częściowo uszkodzonych domów, w tym i obiektów zabytkowych wysokiej klasy, Ministerstwo Ziem Odzyskanych wydaje w 1946 roku okólnik w sprawie zabezpieczenia obiektów zabytkowej architektury.

Opuszczenie terenów Warmii i Mazur przez dawnych mieszkańców spowodowało, iż tysiące obiektów zabytkowych zostało pozbawionych właścicieli. Dla tysięcy ludzi przesiedlonych tu z innych terenów Polski, najczęściej wbrew ich woli, istniało poczucie tymczasowości. Dla nich „nasze” zabytki były w Polsce centralnej lub za Bugiem. Powodowało to brak zainteresowania zastaną tu spuścizną kulturową. Dlatego też zostały podjęte działania mające na celu przybliżenie wartości zastanego dziedzictwa kulturalnego. Pojawiły się już w 1946 roku pierwsze artykuły pisane przez Jana Grabowskiego, Kazimierza Reczyńskiego i innych. W 1953 roku nakładem Instytutu Zachodniego w Poznaniu ukazała się monografia Warmia i Mazury.

Obecny powiat olsztyński o układzie granic przebiegających inaczej niż przed rokiem 1945 jest obszarem o dużym nasyceniu zabytków, którymi są zachowane układy urbanistyczne miasteczek i ruralistyczne wsi, architektura miast i wsi, pałace i dwory, parki, zabytki techniki oraz cmentarze. Łącznie objętych wpisem do rejestru zabytków województwa warmińsko-mazurskiego jest 804 zespołów i obiektów architektury, parków i cmentarzy. W tym dla przykładu jest w nim 31 pałaców i dworów, 60 kościołów, ponad 160 kapliczek przydrożnych, 47 cmentarzy, około 300 domów mieszkalnych, dworzec kolejowy, szpital. Jeżeli do tego dodam, iż na terenie miasta Olsztyna objętych jest ochroną konserwatorską dalszych 380 obiektów, to stanowi to razem blisko jedną piątą wszystkich obiektów na terenie całego obecnego województwa, w którym łącznie wpisanych do rejestru zabytków jest około 5.500 obiektów. Oczywiście stan zachowania poszczególnych obiektów jest różny, ale na pewno nie satysfakcjonujący. A dla nas, zajmujących się ochroną zabytków to zdecydowanie za mało. Nadzieję na zmiany zdawały się przynosić przemiany po roku 1989. Odpolitycznienie zdawałoby się wielu dziedzin życia gospodarczego i kulturalnego powinno sprzyjać zmianom w dziedzinie ochrony zabytków. Zmieniły się czasy, zmieniły się też i problemy. Dzisiaj argumentem koronnym nie jest już „niemieckość” czy „narodowość” zabytku. Nie ma problemów politycznych, ale są za to finansowe i prawne.

Nie podejmuję się jednak tutaj oceny czasów nam współczesnych, bo to zawsze jest najtrudniejsze.

Kończąc swoje wystąpienie, w którym zasygnalizowałem zagadnienia dotyczące stosunku do spuścizny kulturowej Warmii i Mazur w pierwszych kilku latach powojennych, muszę odkreślić, że obok niepowetowanych strat miały miejsce znaczące dokonania konserwatorskie. Osiągnięcia w dużej mierze zawdzięczamy garstce ludzi takich jak wymieniony już Jan Grabowski i Zbigniew Rewski – pierwszy konserwator zabytków usunięty z pracy za nieustępliwą walką mającą na celu ratowanie dóbr kultury, Kazimierz Reczyński, Cecylia Vetulani – również konserwatorzy zabytków, Hieronim Skurpski, pierwszy dyrektor Muzeum Mazurskiego oraz kilku innych.

Mogę jedynie stwierdzić, o czym jestem przekonany, że przeszliśmy drogę od negacji do akceptacji krajobrazu kulturowego, a dla młodego pokolenia jest to nasza mała ojczyzna, w której zastana spuścizna kulturowa jest przyjęta i zaakceptowana.

# Paulina Żukowska

Büro des Stadtkonservators  
Biuro Miejskiego Konserwatora Zabytków

## *Das architektonische Erbe von Allenstein und die Probleme seines Schutzes*

Architektur- und Baudenkmäler sind als Teile des im weiteren Sinne verstandenen kulturellen Erbes einer der wichtigsten Faktoren, die nationale, regionale und lokale Identität gestalten. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, sie zu erhalten.

Diese offenkundige Tatsache findet in der offiziellen Kulturpolitik des polnischen Staates ihre Widerspiegelung. Zu den verfassungsmäßigen Pflichten des Staates gehört auch der Schutz materieller und immaterieller Kulturgüter.

Die Rechtsgrundlage für den aktiven Denkmalschutz bildet das Gesetz über den Schutz und die Bewahrung von Denkmälern, das im letzten Jahr nach über vierzig Jahren das vorherige Gesetz zu diesem Thema ersetzt hat. Das Gesetz bestimmt „...Gegenstand, Umfang und Formen des Schutzes und der Bewahrung von Denkmälern, die Grundsätze zur Schaffung eines landesweiten Denkmalschutzprogramms für Schutz und Bewahrung von Denkmälern und die Finanzierung von konservatorischen, Restaurierungs- und Bauarbeiten an Denkmälern sowie die Organisation der Denkmalschutzbehörden.“

Nach dem Gesetz ist der Eigentümer eines Denkmals verpflichtet, Bedingungen für die Sicherung und Erhaltung des Denkmals im bestmöglichen Zustand zu schaffen. Dasselbe gilt für die Pflicht, das Denkmal wissenschaftlich zu untersuchen und zu dokumentieren. Die Dienststellen der staatlichen Verwaltung sind ihrerseits verpflichtet, rechtliche, organisatorische und finanzielle Bedingungen dafür zu schaffen, daß die dauerhafte Erhaltung der Denkmäler, ihre Nutzung und Instandhaltung gesichert sind.

Für den Denkmalschutz sind zuständig: der Minister für Kultur und Schutz des nationalen Erbes; in seinem Namen üben die Oberste Denkmalschutzbehörde und die Wojewoden ihre Aufgaben und Kompetenzen aus. Sie wiederum delegieren die Kontrolle über Einhaltung und Anwendung des Denkmalschutzgesetzes an den Leitenden Denkmalschützer der Wojewodschaft und das diesem unterstehende Wojewodschaftsamt für Denkmalschutz.

Für das Gebiet der Stadt Allenstein hat der Wojewode, entsprechend der Praxis in vielen anderen polnischen Städten, seine Kompetenzen an den Allensteiner Stadt-



Die Referentin stellte im Rahmen eines Lichtbildervortrages einige der historischen Denkmalschutzobjekte Allensteins vor.



präsidenten delegiert, und in dessen Namen ist der Direktor des Büros des Stadtkonservators tätig.

Es sollte jedoch erwähnt werden, daß die jüngste Reform der kommunalen Selbstverwaltung auch zur Folge hatte, daß zu den Eigenaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung nun insbesondere auch Aktivitäten zum Schutz und zur Bewahrung von Denkmälern gezählt werden.

Gegenwärtig sind in den Verwaltungsgrenzen der Stadt Allenstein über 420 Architekturdenkmäler eingetragen. Für 386 davon liegt ein individueller Bescheid über ihre Eintragung ins Denkmalregister vor. Die verbleibenden 42 denkmalgeschützten Gebäude gehören zu 4 städtebaulichen Gesamtkomplexen, die im Denkmalregister als Flächenbaudenkmäler eingetragen sind. Im Register der denkmalgeschützten Immobilien Allensteins finden sich auch Friedhöfe und Parkanlagen.

Es liegt auf der Hand, daß die gegenwärtige Struktur des Denkmalbestands in Allenstein durch die historische Entwicklung der Stadt bedingt ist. Allenstein wurde im 14. Jahrhundert (Stadtgründungsprivileg vom 31. Oktober 1353) als Stadt des ermländischen Domkapitels gegründet. Dieses hatte zuvor vom ermländischen Bischof den südlichen Teil des Ermlandes übertragen bekommen und wollte in Allenstein ein Verwaltungs- und Verteidigungszentrum errichten, um auf dem erworbenen Territorium eine intensive Siedlungs- und Landesausbautätigkeit zu beginnen.

Die Stadt, die auf einem Grundriß in Form einer langgezogenen Ellipse angelegt wurde, knüpft in ihrer planerischen Konzeption an die typischen Stadtanlagen der damaligen Zeit an. Wie jene verfügt sie über zwei Hauptstraßen in nordsüdlicher Richtung sowie einen zentral gelegenen rechteckigen Markt.

Von der wichtigen Funktion, die Allenstein zugedacht war, zeugen die vom Moment seiner Gründung an durchgeführten baulichen Investitionen. Vor allem wurde schon ab Mitte des 14. Jahrhunderts, allerdings außerhalb des eigentlichen Stadtgebietes, die Burg des Domkapitels errichtet. Weiter zu nennen sind die Pfarrkirche St. Jakob, das Altstädter Rathaus auf dem Marktplatz und eine Stadtmauer mit Wehrtürmen und zwei Stadttoren, die den Zugang zur Stadt von Norden und Süden gewährten. Nach dem dreizehnjährigen Krieg wurde 1466 durch den Friedensvertrag der gesamte Westteil Preußens gemeinsam mit dem Ermland und Allenstein Teil des polnischen Staates. In den folgenden Jahrhunderten zeichnete sich lediglich das sechzehnte durch eine Phase relativer Stabilität und eines gewissen Wohlstandes aus. Aber schon Ende des 16. Jahrhunderts verlor die Stadt, die in der Zwischenzeit abwechselnd von Seuchen, Kriegen, Feuersbrünsten und Hungersnöten heimgesucht worden war, an administrativer, wirtschaftlicher und kommerzieller Bedeutung. 1772 kam Allenstein als Folge der Ersten Polnischen Teilung an das Königreich Preußen.

Erst im 19. Jahrhundert begann sich die wirtschaftliche und ökonomische Situation der Stadt zu verändern. Zunächst wurde Allenstein 1818 zur Kreisstadt erhoben; aber die dynamischste Phase der Stadtentwicklung (die selbst die Zeitgenossen verwunderte) begann erst, nachdem am 26. November 1872 der erste Zug den Bahnhof von Allenstein erreicht hatte. Daß auf Initiative der damaligen örtlichen Behörden genau hier ein Verkehrsknotenpunkt auf der Bahnstrecke von Thorn nach Insterburg angelegt wurde, war von enormer Bedeutung für das weitere Schicksal der Stadt. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in Allenstein nicht mehr als 5.000



Bewohner; zu Beginn des 20. Jahrhunderts –Allenstein war inzwischen Sitz eines Regierungspräsidenten geworden – betrug die Einwohnerzahl 27.000, und 1911 lag sie bereits bei 33.000.

Als Folge dieser Entwicklung nahm auch die Bautätigkeit in der Stadt zu. Die Bahnhöfe, die in einiger Entfernung vom historischen Stadtzentrum angelegt worden waren, gaben die Richtungen der räumlichen Stadtentwicklung vor.

Schon Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Wohnungsbau ungewöhnlich intensiv; es wurden Kirchen, öffentliche Gebäude und Kasernen errichtet, denn Allenstein war auch Garnisonsstadt geworden. Der für das späte 19. und beginnende 20. Jahrhundert in der Architektur kennzeichnende stilistische Eklektizismus zeigte sich auch in Allenstein in einer Vielzahl von Formen und Stilen. Die Architekten schöpften aus dem umfangreichen Formenrepertoire fast der gesamten Architekturgeschichte und realisierten Gebäude in neoromanischem, neugotischem Stil, in Neurenaissance und neobarockem Stil, sofern sie nicht einfache Lösungen aus der traditionellen Bauweise der Dörfer übernahmen. Auch architektonische Neuheiten infolge der künstlerischen Revolution der Jahrhundertwende gelangten nach Allenstein; sie zeigten sich in ungemein interessanten Beispielen des Jugendstils und des Modernismus.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs brachte diese Entwicklung zum Stehen. Erst in der Zwischenkriegszeit nahm die Bautätigkeit wieder zu. Als Antwort auf das weiterhin anwachsende Bedürfnis vor allem nach Wohnungen wurden hauptsächlich Wohnsiedlungen errichtet. Diese bestanden aus ein- bis zweigeschossigen Häusern in freistehender oder Reihenbauweise oder aus Stadtvillen. Am weitesten verbreitet waren Siedlungen, die ihre Entstehung aus der modernen funktionalistischen Architektur, dem Bauhaus oder der Gartenstadtidee herleiteten.

Paradoxerweise erlitt Allenstein während des Zweiten Weltkriegs kaum Schäden, dafür aber desto größere direkt nach seinem Ende. Die „Befreiung“ der Stadt durch russische Truppen führte dazu, daß von den 2.640 Gebäuden, die die Stadt damals zählte, 1040 bei Flächenbränden zerstört wurden, die sich im Februar 1945 durch die Stadt zogen.

Der Überblick über die historische Entwicklung von Architektur und Bauwesen in Allenstein, den ich hier in allergrößter Kürze gegeben habe, zeigt, daß die zahlreichste Gruppe unter den heutigen Baudenkmalern Gebäude vom Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts sowie aus der Zwischenkriegszeit ausmachen. Diese Bebauung ist relativ „jung“ und erfüllt für das öffentliche Bewußtsein nicht immer die Bestimmungen eines Baudenkmals. Vor allem gilt dies für die Wohnbauten, namentlich die Objekte, die in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden sind.

Der Bericht über den Zustand des Denkmalbestandes vom April 2004 zeigt, daß von dem gesamten Bestand nur 54 Objekte in gutem Erhaltungszustand sind und deshalb keinerlei Ausbesserungsarbeiten erfordern. Der Erhaltungszustand der übrigen Objekte wurde als schlecht in dem Sinne beschrieben, daß er das Eingreifen des Denkmalschutzes oder Bauarbeiten erfordert – meistens jedoch beides. 13 Gebäude wurden als von unmittelbarem Verfall bedroht beschrieben oder sogar als in so schlechtem Zustand, daß ihre Zerstörung kaum noch abzuwenden ist, wenn nicht sofort Rettungsarbeiten vorgenommen werden.

Neben den bereits in das Denkmalregister eingetragenen Objekten gibt es in der Stadt noch etwa 1.500 Gebäude, deren denkmalpflegerischer, künstlerischer oder historischer Wert es rechtfertigen, sie unter den Schutz des Gesetzes zu stellen, indem sie in das beim Präsidenten (Oberbürgermeister) der Stadt Allenstein geführte Denkmalregister eingetragen werden. Auch hier wird der Zustand der Bauten allgemein als schlecht beschrieben, so daß Sanierungsarbeiten fast an jedem Gebäude erforderlich sind.

Das Grundproblem sind Vernachlässigungen der Bausubstanz, weil erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen teilweise jahrzehntelang unterlassen worden sind. Dies führt jetzt dazu, daß erheblicher finanzieller Aufwand für manchmal ausgesprochen komplizierte Restaurierungsarbeiten erforderlich ist. Überall anzutreffen ist der Ersatz verschlissener Ausstattungselemente der Gebäude (z.B. Tür- und Fensterrahmen) durch neue, in Material, Konstruktion und Technologie ahistorische Lösungen; hierdurch werden die Werte, die über die Erhaltungswürdigkeit eines Gebäudes im Sinne des Denkmalschutzes entscheiden, nachteilig beeinflusst. Ein großes Problem ist auch, daß die Gebäude an neue Funktionen angepaßt werden, die den Denkmalwert des Gebäudes nicht respektieren (z.B. die verbreitete Umgestaltung von Fassaden, weil Wohnungen zu Dienstleistungs- und Geschäftsräumen umgebaut werden und bei dieser Gelegenheit Tür- und Fensteröffnungen verändert und Schaufenster eingerichtet werden, die mit dem individuellen Charakter der Fassade nicht harmonieren usw.). Geradezu katastrophal vom denkmalpflegerischen Standpunkt ist die unkontrollierte Durchführung von Bauarbeiten, die zu nicht mehr rückholbaren Veränderungen am Gebäude führen, ohne daß zuvor der historische Zustand dokumentiert wird (Abschlagen von Putz und Fassadenschmuck, Beseitigung von Farbschichten der Ausstattung oder sogar ganzer Elemente).

Was ist der faktische Grund dieses Sachstandes? Das kulturelle Erbe, zu dem auch die Baudenkmäler gehören, ist ein öffentliches Gut; sein Schutz sollte sich also aus dem Interesse der Öffentlichkeit ergeben.

An diesem öffentlichen Bewußtsein von der Schutzbedürftigkeit der Baudenkmäler fehlt es jedoch am allermeisten. Wenn man institutionelle Unzulänglichkeiten und das bei weitem nicht perfekte System der Finanzierung von Aktivitäten auf dem Gebiet des Denkmalschutzes beiseite läßt, ist die grundlegende Bedingung dafür, daß man meßbare Auswirkungen auf diesem Felde erzielen kann, die gesellschaftliche Akzeptanz des Denkmalschutzes. Aus der täglichen Arbeit als Denkmalschutzbeamtin kann ich Ihnen berichten, daß die Einholung der gesetzlich vorgeschriebenen Einwilligungen und Abstimmungen im Rahmen des Verwaltungsverfahrens um den Erhalt einer Baugenehmigung durch die Eigentümer aber von diesen fast immer als „Problem“ wahrgenommen wird.

Das fehlende Verständnis ergibt sich am häufigsten aus Unwissen. Daher ist es eine vorrangige Aufgabe sowohl der Behörden, als auch des Berufsstands der Denkmalpfleger (Beamten, Historiker, Technologen), die Gesellschaft zu erziehen und weiterzubilden, und darüber hinaus die Einführung wirksamer Kommunikationsmethoden für das eigene Anliegen. Schon in den unteren Schulklassen sollte damit begonnen werden, ein Bewußtsein für die Notwendigkeit des Schutzes des lokalen Erbes zu wecken, indem dessen Bedeutung bewusst gemacht wird. Gegenwärtig fehlt im Lehrplan der Grund- und Mittelschulen jeder Bezug auf Wissen über Denkmäler und ihren Schutz; genauer, wenn solche Elemente vorkommen, dann in geringem Umfang und vor allem mit Blick auf das Weltkulturerbe, während das lokale Erbe über-

gangen wird. Gerade in einer Stadt mit einer so komplizierten Geschichte wie Allenstein führt dies dazu, daß der Bürger so gut wie isoliert von der ihn umgebenden kulturellen Umgebung aufwächst; hierdurch kann er auch keine Hochachtung für deren materielle Bestandteile aufbringen. Eine Popularisierung des Wissens über die Denkmäler und die Notwendigkeit, sie zu schützen, erlaubt es, eine Gemeinschaft zu erziehen, die sich der Bedeutung und der Werte bewußt ist, die die sie umgebende historische Umgebung birgt, und die bestrebt sein wird, diese Umgebung für nachkommende Generationen zu erhalten.

Ein wichtiges Thema der gesellschaftlichen Bewußtseinsbildung sollte auch die Verbreitung von Wissen über historische Bautechniken, konstruktive, technologische und materialbezogene Lösungen sein. Besonders dringlich ist diese Forderung unter den Bedingungen eines beschleunigten Wirtschaftswachstums. Allein im vergangenen Jahr (2003) hat der Stadtkonservator zu annähernd 150 Renovierungsvorhaben an denkmalgeschützten Objekten Stellungnahmen und Bescheide erteilt. Es ist damit zu rechnen, daß die Aktivität der Investoren weiter zunehmen wird; dies gilt auch angesichts des Auftauchens neuer Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen in denkmalgeschützte Objekte in Gestalt der europäischen Strukturmittel. Umso dringlicher ist es auch, Fortbildungen für Bauhandwerker durchzuführen, die an denkmalgeschützten Objekten arbeiten, und bewährte und wirkungsvolle Konservierungsmethoden, die sich auf spezialisierte Untersuchungen stützen, weiter zu verbreiten. Besonders was dieses letztgenannte Gebiet, die wissenschaftliche Erforschung von Baudenkmalern, angeht, ist es besonders wichtig, eine entsprechende Einstellung der Gesellschaft herbeizuführen. Denn nur die korrekte Erkennung von Funktion und Geschichte des Objekts, die Feststellung der zu seiner Herstellung verwendeten Materialien und der angewandten Technologien – beides Arbeiten, die speziell vorgebildeten Personals bedürfen – ermöglicht es, das angemessene Programm der konservatorischen Arbeiten als Ausgangspunkt für Reparatur- oder Bauarbeiten festzulegen, die den Denkmalwert des Objekts nicht beschädigen.

Es ist auch wichtig, sich klarzumachen, daß die Problematik, ein gesellschaftliches Bewußtsein für die Bedeutung des Schutzes des architektonischen Kulturerbes zu wecken, teilweise auch damit zu tun hat, was für ein Objekt zum Denkmal erklärt wird. Bewegliche Objekte, die meist in Museen gesammelt werden, bekommen Denkmalwert, sobald sie nicht mehr gemäß ihrer ursprünglichen Funktion genutzt werden, die ihnen vom Hersteller zugeordnet war. Möbel, Bilder, Bücher, Geschirr, Werkzeug, all dies wird zum Museumsobjekt, das nur noch zur Ausstellung bestimmt ist. Solche Gegenstände werden vom Publikum in den Räumlichkeiten von Ausstellungssälen oder an sonstigen Orten bewundert, die im Rahmen ihrer Funktion als Stätte der Kultur oder Kunst von der Gesellschaft ein bestimmtes Verhalten verlangen, nämlich Ehrfurcht und Hochachtung. Das Bedürfnis, solche Gegenstände zu schützen, ist unwidersprochen und im allgemeinen Bewußtsein vollkommen abgesichert.

Genau umgekehrt ist es im Falle von architektonischen Denkmälern. Ihr Erhalt ist nur möglich, wenn sie ständig genutzt werden, und wenn man sie dieser Funktion beraubt, tritt rasch ihr fortschreitender und irgendwann nicht mehr rückgängig zu machender Verfall ein. Natürlich sollten Umbauten stets unter Achtung der historischen Werte von Gebäuden vorgenommen werden, damit ihre heutige Funktion den Denkmalcharakter des Gebäudes nicht beeinträchtigt.

Darüber hinaus sind Architekturdenkmäler ein integraler Bestandteil des Raumes, der den Menschen direkt umgibt, und dadurch gehören sie zum Alltag. Der überwiegende Teil des architektonischen Erbes von Allenstein besteht aus Wohnbauten, die im vergangenen Jahrhundert entstanden sind. Sie werden im öffentlichen Bewußtsein vor allem als Wohnraum wahrgenommen und sollen von daher entsprechenden modernen Komfortstandards genügen. Daher wird das Bedürfnis, die denkmalpflegerischen Werte dieser Objekte zu erhalten, im Handeln der Nutzer immer wieder in den Hintergrund gedrängt, wenn es überhaupt je entstanden ist.

Eine der Aufgaben der im Denkmalschutzgesetz genannten Behörden ist es, die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Bedingungen dafür zu schaffen, daß die dauerhafte Erhaltung, die Nutzung und Instandhaltung der Denkmäler möglich wird. Besonders wichtig ist hier der Aufbau von Kooperationsebenen zwischen verschiedenen Sektoren und Branchen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, um zufriedenstellende Wirkungen zu erzielen.

Ein erfolgreicher Versuch, eine solche Herangehensweise an das Problem des Schutzes des kulturellen Erbes ins Leben zu rufen, fand von 1997 bis 2000 in Allenstein statt. Das Pilotprojekt unter dem Titel „Hallander Modell der Erhaltung von Denkmälern“ wurde auf Grundlage von Erfahrungen aus dem Bezirk Halland in Schweden realisiert und auch durch schwedische Behörden finanziell unterstützt. Die Leitidee des Projekts war das Zusammenwirken verschiedener Sektoren – Kultur, Architektur, Beschäftigungspolitik – zugunsten des Denkmalschutzes. Diese Sektoren arbeiten ihrer Natur nach eng mit der lokalen Öffentlichkeit zusammen. Zu den Hauptzielen des Programms gehört die Erhaltung und Aufwertung von Denkmälern, die Rettung des traditionellen Handwerks davor, in Vergessenheit zu geraten, und die Schaffung neuer Möglichkeiten, um Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. Im Rahmen des Projekts wurden Arbeitslose, darunter auch Absolventen von Berufsschulen, auf Schulungen mit traditionellen Bautechniken vertraut gemacht, und anschließend waren sie im Rahmen von Praktika bei der Erhaltung konkreter denkmalgeschützter Objekte tätig. Die Kursteilnehmer konnten Zusatzqualifikationen u.a. in folgenden Fächern erwerben: allgemeine Bautätigkeit, Stukkateur – Vergolder, Ofensetzer und Glasierer, Klempner und Dachdecker, Tischler und Stellmacher. Auf diese Weise werden Arbeitslose Beschäftigung finden, die Handwerkskunst gerät nicht in Vergessenheit, Gebäude mit Denkmalwert werden restauriert, und mit ihrer neuen Funktion entstehen neue Arbeitsplätze. Das integrierte Zusammenwirken der verschiedenen Sektoren hat nicht nur zur Entwicklung der Region beigetragen, sondern vor allem hat es dabei mitgewirkt, das kulturelle Erbe als wesentlichen Faktor dieser Entwicklung wahrzunehmen. Die Realisierung des Projekts hat dazu geführt, daß im Handwerk Personal herangebildet wurde, das im Umgang mit denkmalgeschützter Bausubstanz erfahren ist. Dies ist vor dem Hintergrund der bereits erwähnten wahrscheinlichen Investitionen in denkmalgeschützte Objekte mit Hilfe von EU-Strukturmitteln in seiner Bedeutung gar nicht zu unterschätzen. Das vielleicht wichtigste Ergebnis des Projekts aber war, daß allen Beteiligten bewußt wurde, daß man Baudenkmäler umbauen und gleichzeitig ihren historischen Wert ungeschmälert erhalten kann.

Im Rahmen des Modells wurden zwei denkmalgeschützte Gebäude restauriert: eine Fabrikantenvilla von 1905, in der gegenwärtig das Naturkundliche Museum (eine der Zweigstellen des Masurisch-Ermländischen Museums) untergebracht ist, sowie ein Wohnhaus vom Ende des 19. Jahrhunderts an der ul. Królowej Jadwigi 8, das heute als Bibliothek und Informationszentrum über die EU fungiert. Beide waren in kata-

strophalem Erhaltungszustand, und ohne die Möglichkeiten, die das Hallander Modell des Erhalts von Denkmälern geboten hat, würden sie heute wahrscheinlich schon nicht mehr stehen.

Die Erfahrungen, die bei der Realisierung dieses Projekts gewonnen wurden, finden weiterhin bei der Renovierung von denkmalgeschützten Objekten in Allenstein Anwendung. Mit Hilfe von Arbeitslosen, die selbstverständlich durch qualifizierte Konservatoren und Bautechniker fachlich angeleitet werden, werden gegenwärtig systematisch Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten am Allensteiner Schloß durchgeführt.

Bei einer Stadt mit einer so komplizierten Geschichte wie Allenstein kann man natürlich nicht an der Frage vorbeigehen, welches Verhältnis die Einwohner der Stadt zu einer Hinterlassenschaft haben, die formal gesehen nicht die ihrer Vorfahren ist. Diese Frage wurde seit der unmittelbaren Nachkriegszeit immer wieder aufgeworfen und in ihrer ganzen Komplexität diskutiert. Und obwohl dies wirklich ein brennendes Problem war, das die ganze Region und letztlich die gesamten sogenannten wiedergewonnenen Gebiete betrifft, denke ich, daß die wachsende zeitliche Distanz allmählich auch die Haltung der Öffentlichkeit in dieser Frage verändern wird. Jede Gemeinschaft braucht Wurzeln. Das innere Bedürfnis des Menschen, sich mit dem eigenen Wohnort zu identifizieren, stellt eine gute Grundlage dafür dar, der Umwelt mit mehr Achtung gegenüberzutreten. Die Generation, die in Allenstein geboren und aufgewachsen ist, behandelt diese Stadt als ihre eigene „Heimat“, ihr „kleines Vaterland“, wie wir im Polnischen sagen. Je mehr man ein emotionales Verhältnis zu der Region entwickelt, in der man wohnt, lernt und arbeitet, ist man auch bestrebt, ihre Vergangenheit bereits ohne historische Vorurteile und Kränkungsgefühle kennenzulernen. Kulturgüter sollten in diesem Zusammenhang als Werk menschlicher Hände ohne Rücksicht auf die Nationalität ihrer Erbauer betrachtet werden, als Ausdruck von Gedanken, Bedürfnissen und Gefühlen der Menschen vergangener Epochen.

Auf dieser Grundlage kann vielleicht schon bald ein wirksamer Schutz der historischen Landschaft entstehen. Er könnte sich gründen auf die Einsicht, daß die kulturelle Vielfalt, die die wesentliche Hinterlassenschaft dieses Landes ist, gerade ihren Wert und ihre Attraktivität bestimmt, und daß sie damit ein Faktor ist, der zu einer ausgeglichenen und nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beiträgt.

\* \* \*

### ***Dziedzictwo architektoniczne Olsztyna i problematyka jego ochrony***

Zabytki architektury i budownictwa jako część szeroko rozumianego dziedzictwa kulturowego są jednym z ważniejszych czynników kształtujących tożsamość narodową, regionalną, lokalną, stąd konieczność tworzenia warunków dla ich zachowania.

Ten oczywisty fakt znajduje odzwierciedlenie w oficjalnej polityce kulturalnej państwa polskiego, do którego konstytucyjnych obowiązków należy ochrona zarówno materialnych jak i niematerialnych dóbr kultury.

Prawną podstawę dla aktywnej ochrony zabytków stanowi ustawa o ochronie zabytków i opiece nad zabytkami, która w zeszłym roku zastąpiła po przeszło czterdziestu latach poprzedni akt prawny w tej dziedzinie. Określa ona „...przedmiot, zakres i formy ochrony zabytków oraz opieki nad nimi, zasady tworzenia krajowego



programu ochrony zabytków i opieki nad zabytkami oraz finansowania prac konserwatorskich, restauratorskich i robót budowlanych przy zabytkach, a także organizację organów ochrony zabytków".

Według ustawy obowiązek stworzenia warunków dla zabezpieczenia i utrzymania zabytku w jak najlepszym stanie oraz jego naukowego badania i dokumentowania spoczywa na właścicielu. Do zadań organów administracji publicznej natomiast należy m.in. zapewnienie warunków prawnych, organizacyjnych i finansowych umożliwiających trwale zachowanie zabytków oraz ich zagospodarowanie i utrzymanie.

Organami ochrony zabytków są: Minister Kultury i Ochrony Dziedzictwa Narodowego, w imieniu którego zadania i kompetencje w tym zakresie wykonuje Generalny Konserwator Zabytków oraz wojewoda, w imieniu którego kontrolę nad przestrzeganiem i stosowaniem przepisów ustawy sprawuje wojewódzki konserwator zabytków oraz podległy mu wojewódzki urząd ochrony zabytków.

Na terenie Olsztyna, podobnie jak w wielu innych miastach Polski, kompetencje w zakresie wynikającym z ustawy zostały przekazane przez Wojewodę Prezydentowi Miasta Olsztyn, w imieniu którego działa Dyrektor Biura Miejskiego Konserwatora Zabytków.

Należy jednak nadmienić, że skutkiem ostatniej nowelizacji ustawy o samorządzie gminnym wśród zadań własnych samorządu z zakresu kultury wyszczególnione zostały również działania obejmujące ochronę zabytków i opiekę nad zabytkami.

Aktualnie w granicach administracyjnych Olsztyna zlokalizowanych jest ponad 420 zabytków architektury, z czego 386 posiada indywidualną decyzję o wpisie do rejestru. Pozostałe to 42 zabytkowe budynki składające się na 4 założenia urbanistyczne ujęte w rejestrze jako zabytkowe zespoły. Ponadto w rejestrze zabytków nieruchomości Olsztyna znalazły się również cmentarze oraz założenia parkowe.

Obecna struktura zabytkowej tkanki Olsztyna uwarunkowana jest oczywiście historycznym rozwojem miasta. Lokowane w XIV w. (przywilej lokacyjny z dnia 31 października 1353 r.) jako miasto kapituły warmińskiej, która otrzymując od biskupa warmińskiego południową część Warmii zamierzała utworzyć w Olsztynie ośrodek administracyjny i obronny, aby prowadzić na tych terenach intensywną akcję osadniczą.

Miasto założone na rzucie wydłużonej elipsy swoim rozplanowaniem nawiązuje do typowych współczesnych miejskich układów urbanistycznych, z dwoma głównymi arteriami wyznaczającymi kierunek północ-południe oraz centralnym prostokątnym rynkiem.

O ważkiej funkcji, jaką przeznaczono dla Olsztyna świadczą, prowadzone od momentu jego założenia, inwestycje budowlane. Przede wszystkim zamek kapitulny wznoszony już od połowy XIV w., ulokowany poza obszarem miejskim, fara św. Jakuba, ratusz staromiejski na placu rynkowym i ciąg murów obronnych z basztami i dwiema bramami miejskimi otwierającymi miasto od południa i północy.

Po wojnie trzynastoletniej (1466 r.) na mocy traktatu pokojowego cała zachodnia część Prus, wraz z Warmią i Olsztynem, stały się częścią państwa polskiego. W ciągu następnych kilku stuleci jedynie wiek XVI był okresem względnego spokoju i dobrobytu. Jednak już od końca tego wieku miasto, dręczone na przemian zarazami,

wojnami, pożarami i głodem, straciło na znaczeniu jako ośrodek administracyjny, gospodarczy oraz handlowy. W 1772 r. skutkiem działań mocarstw rozbiorowych Olsztyn znalazł się w Królestwie Pruskim.

Sytuacja ekonomiczna i gospodarcza miasta zaczęła zmieniać się dopiero w XIX w. Najpierw w 1818 r. Olsztyn został stolicą powiatu, ale najbardziej dynamiczny rozwój miasta, na skalę, która zadziwiała nawet współczesnych, rozpoczął się w momencie pojawienia się na dworcu w Olsztynie pierwszego pociągu 26 listopada 1872 r. Lokalizacja w mieście węzła komunikacyjnego na trasie Toruń - Wystruć, staraniem ówczesnych władz miejskich, miała ogromne znaczenia dla jego dalszych losów. Jeszcze w połowie XIX w. liczba mieszkańców wynosiła nie więcej niż 5000, a już na początku następnego stulecia, gdy Olsztyn awansował na stolicę rejencji (1905), liczba ta wzrosła do 27000. Sześć lat później miasto zamieszkiwało 33000 osób. Skutkiem tych wydarzeń było również wzmoczenie ruchu budowlanego w mieście. Dworce kolejowe, usytuowane w znacznej odległości od starego miasta, wyznaczyły kierunki rozwoju przestrzennego Olsztyna.

Już od końca XIX w. z niezwykłą intensywnością rozwijało się budownictwo mieszkalne, wznoszono kościoły, gmachy użyteczności publicznej oraz zespoły koszarowe, jako że Olsztyn był też miastem garnizonowym. Eklektyzm charakterystyczny dla XIX i początku XX w. pojawił się w ówczesnej olsztyńskiej architekturze poprzez mnogość form i stylów. Czerpiąc z bogatego repertuaru rozwiązań stosowanych niemalże na przestrzeni całej historii architektury, realizowano budynki w stylach neoromańskim, neogotyckim, neorenesansowym, neobarokowym lub zapożyczając proste rozwiązania z tradycyjnego budownictwa wiejskiego. Dotarły też do Olsztyna nowinki artystyczne rewolucyjnego przełomu wieków, owocując niezwykle interesującymi przykładami architektury secesyjnej, a potem modernistycznej.

Rozwój ten zatrzymał wybuch pierwszej wojny światowej. W dwudziestoleciu międzywojennym ruch budowlany ponownie się wzmógł. W odpowiedzi na wciąż wzrastające zapotrzebowanie, przede wszystkim na budownictwo mieszkalne, realizowane były głównie osiedla mieszkaniowe, na które składały się 1-2 kondygnacyjne domy wolnostojące lub w zabudowie szeregowej oraz typu willowego. Najbardziej rozpowszechnionym rozwiązaniem urbanistycznym były osiedla wywodzące swą genezę z nowoczesnej funkcjonalistycznej architektury, wyrosłej z BAUHAUSU oraz koncepcji miasta ogrodu.

Paradoksalnie Olsztyn nie doznał strat w czasie II wojny światowej, ale bezpośrednio po jej zakończeniu. Wskutek działań "wyzwoleńczych" prowadzonych przez wojska rosyjskie, na ogólną liczbę 2640 budynków istniejących wówczas w mieście, aż 1040 spłonęło w pożarach, jakie przetoczyły się przez miasto w lutym 1945 r. Zarysowany przeze mnie w największym skrócie rozwój historyczny architektury i budownictwa w Olsztynie pokazuje, że najliczniejszą grupę obecnych obiektów zabytkowych tworzą budynki powstałe pod koniec XIX i na początku XX wieku oraz w dwudziestoleciu międzywojennym. Jest to budownictwo stosunkowo "młode", nie zawsze tożsame w świadomości społecznej z pojęciem zabytku. Dotyczy to przede wszystkim budownictwa mieszkalnego, a w szczególności obiektów powstałych w latach 20-tych i 30-tych poprzedniego wieku.

Z raportu o stanie zabytków nieruchomości, sporządzonym w kwietniu b.r., wynika, że wśród zabytkowego zasobu jedynie 54 obiekty są w dobrym stanie zachowania (nie

wymagającym prowadzenia prac). Stan zachowania pozostałych określony został jako zły, czyli wymagający interwencji konserwatorskich lub budowlanych, a najczęściej i jednych i drugich, z czego 13 to budynki zagrożone nieodwracalną destrukcją zabytkowej substancji lub wręcz katastrofą budowlaną, wymagające podjęcia natychmiastowych prac ratowniczych.

Poza obiektami już wpisanymi do rejestru zabytków w mieście znajduje się ok. 1500 budynków, których wartości zabytkowe, artystyczne lub historyczne kwalifikują je do objęcia ochroną prawną poprzez wpis do rejestru i ujętych w gminnej ewidencji zabytków prowadzonej przez Prezydenta Miasta Olsztyn. Również w tym przypadku ich stan zachowania, ogólnie określony jako zły, wymaga podjęcia prac rewaloryzacyjnych niemal w każdym budynku.

Podstawowy problem stanowią zaniedbania wynikające z braku prowadzenia regularnych i profilaktycznych konserwacji, niekiedy na przestrzeni nawet kilkudziesięciu lat, co w chwili obecnej skutkuje koniecznością poniesienia znacznych nakładów finansowych na często skomplikowane prace renowacyjne. Nagminne jest usuwanie wyeksploatowanych elementów wyposażenia budynków (np. stolarki) i wprowadzanie w ich miejsce nowych, ahistorycznych rozwiązań materiałowych, konstrukcyjnych, technologicznych, znacznie zaniżając walory, które decydują o zabytkowym charakterze obiektów. Dużym problemem jest także wprowadzenie do budynków nowych funkcji bez respektowania wartości zabytkowych (np. powszechne przekształcania fasad związane z wprowadzaniem do lokali mieszkalnych funkcji usługowych i związana z tym zmiana kształtu wykroju otworów okiennych i drzwiowych, wprowadzanie witryn, które nie harmonizują z indywidualnym charakterem elewacji itp.). Katastrofą z konserwatorskiego punktu widzenia jest niekontrolowane prowadzenie prac o charakterze budowlanym prowadzących do nieodwracalnych zmian w obiekcie bez uprzedniego zadokumentowania stanu historycznego, co się niestety zdarza dość często (skuwanie tynków, detalu wystroju architektonicznego elewacji, usuwanie warstw malarskich wyposażenia lub wręcz całych elementów).

Co jest faktyczną przyczyną takiego stanu rzeczy? Dziedzictwo kulturowe, w tym również zabytki architektury, są dobrami publicznymi, ich ochrona powinna więc wynikać z interesu społecznego.

Jako najważniejszy powód wskazać należy brak świadomości społecznej w zakresie potrzeby ochrony. Pomijając niedostatki instytucjonalne i kwestię niedoskonałego systemu finansowania działań z zakresu ochrony zabytków, podstawowym warunkiem osiągnięcia wymiernych efektów na tym polu jest społeczna akceptacja. Z codziennej urzędniczej praktyki konserwatorskiej wynika, że uzyskanie wymaganych prawem uzgodnień w postępowaniu administracyjnym związanym z wydaniem pozwolenia na prace w obiektach zabytkowych, wykonywane przez ich właścicieli, niemal w każdym przypadku postrzegane jest w kategoriach "problemu".

Brak zrozumienia najczęściej wynika z niewiedzy, stąd priorytetowym zadaniem stojącym przede wszystkim przed organami administracji publicznej oraz środowiskiem konserwatorów (historyków, urzędników, technologów) jest edukacja społeczeństwa, a także wdrożenie skutecznych metod komunikowania się. Kształcenie z zakresu potrzeby ochrony lokalnego dziedzictwa poprzez uświadomienie jego znaczenia powinno odbywać się już na poziomie edukacji wczesnoszkolnej. Obecnie w programach nauczania szkolnictwa podstawowego i

średniego brak jest elementów wiedzy o zabytkach i ich ochronie lub, jeśli jest, to w ograniczonym zakresie, dotyczącym przede wszystkim światowego dziedzictwa kulturowego, z całkowitym pominięciem lokalnego. Zwłaszcza w mieście o tak skomplikowanej historii jak Olsztyn prowadzi to do ukształtowania obywatela niemal wyizolowanego z otaczającego go środowiska kulturowego, a przez to nie szanującego również jego materialnych składników. Popularyzacja wiedzy o zabytkach i potrzebie ich ochrony pozwoli na wychowanie społeczeństwa w pełni świadomego znaczenia i wartości tkwiących w otaczającym go środowisku historycznym, które będzie dążyło do jego zachowania dla następnych pokoleń.

Ważnym elementem edukacji społecznej powinno być również szerokie propagowanie wiedzy na temat historycznych technik budowlanych, rozwiązań materiałowych, konstrukcyjnych i technologicznych. W warunkach postępującego wzrostu gospodarczego i ekonomicznego spełnienie powyższego postulatu jest szczególnie pilne. Tylko w roku ubiegłym Miejski Konserwator Zabytków wydał do listopada blisko 150 (!) decyzji w sprawach remontów obiektów zabytkowych. Należy się spodziewać, że aktywność inwestorów będzie wciąż wzrastać, również ze względu na pojawienie się nowych możliwości w zakresie finansowania inwestycji w obiektach zabytkowych jakimi są strukturalne środki europejskie. Stąd pilna potrzeba kształcenia wykonawców prac na obiektach zabytkowych oraz rozpowszechniania sprawdzonych i skutecznych metod konserwacji, opartych o specjalistyczne badania. Zwłaszcza odnośnie tej ostatniej dziedziny, naukowego badania zabytków, ważne jest kształtowanie odpowiedniej postawy społecznej. Ponieważ jedynie prawidłowe rozpoznanie funkcji i historii obiektu, ustalenie użytych do jego wykonania materiałów i zastosowanych technologii, przeprowadzone przez osoby specjalnie do tego celu wykształcone, pozwoli na sformułowanie właściwego programu prac konserwatorskich, który stanowić będzie punkt wyjścia dla prowadzenia prac remontowych lub budowlanych, bez uszczerbku dla zabytkowych wartości obiektu.

Należy również zdać sobie sprawę z faktu, że problematyka zaistnienia w świadomości społecznej potrzeby ochrony architektonicznego dziedzictwa kulturowego po części związana jest również ze specyficznym rodzajem zabytku, jakim jest obiekt architektury. Zabytki ruchome, zgromadzone najczęściej w muzeach, nabywają wartości zabytkowej w momencie, gdy przestają być użytkowane zgodnie ze swoją pierwotną funkcją, przeznaczoną im przez ich wytwórcę. Mebel, obraz, książka, naczynie, narzędzie, wszystkie stają się obiektami muzealnymi, przeznaczonymi wyłącznie do eksponowania. Podziwiane są przez odbiorców w przestrzeniach sal wystawowych, czyli w miejscu, które z racji pełnionych przez siebie funkcji, jako miejsce kultu sztuki, wymusza określoną postawę społeczną, charakteryzującą się pietyzmem i poszanowaniem. Stąd potrzeba ochrony takich obiektów jest niezaprzeczalna i całkowicie uzasadniona w powszechnej świadomości.

Odwrotnie jest w przypadku zabytków architektury. Ich przetrwanie uwarunkowane jest ciągłością użytkowania, a pozbawienie funkcji prowadzi do ich postępującej i nieodwracalnej dewastacji. Oczywiście adaptacja powinna zawsze odbywać się z poszanowaniem wartości historycznych budynków tak, aby współczesna funkcja nie dewaluowała zabytkowego charakteru budynku.

Dodatkowo zabytki architektury są integralnym składnikiem przestrzeni bezpośrednio otaczającej człowieka, a przez to elementem codzienności. Przeważająca część zabytkowego dziedzictwa architektury Olsztyna to architektura mieszkalna powstała



w minionym wieku, w świadomości społecznej kojarzona przede wszystkim z miejscem zamieszkania, które powinno spełniać odpowiednie standardy i posiadać niezbędne wygody. Stąd potrzeba zachowania wartości zabytkowych tych obiektów jest zepchnięta na plan dalszy w działaniach użytkowników lub nie zaistniała w ogóle.

Jednym z zadań organów administracji publicznej wymienionych w ustawie o ochronie zabytków jest zapewnienie warunków prawnych, organizacyjnych i finansowych umożliwiających trwale zachowanie zabytków oraz ich zagospodarowanie i utrzymanie. Stąd szczególnie ważne jest budowanie międzysektorowych płaszczyzn współpracy, scalając działania różnych sektorów i branż na poziomie lokalnym, regionalnym, narodowym w celu osiągnięcia zadowalających efektów.

Pomyślna próba wdrożenia takiego podejścia do problemu ochrony dziedzictwa kulturowego miała miejsce w Olsztynie w latach 1997-2000. Pilotażowy projekt pn. Hallandzki Model Konserwacji Zabytków został zrealizowany na podstawie rozwiązań wypracowanych w Szwecji, w województwie Halland, również z pomocą finansową strony szwedzkiej. Idea przedsięwzięcia to współdziałanie różnych sektorów – kultury, architektury, zatrudnienia – na rzecz ochrony zabytków. Sektory te z kolei ściśle współpracują ze społecznością lokalną. Do głównych celów programu należy konserwacja i rewaloryzacja zabytków, ratowanie od zapomnienia tradycyjnego rzemiosła i stworzenie nowych możliwości w poszukiwaniu zatrudnienia dla osób bezrobotnych. W ramach projektu osoby bezrobotne, w tym również absolwenci szkół budowlanych, objęci zostali systemem szkoleń, podczas których zapoznali się z tradycyjnymi technikami budowlanymi, a następnie odbyli praktykę przy konserwacji konkretnych obiektów zabytkowych. Kursanci mieli możliwość zdobycia kwalifikacji m.in. specjalnościach: ogólnobudowlanej, sztukatora-pozłotnika, zduna glazurnika, blacharza-dekarza, stolarza-cieśli. W ten sposób osoby pozostające bez pracy znajdują zatrudnienie, sztuka rzemieślnicza nie zostaje zapomniana, budynki o wartości zabytkowej są odrestaurowane, a z ich nową funkcją związane jest zwiększenie miejsc pracy. Zintegrowane działania międzysektorowe wpłynęły nie tylko na rozwój regionu, ale przede wszystkim przyczyniły się do postrzegania dziedzictwa kulturowego jako istotnego czynnika tego rozwoju. Realizacja projektu doprowadziła też do stworzenia kadry rzemieślniczej wykwalifikowanej do pracy z substancją zabytkową, co jest niezwykle cenne w kontekście wspomnianych już prawdopodobnych inwestycji w obiektach zabytkowych, finansowanych ze środków strukturalnych UE. Bodaj najważniejszym skutkiem realizacji projektu było uświadomienie wszystkim uczestnikom, że zabytki można adaptować i jednocześnie chronić bez uszczuplania ich historycznych wartości.

W ramach modelu odrestaurowane zostały dwa zabytkowe budynki: willa fabrykancka z 1905 r. mieszcząca obecnie Muzeum Przyrody (jeden z oddziałów MWiM) oraz budynek mieszkalny z końca XIX w. przy ul. Królowej Jadwigi 8, który pełni funkcję biblioteki i centrum informacji o UE. Obydwa były w katastrofalnym stanie zachowania i bez możliwości, jakie stworzył Hallandzki Model Konserwacji Zabytków, prawdopodobnie dziś już by nie istniały.

Doświadczenia zdobyte podczas realizacji projektu są wciąż wykorzystywane podczas remontów obiektów zabytkowych na terenie miasta. Siłami osób bezrobotnych, pracujących oczywiście pod nadzorem wykwalifikowanych konserwatorów technologów, prowadzone są systematycznie prace remontowo-konserwatorskie w olsztyńskim zamku.



W przypadku miasta o tak skomplikowanej historii jak Olsztyn nie sposób pominąć kwestii stosunku obecnych mieszkańców miasta do spuścizny kulturowej, która formalnie nie jest dziedzictwem ich przodków. Złożoność tego zagadnienia była wielokrotnie poruszana i szeroko dyskutowana od czasów powojennych. I choć rzeczywiście wówczas był to problem pałacy, dotyczący całego regionu, a także innych ziem tzw. odzyskanych, myślę, że zwiększająca się perspektywa czasowa powoli odmienia postawę społeczną odnośnie tej kwestii. Każde społeczeństwo potrzebuje zakorzenienia. Wewnętrzna potrzeba człowieka identyfikacji z własnym miejscem zamieszkania stanowi dobre podłoże kształtowania się poszanowania dla otoczenia. Pokolenie ludzi urodzonych w Olsztynie traktuje to miejsce jako własną "małą ojczyznę". Czując emocjonalny związek z ziemią, na której mieszka, uczy się, pracuje, dąży także do poznania jej przeszłości już bez uprzedzeń historycznych i poczucia krzywdy. Dobra kultury w tym kontekście powinny być traktowane jako dzieło rąk ludzkich niezależnie od ich narodowości, jako wyraz myśli, potrzeb, odczuć człowieka minionego czasu.

Na takim gruncie być może już w niedalekiej przyszłości ma szansę zaistnieć skuteczna ochrona krajobrazu historycznego poprzez zrozumienie, że różnorodność kulturowa, będąca podstawowym dziedzictwem tej ziemi może stanowić o jej wartości i atrakcyjności, a tym samym być czynnikiem zrównoważonego rozwoju gospodarczego, społecznego i ekonomicznego.



Prof. Dr. Christofer Herrmann von der Universität Allenstein wies in seinem Referat auf „die gigantische Diskrepanz zwischen dem Erhaltungszustand des mittelalterlichen, baulichen Kulturerbes im Norden und Süden“ Ostpreußens hin.



## Teilnehmerliste

- Andrulonis, Herta** –  
Vorsitzende Deutscher Verein Angerburg / Wegorzewo
- Bandilla, Gerd** –  
Heimatkreisvertreter Lyck / Elk
- Barczewski, Renate** – Stellv. Vorsitzende  
Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit
- Biernatowski, Hans Jürgen** – Vorsitzender  
Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit
- Denda, Alfred** –  
Vorstand Heimatkreisgemeinschaft Ortelsburg
- Dombrowski, Günter** –  
Heimatkreisvertreter Mohrungen
- Domin, Marek** –  
Bürgermeister Stadt Bischofsburg / Biskupiec
- Dreher, Siegfried** –  
Heimatkreisvertreter Heiligenbeil
- Duscha, Max** –  
Vorstand Heimatkreisgemeinschaft Osterode
- Gottberg, Wilhelm v.** –  
Sprecher Landsmannschaft Ostpreußen
- Grunwald, Ernst** –  
Heimatkreisvertreter Rößel
- Haedge, Marion** –  
Heimatkreisvertreterin Neidenburg
- Hecman, Krzysztof** –  
Bürgermeister Stadt Rastenburg / Ketrzyn
- Hinz, Bernd** –  
Stellv. Sprecher Landsmannschaft Ostpreußen
- Hoch, Henryk** –  
Vorsitzender Deutscher Verein Osterode / Ostroda
- Hufenbach, Gottfried** –  
Heimatkreisvertreter Allenstein-Stadt
- Hugo, Manfred** –  
Landrat Kreis Osnabrück
- Jeziarski, Slawomir** –  
Landrat Kreis Elbing / Elblag
- Jurczak, Alojzy** –  
Stellv. Landrat Kreis Treuburg / Olecko
- Kaczmarczyk, Andrzej** –  
Stellv. Bürgermeister Stadt Angerburg / Wegorzewo
- Kaczmarczyk, Ryszard Piotr** –  
Landrat Kreis Rastenburg / Ketrzyn
- Kawlath, Erhard** –  
Heimatkreisvertreter Lötzen
- Kreska, Mira** –  
Vorsitzende Deutscher Verein Johannsburg / Pisz
- Lehmann, Martin** –  
Heimatkreisvertreter Pr. Eylau
- Lipski, Janusz** –  
Landrat Kreis Osterode / Ostroda
- Michalski, Leo** –  
Heimatkreisvertreter Allenstein-Land
- Mrozinski, Henryk** –  
Bürgermeister Stadt Braunsberg / Braniewo
- Muhsal, Heinz** –  
Heimatkreisvertreter a.D. Neustadt (Westpr.)
- Nadolny, Siegbert** –  
Heimatkreisvertreter Sensburg
- Nosewicz, Jan** –  
Bürgermeister Stadt Osterode /Ostroda
- Nowakowski, Janusz** –  
Oberbürgermeister Stadt Lyck / Elk
- Obiala, Inge** –  
Vorsitzende Deutscher Verein Pr. Holland /Paslek
- Olszewski, Waclaw** –  
Bürgermeister Stadt Treuburg / Olecko
- Oprzynska, Dagmara** –  
Deutscher Verein Rastenburg / Ketrzyn
- Oprzynska, Helena** –  
Vorsitzende Deutscher Verein Rastenburg / Ketrzyn
- Pazdzior, Stanislaw** –  
Ratsvorsitzender Stadt Pr. Holland / Paslek
- Plocharski, Christine** – Vorstand  
Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit
- Popiel, Stanislaw** –  
Bürgermeister Gemeinde Lichtenfeld / Lellkowo
- Protas, Jacek** –  
Landrat Kreis Heilsberg / Lidzbark Warminski
- Puza, Adam Jan** –  
Landrat Kreis Lyck / Elk
- Ramotowski, Stanislaw** –  
Landrat Kreis Treuburg / Olecko
- Reck, Klaus** –  
Vorstand Heimatkreisgemeinschaft Lötzen
- Reck, Willi** –  
Heimatkreisvertreter Johannsburg
- Romanowski, Maciej** –  
Stellv. Landrat Kreis Elbing / Elblag
- Ruhnau, Manfred** –  
Heimatkreisvertreter Braunsberg
- Sadowski, Kurt-Werner** –  
Heimatkreisvertreter Angerburg
- Schirmbeck, Georg** –  
Mitglied des Deutschen Bundestages
- Siemieniec, Otolia** –  
Bürgermeisterin Stadt Sensburg / Mragowo
- Sierzputowski, Adam** –  
Landrat Kreis Allenstein / Olsztyn
- Sniecikowski, Wieslaw** –  
Bürgermeister Stadt Pr. Holland / Paslek
- Strazewicz, Waclaw** –  
Landrat Kreis Lötzen
- Szymborski, Andrzej** –  
Bürgermeister Stadt Johannsburg / Pisz
- Troszynski, Pawel** –  
Ratsherr Stadt Pr. Holland / Paslek
- Wagner-Rybinska, Anna** –  
Minderheitenbeauftragte Landkreis Allenstein / Olsztyn
- Wasilewski, Jan** –  
Bürgermeister a.D. Stadt Osterode / Ostroda
- Wasowska, Elzbieta** –  
Bürgermeisterin Stadt Wartenburg / Barczewo
- Zagalski, Ryszard** –  
Kreispräsident Kreis Elbing / Elk
- Zak, Dr. Witold-Wladyslaw** –  
Stellv. Kreispräsident Landkreis Elbing / Elblag

# Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt



Der den Kongreß leitende Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Bernd Hinz, im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der in Landsberg a.d. Warthe / Gorzow residierenden Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG, Dr. Reinhard Klein.